

(Vizepräsident Dr. Klose)

(A) a) **Wirtschaft, Mittelstand und Technologie**

Ich eröffne die Beratung und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Laurenz Meyer für die Fraktion der CDU das Wort.

Laurenz Meyer (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir führen diese Debatte heute hier über den Wirtschaftshaushalt, über die Wirtschaftspolitik und die Verkehrspolitik dieser Landesregierung vor dem Hintergrund - und ich glaube, daß der manch einem hier im Saale inzwischen völlig verlorengegangen ist -, daß inzwischen in Duisburg und Dortmund die Arbeitslosenzahlen höher als in Dresden und Leipzig sind.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD)

Wir haben zum Ende 1995 in Duisburg 15,9 % und in Dortmund 15,1 % Arbeitslosigkeit,

(Zuruf von der SPD - Zuruf des Dr. Manfred Busch [GRÜNE])

und an der Stelle werden in diesem Lande Reden darüber geführt, wie bewußt Arbeitsplätze vertrieben werden, statt neue anzusiedeln.

(B) (Lebhafter Beifall bei der CDU - Widerspruch bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Da hat doch der Herr Rau - ich will einmal zwei Zitate aufnehmen, und, verehrter Herr Rau, ich frage Sie: Wer schreibt Ihnen eigentlich so etwas auf? - auf dem Landesparteitag der SPD vorgetragen:

"Zur komplizierten Wirklichkeit gehört es, daß die Entwicklung bei uns 1995 zwar schlecht war, aber deutlich besser als in fast allen Ländern der Bundesrepublik."

Herr Ministerpräsident! Ist in Ihrem vielköpfigen Stab eigentlich niemand dabei, der eine Statistik lesen kann?

(Beifall bei der CDU)

Ja, Herr Ministerpräsident, es ist verdammt ernst. Wir haben die Situation, daß Nordrhein-Westfalen auch 1995 mit plus 1,3 % Wachstum an vorletzter Stelle in der ganzen Bundesrepublik lag. Nur in Berlin war die Zahl aus speziellen Gründen schlechter.

1991 bis 1995 hatten die alten Bundesländer - wohlgemerkt: die alten; die neuen nehme ich nicht dazu - plus 6 % Wachstum, Nordrhein-

Westfalen insgesamt 2,1 %. An der Stelle sagen Sie, die Entwicklung "war deutlich besser" bei uns "als in fast allen Ländern der Bundesrepublik"? (C)

(Zurufe von und Beifall bei der CDU)

Ich weiß wirklich nicht, wer Ihnen so etwas aufschreibt. Sie sollten die Leute einmal austauschen!

(Beifall bei der CDU)

Dann sagt Herr Rau - das sind die Kernpunkte, auf die wir uns zubewegen -:

"Wir haben ein positives Klima für Investitionen und für Gründungen neuer Unternehmen,"

(Heiterkeit bei der CDU)

Ich habe da jetzt etwas weggelassen.

"per saldo 1995 rund 10 000 zusätzliche Unternehmen. Damit liegen wir auf Platz 2 der westlichen Länder."

Herr Rau, wer schreibt Ihnen so etwas auf? Ich sage Ihnen: Daß wir absolut auf Platz 2 der westlichen Länder liegen, sagt bei unserem großen Land doch gar nichts. Daß wir in 1991, 1992 und 1993 höhere Gründungszahlen - per saldo Zu- und Abgänge - hatten als 1994 und 1995, zeigt, daß wir auf einem absteigenden und nicht auf einem aufsteigenden Ast sind. (D)

(Beifall bei der CDU)

Deswegen frage ich mich allen Ernstes: Wer macht so etwas? Wer stellt ein solches falsches Bild in Ihre eigene Partei hinein?

Wir haben eine Selbständigenquote, die weit niedriger ist als im Bundesgebiet, niedriger als in unseren Konkurrenzländern, den Regionen Bayern und Baden-Württemberg.

An dieser Stelle vereinbart der Wirtschaftsminister - ich hoffe einmal: gezwungenermaßen -, daß ausgerechnet der einzige Topf, der für Darlehen für kleine und mittlere Unternehmen gedacht ist, um in diesem Jahr noch eine wirklich wichtige Position - Bürgschaften für Betriebsmittelkredite - zu finanzieren, daß ausgerechnet der einzige Topf, den er hat, um Existenzgründungen zu fördern, für diese Zwecke in Anspruch genommen wird!

Er hat im letzten Jahr schon fast 40 Millionen DM für Existenzgründungen und Betriebsverlagerungen für diese Kreditposition gebraucht, hat Haushaltsreste zusammengekratzt, um mit den 27 Mil-

(Meyer [CDU])

- (A) lionen, die zur Verfügung standen, das zu machen. Jetzt ist der Ansatz noch niedriger als im letzten Jahr. Das soll das Jahr der Existenzgründungen werden?!

(Beifall bei der CDU)

Sie haben Risikokapital von 9 Millionen DM im Haushalt. Das ist für eine mittelgroße Stadt in Nordrhein-Westfalen vielleicht genug, aber doch nicht für das ganze Land Nordrhein-Westfalen!

Herr Rau, wenn Sie Ihre Rede gehalten und hierbei den Wirtschaftsminister dadurch unterstützt hätten, daß Sie dafür kämpfen würden, Zahlen wie in Bayern einzusetzen, dann wären wir hier in Jubel ausgebrochen.

Wir haben für Existenzgründungen in Bayern statt der Position, die ich eben genannt habe, 225 Millionen DM, für Markterschließung 575 Millionen DM und für Technologieentwicklung 580 Millionen DM. Dafür haben die Bayern allerdings Landesvermögen, das sie hatten, verkauft, um es intelligenter und produktiver für neue Arbeitsplätze einzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Nordrhein-Westfalen liegt inzwischen bei den Sachinvestitionen an drittletzter Stelle im Bundesgebiet.

- (B) Meine Damen und Herren! Nur Niedersachsen und Schleswig-Holstein sind schlechter. Dabei hat der Wirtschaftsminister natürlich unsere Unterstützung. An dieser Stelle hat sich Herr Clement in den letzten Wochen profiliert - nicht auf dem wirtschaftspolitischen, aber auf dem verkehrspolitischen Gebiet. Wir geben das neidlos an Sie weiter, Herr Clement: Was Sie da öffentlichkeitsarbeitsmäßig auch für sich selber erreicht haben, ist eine fabelhafte Leistung!

(Beifall bei der CDU)

Allerdings mache ich Sie darauf aufmerksam: Sie haben zugleich mit hohem Risiko gepokert. Wenn Sie jetzt schon versuchen, die ganzen Projekte, die Sie für unverzichtbar gehalten haben, auf die Zeitschiene zu schieben, um über den GRÜNEN-Parteitag zu kommen, dann passen Sie nur auf, daß Sie dabei hinterher nicht einbrechen!

(Beifall bei der CDU)

Was passiert eigentlich in Nordrhein-Westfalen, wenn echte Probleme anstehen? Die Diskussion der letzten Wochen haben wir zum Teil aus unserer Oppositionsrolle heraus mit Vergnügen ver-

- (C) folgt. Die echten Probleme sind aber überhaupt noch nicht diskutiert worden. Das, was hier stattfindet, ist doch in höchstem Maße provinziell.

Da sagt der Herr Klein vom Vorstand bei der Luft-hansa - da sind Sie doch im Aufsichtsrat, oder nicht?; das ist doch ein guter Mann, der weiß, wovon er spricht - auf der ITB:

"Während in London, Paris und Zürich Milliardensummen in die dortigen Airports investiert werden, ohne daß sich eine Stimme regt, besteht in Nordrhein-Westfalen die Gefahr, eine Zukunftschance zu verschlafen."

Er schließt das mit dem Satz:

"Das Ausland lacht über uns."

Das ist die Wirklichkeit.

(Beifall bei der CDU)

Ich bewundere wirklich den Mut von Herrn Clement in dieser Situation. Er hat - wahrscheinlich ist das den GRÜNEN gar nicht aufgefallen - rechtzeitig vor dem Parteitag der GRÜNEN für die Landesregierung zu Garzweiler eine klare Position bezogen. Er schreibt in "Revier und Werk" - und ich finde es gut, daß es dort steht - wörtlich:

"Die Landesregierung steht zu ihrem Wort. Sie steht zu den Leitentscheidungen zur Braunkohle."

(D)

(Beifall des Klaus Matthiesen [SPD])

- Passen Sie jetzt auf, Herr Matthiesen! -

"Sie steht zur Genehmigung des Braunkohleplans Garzweiler II,"

(Beifall des Klaus Matthiesen [SPD])

"und sie steht zu ihren Zusage für die zügige und objektive Durchführung aller ausstehenden Genehmigungsverfahren."

(Beifall des Klaus Matthiesen [SPD])

Das wollen wir einmal in der Öffentlichkeit haben. Es ist wunderbar: Die Landesregierung steht zur Genehmigung von Garzweiler II. Das halten wir hier und heute für uns fest.

(Beifall bei der CDU und Beifall des Klaus Matthiesen [SPD])

Ich gehe davon aus, daß Herr Clement das nicht ohne Rückendeckung seines Ministerpräsidenten erklärt hat, und zwar gegenüber den Bergleuten vom Braunkohletagebau in der Revierzeitung. Er

(Meyer [CDU])

- (A) wird doch nicht in der Revierzeitung etwas anderes sagen, als die Landesregierung wirklich meint?

(Zurufe von der CDU: Nein, nein, nein!)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, das Problem dieser Koalition hat der Fraktionsvorstand der GRÜNEN auf den Punkt gebracht. In dem Schreiben an die Delegierten für den Landespartei-tag steht - die SPD-Kollegen mögen sich das gut anhören -:

"Das Problem dieser Koalition bleibt die ungeklärte Richtungsentscheidung innerhalb der SPD zwischen BefürworterInnen von Rot-Grün oder Rot-Schwarz. Ob Clements Verkehrsprojekte, Ökosteuer oder Aussiedlerfeindlichkeit: Die Sozialdemokraten stehen vor der Frage, ob sie wirklich ernsthaft eine Perspektive für Reformpolitik eröffnen und damit den notwendigen gesellschaftlichen Gegenentwurf"

- und jetzt kommt es -

"zu Ellenbogengesellschaft und Standortlüge gemeinsam den Menschen vermitteln wollen."

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Meine Damen und Herren, in dieser Situation schreibt der Chef von Euro-Wings:

- (B) "Die Politik ist in Nordrhein-Westfalen zur Zeit der einzige Arbeitsplatzkiller."

(Beifall bei der CDU)

Das ist die Situation.

Ich spreche jetzt einmal meinen Kollegen Hombach als meinen Widerpart in der Wirtschaftspolitik an. Herr Schröder hat gesagt: Es gibt heute nicht rechte und linke Wirtschaftspolitik, es gibt gute und schlechte Wirtschaftspolitik. Ich will das für Nordrhein-Westfalen übersetzen: Es gibt in diesem Land offensichtlich zwei Sorten von Wirtschaftspolitik in den Köpfen: Die einen haben mit der Arbeit überhaupt nichts zu tun, und die anderen stehen noch etwas näher am Arbeitnehmer und wissen um dessen Sorgen.

(Beifall bei der CDU)

Der eine, der weit weg von der Arbeit ist, bezeichnet das als Standortlüge, und der andere, der sieht, daß uns die Arbeitsplätze unter den Händen wegrinnen, tut wenigstens ein bißchen dafür, daß wir nicht noch bewußt Arbeitsplätze vertreiben, wenn wir schon keine neuen ansiedeln können.

Meine Damen und Herren, das ist der Punkt - ich habe es hier schon einmal gesagt -: Die GRÜNEN haben kein Verhältnis zum ersten Arbeitsmarkt, sie leben stärker im zweiten Arbeitsmarkt.

(Beifall bei der CDU)

Man müßte eigentlich allen Zuhörern und Zuschauern auf dem Parteitag der GRÜNEN empfehlen, bei den Wortmeldungen darauf zu achten, wer sich da meldet und wem das nutzt. Ist einer, der sich gerade meldet, vielleicht jemand, der schlicht Angst hat, daß er nicht mehr mit dem Wagen mit Ständer herumfahren kann, ist es nicht jemand, der schlicht Angst hat, daß er sein gerade erworbenes Pöstchen in der Verwaltung oder sein Aufsichtsratsmandat wieder abgeben muß,

(Beifall bei der CDU - Zurufe von den GRÜNEN)

Ist es nicht jemand, der fürchtet, die vierte Planstelle in irgendeiner Initiative wieder abgeben zu müssen?

(Beifall bei der CDU - Zurufe von den GRÜNEN)

Hier müssen wir aufpassen, daß nicht ganze ---

(Klaus Matthiesen [SPD]: Sie haben schon bessere Reden gehalten als heute - Gegenrufe von der CDU - Unruhe - Glocke des Präsidenten - Weitere Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, diesen Zwischenruf des Kollegen Matthiesen empfinde ich als großes Kompliment. Wenn er nämlich mit mir zufrieden gewesen wäre, wäre ich höchst betrübt gewesen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, wir haben einen Standortwettkampf der Regionen. Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landes - und der Wirtschaftsminister ist dort Aufsichtsratsvorsitzender - hat es mit viel Anstrengung geschafft, in den Jahren 1993 und 1994 1 200 Arbeitsplätze von draußen in Nordrhein-Westfalen anzusiedeln. Hier reden wir darüber, daß wir beim Flughafen Dortmund 1 000 Arbeitsplätze bewußt nach Berlin schicken. Die GRÜNEN vertreiben in Köln bewußt 600 Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren, von der SPD habe ich gehört: Arbeitsplätze, Arbeitsplätze, Arbeitsplätze! Dann lassen Sie uns doch für dieses Land die Möglichkeit schaffen, bei knappen Mitteln die Verkehrsinfrastruktur auszubauen, und zwar - das

(C)

(D)

(Meyer [CDU])

(A) sage ich für meine Fraktion bewußt - in der Reihenfolge: Schiene, Flughäfen, Straße. Und lassen Sie uns kümmern um Gentechnik und Biotechnik, um Informationstechnologie, um den Chemiestandort, um Garzweiler. Bei der nächsten Halbdiskussion irgendwo im Ruhrgebiet haben Sie in Ihrer Koalition doch denselben Konflikt. Lassen Sie uns kämpfen für kürzere Genehmigungsverfahren, für eine Steuerpolitik, mit der wir nach Ihren Äußerungen im Wirtschaftsausschuß manches gemeinsam für Existenzgründungen und Selbständigkeit tun können. Das müßten eigentlich für einen Landesparteitag der GRÜNEN oder für die SPD die Fragen sein.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, machen Sie mit dieser kleinkarierten Politik endlich Schluß!

(Beifall bei der CDU)

Eine solche Strafe wie diese Regierung hat das Land wirklich nicht verdient.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Mernizka für die Fraktion der SPD das Wort.

(B)

Loke Mernizka (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, einen schönen guten Morgen! Der Himmel über Nordrhein-Westfalen und über Düsseldorf ist klar. Was Herr Meyer gesagt hat, war nicht so klar, entsprach nicht dem aktuellen Stand des Himmels.

(Lachen bei der CDU)

Er hat das Blaue vom Himmel heruntergeredet,

(Lachen bei der CDU)

aber, meine Damen und Herren, das nützt wohl niemandem. Wer sich über das, was zur Zeit an Schwierigkeiten besteht - objektiv zugegeben -, hinausheben will, muß hier sachkundigere Beiträge leisten als das, was Herr Meyer hier geleistet hat.

(Beifall bei der SPD - Oh! Oh! bei der CDU)

Der Tag fing an mit dem Ältestenrat heute morgen, ein hervorragendes Gremium, das höchste Gremium des Landtags. Die Tagesordnung für nächste Woche war sehr schnell abgehandelt, und dann kamen die Reisen dran. Da hat sich die CDU wieder hervorgetan - als Reiseverhinderer.

Das war sehr interessant. Wenn man in einem so hohen Gremium mehr Substanz nicht hat, tun Sie mir sehr leid, meine Damen und Herren von der CDU.

(C)

(Zurufe von der CDU - Oliver Wittke [CDU]:
Thema verfehlt! - Glocke des Präsidenten)

Dann war Erfreuliches zu verzeichnen: Der Präsident hat mit dem Vorstandsvorsitzenden der Ruhrkohle AG Herrn Neipp eine Ausstellung über die Ruhrkohle AG eröffnet.

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Er verschenkt seine zehn Minuten!)

Die Kapelle der Ruhrkohle hat "Glück auf, Glück auf, der Steiger kommt" gespielt,

(Heiterkeit)

alle waren friedlich versammelt und sonnten sich im Glanz der sonst hier im Parlament von der rechten Seite kaputtgeredeteten Ruhrkohle AG. Meine Damen und Herren, ich muß ehrlich sagen: Ich packe mich an den Kopf über solche Verhaltensweisen.

(Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben es hier mit einer sehr ernsthaften Sache zu tun.

(D)

(Lothar Hegemann [CDU]: Fang' mal an!)

Wir erleben täglich, daß Arbeitsplätze verlorengehen. Wir erleben täglich Firmenzusammenbrüche.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen nach den neuesten Meldungen des Arbeitsamtes 843 000 Arbeitslose. Wir wissen, daß eine Vielzahl junger Leute keine Arbeit mehr bekommen. 25 000 junge Leute unter 25 Jahren haben keine Arbeit. Wir wissen, daß die Aussiedler und die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger an der Arbeitslosigkeit eine Rate einnehmen, die insgesamt beängstigend ist. Trotz der Anstrengungen, die von allen Seiten unternommen werden, bekommen wir das zur Zeit nicht in den Griff. Wir erleben leider auch, daß durch unnützes Gerede auch noch Firmen androhen abzuwandern. Das paßt nun überhaupt nicht in die Landschaft; das sage ich ganz deutlich.

Das alles zusammen, meine Damen und Herren, muß uns doch endlich davon überzeugen, daß wir

(Mernizka [SPD])

(A) gemeinsam handeln müssen. Das ist hier von allen Seiten auch schon mehrmals verkündet worden.

Der heute zur Diskussion stehende Haushalt gibt diese Handlungsfähigkeit und Handlungsmöglichkeit her. 1,2 Milliarden DM im Wirtschaftshaushalt, das ist schon etwas. 324 Millionen DM für die "Gründungsoffensive", das ist schon etwas. Daß wir in den Verhandlungen mit unserem Koalitionspartner zusätzliche finanzielle Möglichkeiten eröffnet haben, steht in den Änderungslisten; ich will das nicht im einzelnen wiederholen. Es gibt also keinen Anlaß, hier Kritik anzumelden, sondern ich rate dringend, die eigenen Vorschläge, die Sie gemacht haben, Herr Meyer, auf ihre Hieb- und Stichfestigkeit und auf ihre reale Deckungsmöglichkeit zu überprüfen.

Im übrigen ist es recht interessant, aber gut, daß wir uns im Wirtschaftsausschuß bei einer Position einig waren: Die CDU hat ihren Erhöhungsantrag zurückgenommen. Wir haben die Begründung zu ihrem Erhöhungsantrag unter Streichung eines Satzes übernommen. Wir waren uns da im Wirtschaftsausschuß einig. Ich möchte hier vor der Öffentlichkeit klarstellen: Wir sind gar nicht so weit auseinander, wie man aus den Reden vor der Öffentlichkeit eigentlich meinen könnte, meine Damen und Herren. Das sollten Sie mit nach Hause nehmen.

(B) (Herbert Reul [CDU] und Heinz Hardt [CDU], auf die Reihen der Koalitionsfraktionen zeigend: Da! - Regina van Dinther [CDU]: Dann dürfen Sie nicht rot-grün machen!)

- Ich weiß, daß einige bei euch das nicht begreifen.

(Herbert Reul [CDU]: Doch! Aber nicht bei euch!)

Das ist etwas anderes. Ich will nicht auf die Reihen zurückkommen. Wenn das ein großes Thema in Ihrer Fraktion ist, weiß ich schon, was zu kurz kommt: die Wirtschaftspolitik. Das ist völlig klar.

(Lachen bei der CDU)

- Die Wirtschaftspolitik! Das kann ja gar nicht anders sein.

Wir sind uns also schon einig, wo die Richtung hingeht. Die Richtung geht dahin, Menschen zu animieren, Gründer zu werden, neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wir haben die Meistergründungsprämie gemeinsam hier beschlossen. Wir wissen,

daß hier zur Zeit eine große Nachfrage besteht. Die Gründungsoffensive wird in allen Regionen gepowert. Die IHKs sind daran. Sie wird vernetzt; der Run auf die Anmeldungs- und Beratungsverfahren geht schon los. Dazu sind genügend Mittel im Haushalt.

(C)

Wir wollen, daß mehr Ausbildungsplätze bereitgestellt werden. Wir wollen, daß die 25 000 Jugendlichen eine Qualifizierungschance bekommen. Denn von den 25 000 Jugendlichen sind 80 % nicht qualifiziert, meine Damen und Herren; das ist ein Grund für die Arbeitslosigkeit in dieser Gruppe. Das spiegelt sich im Haushalt wider. Und wir wollen, daß sich Unternehmer und Unternehmerinnen in Nordrhein-Westfalen bewegen können und ihre Unternehmen richtig fahren können, daß neue gegründet und bestehende ausgeweitet werden können, damit Arbeitsplätze entstehen.

Wir haben in diesem Haushalt gemeinsam auch ein Projekt, Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern. Das ist nicht nur konkreter Umweltschutz, das sind auch konkrete Investitionen, Investitionen, die Arbeitsplätze erhalten und neue Arbeitsplätze schaffen, denn die Bahnstrecken müssen aktiviert und reaktiviert werden.

Ich könnte Ihnen jetzt noch viele andere Projekte aufzeigen, die in diesem Haushalt wichtig sind. Aber hier wird von Standortflüge geredet, und es werden andere Zitate gebraucht. Übrigens: Laurenz Meyer, von dem kann man nichts zitieren. Du stehst zur Zeit gar nicht in der Presse. Das ist ein Problem. Aber es ist ein Problem der Presse und nicht deins; das ist völlig klar.

(D)

Wir wollen, daß wir ehrlich miteinander umgehen, meine Damen und Herren, weil Ehrlichkeit, Klarheit und Wahrheit letztlich nur dazu führen, die wirtschaftliche Krise zu überwinden. Ich habe hier vom Bund überhaupt nicht geredet und will das auch jetzt nicht mehr tun. Aber Sie wissen selber, was man von der Seite alles nachweisen könnte, was zur Wirtschaftskrise geführt hat, meine Damen und Herren.

Wir müssen hier in Nordrhein-Westfalen nicht allein, aber in erster Linie durch unsere eigenen Aktivitäten zurecht kommen. Das wollen wir und dazu zählt die Stärkung des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen. Das will die SPD-Fraktion, und das wird sie auch durchsetzen.

(Beifall bei der SPD - Dr. Helmut Linssen [CDU]; Das war's? - Weitere Zurufe von der CDU)

(A) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Ich erteile das Wort Frau Kollegin Landsberg für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Alexandra Landsberg (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Meyer, ich habe Ihr alternatives Konzept vermißt.

(Lachen des Dr. Helmut Linssen [CDU] - Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Nacken, Herr Mai und ich hatten gestern das Vergnügen eines gemeinsamen Gesprächs mit der Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer. Es ist sehr erfreulich, daß die ASU genau wie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die beste Wirtschaftspolitik ausdrücklich nicht mit dem größten ausgegebenen Subventionsvolumen in dem Bereich identifiziert.

(Beifall bei den GRÜNEN - Vereinzelt Lachen bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Koalitionsfraktionen haben schon in ihrem Antrag zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen im Januar zum Ausdruck gebracht: Mit der Gründungsoffensive soll unternehmerisches Handeln und nicht eine Subventionsmentalität gefördert werden. Eine Wirtschaftsförderungspolitik mit der Gießkanne lehnen wir ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Bund und in NRW steht ein Thema zur Debatte: Was ist eine "gute" Wirtschaftspolitik? Herr Meyer hat das eben schon einmal angesprochen. Herr Schröder hat den Vorstoß gemacht und vorgeschlagen, "modern" müsse sie sein, die gute Wirtschaftspolitik. Jetzt ist der Begriff "modern" ungefähr genauso dehnbar wie der Begriff "gut". Und nicht alle Arien, die einem auf Opernbällen eingeflüstert werden, sind der letzte Schrei. Das heißt nicht, daß alte Ideen schlechte Ideen wären. Die Ökosteuer entwickelte Pigou ja auch schon 1923.

In der Standortdebatte ist zuweilen der Eindruck entstanden, eine erfolgreiche Regierung müsse alle Politikfelder in erster Linie auf die Wirtschaftspolitik hin orientieren. Vornehmster Zweck der Umwelt-, Sozial-, Verkehrs- und Bildungspolitik müsse es sein, das Sozialprodukt zu mehren und die Bedürfnisse der Unternehmer und Unternehmerinnen in diesem Land zu befriedigen. Meine Damen und Herren, die Vertreter dieser Linie genießen in der Öffentlichkeit ein hohes Ansehen.

Und dennoch liegen sie falsch!

Ziel einer zukunftsfähigen Wirtschaftspolitik muß es sein, die Tätigkeit der Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land zu fördern und gleichzeitig dem Interesse der Gesellschaft an sozialer Sicherheit und Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu entsprechen. Niemand, auch nicht die härtesten Vertreter der Standortdebatte, würde ernsthaft die Sinnhaftigkeit eines juristischen, auch umweltrechtlichen Ordnungsrahmens und die Notwendigkeit einer funktionsfähigen Wettbewerbskontrolle in Frage stellen.

Weitere Rahmenbedingungen müssen hinzukommen. Wir wollen ein solides Sozialversicherungssystem, das Angebot bestimmter öffentlicher Güter und die steuerliche Integration der Kosten des Umweltverbrauchs.

In der wirtschaftspolitischen Debatte, die auch in Nordrhein-Westfalen zur Zeit geführt wird, entsteht nur allzuoft der Eindruck, der einzige Zweck der Verkehrspolitik sei die Bereitstellung von Infrastruktur für die Unternehmen dieses Landes. Das aber, meine Damen und Herren, wäre eine unsachgemäße Verkürzung. Sie würde weder der Wirtschafts- noch der Verkehrspolitik gerecht. Wenn ich mit Genehmigung des Präsidenten zitieren darf:

"Arbeit und Umwelt gehören zusammen, wenn wir unsere Verantwortung für kommende Generationen ernst nehmen. Soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gehören zusammen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

wenn wir Wohlstand für alle und soziale Stabilität wollen. ... Die Politik der Landesregierung orientiert sich an dem Ziel, die Mobilität für die Bürgerinnen und Bürger und für die Wirtschaft unseres Landes umwelt- und sozialverträglich zu sichern."

Das sagte Johannes Rau in seiner Regierungserklärung vom 13. September letzten Jahres.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Verkehrspolitik trägt auch die Verantwortung für die Umweltverträglichkeit eines leistungsfähigen wirtschaftspolitischen Konzepts.

Mit dem Haushaltsplanentwurf zum Einzelplan 08 hat die Landesregierung die finanzielle Basis für die Gründungsoffensive NRW gelegt. Der Einzel-

(C)

(D)

(Landsberg [GRÜNE])

(A) plan enthält zu diesem Zweck gut 300 Millionen DM. Das ist ein wichtiger Schritt für eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik, der Unternehmenspolitik in diesem Lande.

Besonders hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang die Meistergründungsprämie. Das Land unterstützt mit jährlich 30 Millionen DM die Existenzgründung von Handwerkerinnen und Handwerkern. Meine Fraktion setzt die Bedeutung dieses Instruments außerordentlich hoch an: für die Unterstützung der vielen tausend in NRW anstehenden Betriebsübernahmen, für die Entwicklung einer durchmischten mittelständischen Struktur auch im Ruhrgebiet und für die Lösung von Nachwuchsproblemen des Handwerks, die bei dem langfristig unabdingbaren Einstieg in die Energiesparwirtschaft dringend gebraucht wird. Mit der Meistergründungsprämie haben wir ein wichtiges strukturpolitisches Instrument geschaffen.

Die Zinssubventionierung der Kredite für kleine und mittlere Unternehmen wird von 13 Millionen DM auf 40 Millionen DM aufgestockt. Ein Viertel des Programmbausteins "Gründung und Wachstum" stellen wir zu besonders günstigen Bedingungen den Existenzgründerinnen zur Verfügung. Damit erhalten Frauen die Möglichkeit, eine Zinsvergünstigung für 85 % der förderfähigen Aufwendungen ihrer Existenzgründung zu beantragen.

(B)

Im Haushaltsverfahren haben sich die Koalitionsfraktionen über weitere Änderungen zum Haushaltsplan verständigt. Da möchte ich zunächst das Coaching von Existenzgründerinnen und Existenzgründern nennen.

Ganz oben auf der Agenda des gemeinsamen wirtschaftspolitischen Antrags der Koalitionsfraktionen aus dem Monat Januar stehen Beratung, Qualifizierung und Coaching. In NRW wird - wie übrigens in der gesamten Bundesrepublik - in den ersten beiden Jahren nach der Gründung von Unternehmen eine hohe Anzahl von Insolvenzen verzeichnet. Nicht jeder Maschinenbauer ist eben gleichzeitig auch ein guter Betriebswirt. Bei den Frauen sieht das zwar etwas besser aus. Aber unter dem Strich liegt die Zahl der Betriebsgründungen in NRW nur knapp vor der Anzahl der aus dem Handelsregister gelöschten Betriebe. Darum wollen wir mit zunächst 3 Millionen DM die begleitende Beratung kleiner und mittlerer Unternehmen in den ersten Jahren nach der Gründung fördern.

Wir richten zudem einen eigenen Titel für eine Landesinitiative zu "Neuen Berufsfeldern für Frauen in Technik und Handwerk" ein. In diesem Titel werden für das laufende Jahr 4 Millionen DM Bar-mittel sowie eine Verpflichtungsermächtigung über 2 Millionen DM eingestellt. Ziel der Landesinitiative ist es, Mädchen und Frauen für sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze in Technik und Handwerk zu interessieren und ihnen die Perspektiven dieser Berufsfelder zu verdeutlichen. Gleichzeitig wollen wir die meist männlichen Arbeitgeber in den genannten Berufssparten davon überzeugen: Mädchen und Frauen machen den Job genauso gut wie die Männer - wenn nicht sogar besser!

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aus den 4 Millionen DM wollen wir ein möglichst offenes Projektspektrum fördern. Initiativen, die mit Herz und Verstand für das Ziel eintreten, Handwerk und Technik für Frauen zu öffnen, sollen in die Lage versetzt werden, beispielsweise Angebote für Mädchen in der Berufsfindungsphase zu unterbreiten. Das Handwerkerinnenhaus in Köln ist dafür ein gutes Beispiel.

Aber auch die Qualifizierung weiblicher Ausbilder als Vorbild für junge Frauen, denen es dann leichterfallen wird zu sagen: Das kann ich auch!, oder die Förderung der Kommunikation zwischen Frauen in sogenannten Männerberufen soll Gegenstand dieses Programms sein.

(D)

"Landesinitiative" meint aber weit mehr als das bloße Ausgeben von 4 Millionen DM. Hinzu kommen müssen zum Beispiel die Überarbeitung der Berufswahlbroschüren des Landesarbeitsamtes, die Diskussion mit Handwerks- und Handelskammern und auch die Förderung der Kontakte zwischen freien Projektträgern und den Kammern.

Der Vollständigkeit halber möchte ich im Zusammenhang mit der Frauenförderung in der Wirtschaftspolitik noch einmal die Aufstockung der Regionalstellen Frau und Beruf sowie die Dienstleistungspools für Beschäftigung in Privathaushalten erwähnen.

Mit der großen freien Spitze ist der Einzelplan 08 natürlich auch Ansatzpunkt für eine Verbesserung der ökologischen Verträglichkeit der Wirtschaftspolitik. In diesem Zusammenhang haben wir eine erhebliche Aufstockung des REN-Programms durchgeführt. Auch das Technologie-Programm Wirtschaft, TPW, ist in Teilen neu ausgerichtet worden. Darüber hinaus soll das Technologie-Programm Wirtschaft in diesem Jahr 2,1 Millio-

(Landsberg [GRÜNE])

- (A) nen DM für Projekte der sozialverträglichen Technikgestaltung verwenden.

Die Mittel für örtliche und regionale wirtschaftspolitische Initiativen werden verdreifacht. In den letzten Jahren wurden als Einstieg in eine Regionalisierung der Strukturpolitik in den 15 nordrhein-westfälischen Regionen regionale Entwicklungskonzepte erarbeitet. Das war ein wichtiger Schritt; dennoch ist die spezifische Eigenständigkeit in den Potentialen dieser Region nicht deutlich herausgearbeitet. Diese Eigenständigkeit wollen wir mit der Ansatzserhöhung bei diesem Titel unterstützen.

Meine Damen und Herren, mit dem Einzelplan 08 eröffnen wir der Landesregierung die finanziellen Spielräume für eine Wirtschaftspolitik, die stärker auf kleine und mittlere Unternehmen ausgerichtet ist, die ein Bündnis für Arbeit und Umwelt ermöglicht und Frauen neue Perspektiven eröffnet.

Dennoch werde ich mich - genauso wie zehn weitere Mitglieder meiner Fraktion - bei der Abstimmung über den Einzelplan 08 und in der Gesamtstimmung in der zweiten Lesung der Stimme enthalten. Allgemein bekannt ist ja, daß der Haushalt des Wirtschaftsministers zumindest ein Projekt enthält, dem wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die wirtschaftliche Notwendigkeit, die Klimaverträglichkeit und zusätzliche Arbeitsplatzeffekte absprechen.

- (B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen den weiteren Ausbau von Flughäfen in Nordrhein-Westfalen ab!

(Beifall bei den GRÜNEN - Herbert Reul [CDU]: Was?)

Am häufigsten wurde in den vergangenen Wochen der Flughafen Dortmund diskutiert, der mit 36 Millionen DM aus den Ziel 2-Mitteln des Wirtschaftsministers gefördert werden soll.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Bodo, Du wirst erschossen! - Bodo Champignon [SPD]: Was willst du da machen?)

Der Dortmunder Flughafen hat nur dann eine rentierliche Ausbauoption, wenn dort in Zukunft auch Tourismusverkehr abgewickelt wird. Nordrhein-Westfalen hat aber schon heute genügend Tourismusflughäfen. Dieses Land wird von einem dichten Netz von Regionalflughäfen überzogen. Ein weiterer Ausbau nur für den Geschäftsflugverkehr ist deshalb überflüssig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (C) Herr Clement, ich habe gestern gehört, daß Sie gesagt haben, Sie wollten auch den Flughafen Münster/Osnabrück ausbauen, überhaupt jeden Flughafen in diesem Lande. So geht das nicht!

(Lachen bei der CDU)

Im Grunde gilt doch dort das gleiche wie bei den örtlichen und regionalpolitischen Initiativen: Wenn wir alle Flughäfen ausbauen, wenn wir uns nicht auf einzelne Standorte konzentrieren und deren individuelle Stärke unterstützen, hat niemand etwas davon. Der einzige Erfolg: Sie haben eine gute Presse, weil Sie mit der Gießkanne viel Geld über umweltschädliche Projekte verteilt haben!

(Beifall bei den GRÜNEN - Allgemeine Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Herr Clement, Sie sind der "Macher"! Aber können Sie darauf überhaupt noch stolz sein?

Das höchste beschlußfassende Gremium von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zwischen den Parteitag, der Landespartei, hat uns am 25. Februar 1996 gebeten, einen Haushalt abzulehnen, in dem Projekte wie der Flughafen Dortmund noch enthalten sind. Herr Matthiesen hat uns eindringlich vor Augen geführt, daß dies das Ende der Koalition bedeuten würde.

- (D) Nach meinem Politikverständnis kann aber das Ende der Koalition nur ein grüner oder aber roter Parteitag beschließen. Darum werden sich elf Vertreterinnen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN heute in der Abstimmung enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile dem Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr, Herrn Clement, das Wort.

Wolfgang Clement, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: Herr Minister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Meyer, wenn wir über die derzeitige Beschäftigungspolitik in Deutschland sprechen, wäre es gut, wenn wir uns dabei möglichst unpolemisch verhielten. Ich glaube nicht, daß Ihnen die 4,3 Millionen Arbeitslosen in Deutschland noch irgendeine parteipolitische Polemik abnehmen werden. Das gilt auch für die Menschen, die um ihre Arbeitsplätze Sorge haben.

(Minister Clement)

- (A) Die Zeiten, in denen man sich in der Politik bei solchen Gelegenheiten mit dem Knüppel gegenseitig um die Ohren schlug, um anschließend festzustellen, wie gering der Einfluß der Politik auf die Schaffung von Arbeitsplätzen ist, sind vorbei. Wir sollten vielmehr in aller Ruhe und Gelassenheit vorgehen.

Wenn Sie das nicht tun möchten, müßte ich doch deutlich machen - das ist als kleiner Hinweis vielleicht erlaubt -, daß wir zur Zeit die höchste Arbeitslosigkeit in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland haben und daß diese höchste Arbeitslosigkeit leider nicht nur in Dortmund und Duisburg feststellbar ist, sondern in allen Städten der Bundesrepublik Deutschland, und daß diese höchste Arbeitslosigkeit zur Zeit einer Bundesregierung in der Bundesrepublik Deutschland existiert, die einmal gegen Helmut Schmidt angetreten ist als den, wie der heutige Kanzler damals sagte, Kanzler der Arbeitslosigkeit. Das ist die Realität, mit der Sie sich beschäftigen müssen.

Sie werden mir doch zustimmen, daß weder auf Landesebene noch auf kommunaler Ebene die grundsätzliche Korrektur in der Beschäftigungspolitik in Deutschland herzustellen ist und daß dazu Rahmenbedingungen in Deutschland gehören, die beispielsweise auch in Betracht ziehen, daß wir heute die höchste Steuer- und Abgabenlast in der Geschichte der Bundesrepublik haben,

(B)

(Beifall bei der SPD)

und zwar zu Zeiten einer Bundesregierung, die gegen die angebliche Steuererhöhungspartei SPD angetreten ist. Heute haben wir die Steuererhöhungsparteien CDU, CSU und F.D.P., die mit einem Steuer- und Abgabevolumen die Menschen und Unternehmen belasten, wie das bisher in der Geschichte unseres Landes unbekannt war.

(Beifall bei der SPD)

Wer die Beschäftigungspolitik in Deutschland zu beurteilen versucht, der wird sicherlich mit mir bedauern, daß es bis heute noch nicht zu einem vernünftigen Bündnis für Arbeit gekommen ist.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Minister, ich darf Sie unterbrechen. Wollen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Linssen zulassen?

Wolfgang Clement, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: Ja, sehr gern.

(C)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Bitte schön.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Minister Clement, da Sie so gut angefangen hatten, darf ich Sie vielleicht darauf hinweisen, daß Sie jetzt genau das tun, was Sie gerade angeblich an Herrn Meyer kritisieren wollten. Sie verweisen nur auf andere, während wir uns doch mit NRW beschäftigen wollten.

Wolfgang Clement, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: Herr Kollege Dr. Linssen, ich wollte jetzt von Ihnen keine Zensuren haben, sondern ich schildere Ihnen Fakten. Die Fakten sind, daß wir heute die höchste Arbeitslosigkeit nicht nur in Dortmund und Duisburg haben, sondern in der ganzen Bundesrepublik. Die Fakten sind, daß wir die höchste Steuer- und Abgabenbelastung haben. Das ist ein objektives Faktum. Drittens ist es ein Faktum, daß es nach Monaten nach dem Angebot der IG Metall, für das wir in der Bundesrepublik auf Knien danken müßten, immer noch nicht zu einer Verständigung über ernsthafte Fragen der Beschäftigungspolitik gekommen ist.

(D)

(Beifall bei der SPD und von Abgeordneten der GRÜNEN)

In dieser Situation geht eine solche Polemik, wie sie Herr Kollege Meyer versucht hat zu entfachen, meines Erachtens ein Stück weit an der Wirklichkeit vorbei.

Ich füge noch folgendes hinzu: Ich bedauere auch sehr, daß, was das Bündnis für Arbeit angeht, bis heute noch keine Verständigung mit Gesamtmetall möglich war. Ich frage mich, warum es nicht möglich sein soll, wenn das verbandlich schon nicht organisierbar ist, daß die Chefs der zehn oder zwanzig größten deutschen Metallunternehmen einmal an einen Tisch kommen und sich klar werden, was sie im Bereich des Abbaues von Überstunden und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze tun können. So verstehe ich eine praktische Wirtschafts- und Verständigungspolitik. Das ist leider in der Bundesrepublik, weil wir uns mehr mit Polemik als mit den Sachfragen befassen, eben noch nicht möglich.

(Minister Clement)

(A) Zum Haushalt von Nordrhein-Westfalen: Ich glaube - Herr Kollege Meyer, das hat sich auch in unseren Beratungen in den Ausschüssen immer etwas anders angehört, als es sich jetzt hier anhört -, es ist unbestreitbar, daß sich die Gründungsoffensive Nordrhein-Westfalen, die sich auf die Zusammenarbeit aller Kammern Nordrhein-Westfalens, des Handwerks und des Handels, stützt, die sich stützt auf die Zusammenarbeit mit den Banken und Kreditinstituten insgesamt, die sich stützt auf die Zusammenarbeit mit den kommunalen Wirtschaftsförderern und die Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsverwaltung, die sich stützt auf die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, das wichtigste Momentum ist, um die Beschäftigungslage und die Unternehmensstruktur in Nordrhein-Westfalen zu verändern. Sie kommen nicht daran vorbei, das zu sagen, was sie auch sonst sagen: daß dies ein vernünftiges Instrument ist, das hier eingesetzt worden ist. Wir werden dieses Instrument über Jahre einsetzen und mit ihm in Nordrhein-Westfalen die unternehmerischen Strukturen von Grund auf verändern.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Meyer, Sie winken mir immer mit dem Geld zu. Mir ist neu, daß zur Unternehmensgründung in erster Linie öffentliche Gelder gehören. Ich füge aber gern hinzu, daß wir im Haushalt immerhin für diese Gründungsoffensive 324 Millionen DM eingesetzt haben und - was Ihrer Aufmerksamkeit vielleicht im Moment entgangen ist, sonst ja nicht - über den Nachtragshaushalt zusätzlich noch einmal 150 Millionen DM an Haftungsfreistellungen für Betriebsmittelkredite, die Unternehmensgründer brauchen, zur Verfügung gestellt haben. Das ist ein Instrument, das es bisher in der Bundesrepublik noch nicht gibt.

Es gibt jedenfalls unter den Gesprächspartnern, mit denen ich zu tun habe, niemanden, Herr Kollege Meyer, der diese Gründungsoffensive so karikiert hätte, wie Sie sie hier dargestellt haben. Alle Gesprächspartner, die sämtliche Branchen und Bereiche vertreten, sehen dies als das wichtigste Instrument zur Veränderung der Arbeitsplatzstruktur und Unternehmensstruktur in Nordrhein-Westfalen an. Verlassen Sie sich darauf - Sie sind dazu auch herzlich eingeladen -, daß wir dieses Instrument in einer mehrjährigen Anstrengung, die wir unternehmen, zum Erfolg bringen werden.

In der jetzigen Wirtschafts- und Beschäftigungslage ist ein zweiter Faktor von erheblicher Bedeutung, daß nämlich dieses Land und diese Landesregierung alle Anstrengungen unternehmen, um

junge Leute - junge Frauen und junge Männer - in Ausbildung zu bringen. Auch dazu wünschte ich mir möglichst überhaupt keine Polemik, sondern eine Mitwirkung der Unternehmen und aller Verantwortlichen, die in den Kommunen, auf Landesebene und überall Verantwortung tragen, um dieses Ziel, alle jungen Leute in Ausbildungsplätze zu bringen, erreichen zu können.

Im übrigen habe ich den Eindruck - darauf deutet jedenfalls die gegenwärtige Entwicklung hin -, daß wir diese Diskussion um eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen in den nächsten Jahren noch erheblich verstärken müssen und daß wir auch zu inhaltlichen Korrekturen im dualen Berufsausbildungssystem kommen müssen, wenn wir in Zukunft eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen haben wollen, die wir, wie es wohl unbestritten ist, auch haben müssen. Dazu müssen wir auch die Finanzierungsstrukturen überprüfen. Es ist auf die Dauer natürlich nicht hinnehmbar, daß die kleinen Unternehmen in Deutschland ausbilden und sich die großen Unternehmen peu à peu zurückziehen. Wir werden vielmehr zu einer Finanzierungsregelung kommen müssen, über die wir noch in der Diskussion sind.

Herr Kollege Meyer, Sie haben von den fehlenden Investitionen in Nordrhein-Westfalen gesprochen. Gleichzeitig haben Sie den Ministerpräsidenten angesprochen wegen seiner Rede auf dem SPD-Landesparteitag. Wenn Sie die Rede etwas ausführlicher gelesen hätten, dann hätten Sie festgestellt, daß in ihr beispielsweise auf die Investition über 500 Millionen DM ins Motorenwerk bei Ford in Köln hingewiesen worden ist, daß in ihr vom Ministerpräsidenten auf das Siemens-Prüfzentrum in Wildenrath hingewiesen worden ist mit einer Investitionshöhe von 100 Millionen DM, von der wir erwarten, daß das Zentrum der Rad-Schiene-Technik von Siemens in Nordrhein-Westfalen entstehen wird. Sie hätten beispielsweise hinweisen können auf die gestrige Entscheidung der MMBG, in Köln das Zentrum zur Produktion der Set-Top-Boxen aufzubauen.

Nun tun Sie also mal nicht so, als sei Nordrhein-Westfalen gegenüber anderen Ländern im Rückstand. Nordrhein-Westfalen ist, was Investitionen angeht, mindestens gleichrangig. In etlichen Bereichen, Herr Kollege Meyer, im Multimediabereich und in der Telekommunikation ist es sehr, sehr weit vor allen anderen Ländern.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(Minister Clement)

- (A) Bevor Sie demnächst noch einmal sagen, daß Mannesmann oder VEBA außer in Nordrhein-Westfalen auch in einem anderen Land investiere, erkundigen Sie sich bei den Unternehmen. Sie werden dann feststellen, wo die wirklich tiefgehenden und arbeitsplatzschaffendsten Investitionen stattfinden. Ich bin sehr dankbar, daß gestern bei der MMBG die Entscheidung zugunsten von Köln gefallen ist.

Sie reden übrigens auch über die Biotechnologie. Auch dazu hat der Ministerpräsident auf dem Parteitag der SPD das Notwendige gesagt. Sie erwecken den Eindruck und tun so, als fände in Nordrhein-Westfalen nichts statt. Darüber hatte ich ein interessantes Gespräch mit Bundesminister Rüttgers. Hier darf ich Sie - wie der Ministerpräsident - auf die "Wirtschaftswoche" verweisen, die im Oktober eine Übersicht über die zehn umsatzstärksten deutschen Unternehmen veröffentlicht hat, die nur von Biotechnik leben. Fünf von den zehn größten deutschen biotechnologischen Unternehmen haben ihren Sitz in Nordrhein-Westfalen. Findet hier nach Ihrer Meinung Vertreibungspolitik statt?

- (B) Was in der Bundesrepublik allerdings stattfinden muß - dies ist nicht nur eine Frage an die Länder, sondern auch eine Frage an den Bund -: Wir müssen uns über die Sektoren der Spitzentechnologie zwischen Wirtschaft und Politik verständigen, auf denen die Bundesrepublik Deutschland in Zukunft wirklich einmal wieder gewinnen will. Wo ist denn im internationalen Vergleich der Bereich - außer möglicherweise Multimedia - mit Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen - in dem wir mit Japan, mit den USA oder Südostasien in Zukunft noch Konkurrenzen gewinnen wollen? Soll diese Frage allein auf kommunaler Landesebene entschieden werden? Ist dies nicht eine Frage, über die auf der Bundesebene ebenso Klarheit herbeigeführt werden müßte?

(Beifall bei der SPD)

Das ist die Realität in der Bundesrepublik; es sind nicht die etwas einfach gestrickten Fragen, die Sie aufgeworfen haben.

(Zuruf des Laurenz Meyer [CDU])

- Ja, Herr Kollege Meyer. Man muß schon hin und wieder einfach Fakten zur Kenntnis nehmen. Da hilft alles nichts.

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

Was Garzweiler angeht, haben Sie mich zitiert. Sie können mich jederzeit dazu zitieren. Ich habe

in dem, was Sie zitiert haben, deutlich gemacht, daß wir nach der Genehmigung des Braunkohleplans jetzt in einem rechtlich klaren Verfahren sind. Aufgrund des Braunkohleplans hat das Unternehmen einen Rechtsanspruch auf ein behördliches Genehmigungsverfahren, das nach Recht und Gesetz ablaufen und im Laufe des Jahres 1998 nach allen Erfahrungen, die wir haben, auch zu einem Ergebnis kommen wird. So ist die Lage dort. Wir sollten in aller Geduld zusehen und zuhören.

Die Flughäfen in Nordrhein-Westfalen sind ein wirklich besonders spitzes Thema. Wir kennen die Diskussionen innerhalb der Koalition. Davon ist nichts wegzudiskutieren. Ich sage in aller Deutlichkeit, auch Frau Kollegin Landsberg, worauf wir uns verständigt haben. Wir brauchen eine internationale Flughafeninfrastruktur in Nordrhein-Westfalen, die selbstverständlich auch ausgebaut werden muß. So haben wir das auch vereinbart.

(Beifall bei der CDU)

Dies gilt insbesondere für die internationalen Flughäfen in Köln, Düsseldorf und Münster/Osnabrück. Ich glaube, daran besteht kein Zweifel. Über Dortmund bildet sich unser Koalitionspartner noch seine Meinung. Das ist nicht mehr als recht und billig.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Wenn ich Leute höre und Sie jetzt lachen höre über das Ausland, das über uns lacht und über die schwierigen Diskussionen, die ja vor Ort stattfinden, muß ich Sie doch an meine Erlebnisse, die noch relativ junger Natur sind, erinnern. Das sind meine Erlebnisse bei der Schließung des Flughafens Essen/Mülheim. Dort finde ich nicht nur Sozialdemokraten und GRÜNE, die diese Schließung wollen, sondern eine CDU-geführte Stadtregierung von Mülheim und sieben führende Unternehmensmanager, die in der Region dieses Flughafens wohnen. Wenn ich an Köln denke, treffe ich dort auf einen Professor Pinger, den Sprecher der Mittelstandspolitik der CDU. Ich treffe auf Frau Kollegin Opladen. Ich treffe auf die CDU-Stadtfraktion.

(Silke Mackenthun [GRÜNE]: Dann können Sie ja mit denen koalieren!)

- Bitte? Ich habe Sie nicht verstanden.

(Silke Mackenthun [GRÜNE]: Dann können Sie ja mit denen koalieren! - Lachen und Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(Minister Clement)

(A) - Frau Kollegin, das tut mir nun sehr leid. Jetzt waren Sie wirklich auf der falschen Fährte.

(Lachen und Beifall bei der CDU)

Ich wollte gerade erläutern, daß diejenigen, die ich jetzt mühevoll zusammengekratzt habe, eine Position vertreten, die der nicht unähnlich ist, die aus Ihren Reihen am Flughafen Köln/Bonn vertreten wird.

(Lachen bei der CDU)

Wenn die Parteien vor Ort mit den Anwohnerinnen und Anwohnern zusammenkommen und die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner an Flughäfen zu vertreten haben, ist es doch nur zu verständlich, daß sie es nicht nur mit Repräsentanten einer Partei zu tun haben, sondern mit sehr vielen. Daß dies ein Problem ist, das nicht einfach durch einen Schwerthieb gewissermaßen zu lösen ist, sondern daß wir dort schwierigste Abwägungsprozesse vorzunehmen haben, und zwar an jedem Flughafen, ist Ihnen so geläufig wie das tägliche Lesen der Zeitung. So ist der schlichte Sachverhalt. Sie haben die gleichen Diskussionen in Ihren Reihen wie Sozialdemokraten, wie GRÜNE. Die einen tun dies mit etwas mehr Verve als die anderen.

(B) Aber daß in dicht besiedelten Regionen wie der Bundesrepublik Deutschland und erst recht Nordrhein-Westfalen Flughafenpolitik mit den Belastungen für die Anwohnerinnen und Anwohner Probleme macht und man versuchen muß, diese Probleme so weit wie irgendmöglich zugunsten der Anwohnerinnen und Anwohner zu lösen, ist doch unabweisbar.

(Beifall des Reinhold Trinius [SPD])

Was wir allerdings in diesem Abwägungsprozeß nicht hinnehmen können und wollen, ist, daß dadurch Arbeitsplätze verlorengehen. Das ist der Prozeß, in dem wir uns befinden.

(Beifall bei der SPD)

Es macht doch keinen Sinn, daß irgendjemand darüber in Gelächter ausbricht, wenn er sich nicht mit den Problemen beschäftigt, die dies in Köln, Düsseldorf, Münster, Mülheim, Paderborn oder in Dortmund bedeutet. Das macht doch keinen Sinn, so mit den Sorgen und Problemen der Leute umzugehen, wie dies gelegentlich geschieht.

Es macht schon Sinn, das sehr sorgfältig abzuwägen und zu wissen, wo die Prioritäten sind. Da sage ich als Wirtschafts- und Verkehrsminister allerdings, daß diese Prioritäten aus meiner Sicht

zugunsten der Arbeitsplätze und der internationalen Flugverbindungen, die wir brauchen, gesetzt werden müssen.

(Beifall des Klaus Matthiesen [SPD])

Ich habe vor diesem Hohen Haus schon mehrfach auf einen Vergleich zwischen der Entwicklung in den Niederlanden als unserer wichtigsten Partner- und Nachbarregion und Nordrhein-Westfalen hingewiesen.

Wenn wir über Verkehr sprechen, meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen, ist mir wichtig, darauf hinzuweisen, daß wir selbstverständlich mit der derzeitigen Straßenstruktur, die wir in Nordrhein-Westfalen haben und die schon die dichteste was Bundesstraßen und Bundesautobahnen angeht in ganz Deutschland ist, nicht auskommen. Wir haben in den nächsten 10 bis 15 Jahren mit einem Anwachsen des Güterverkehrs auf den Straßen um 40 % zu rechnen. Deshalb wollen wir als Koalition erhebliche Anstrengungen unternehmen, um den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern.

(Beifall des Reinhold Trinius [SPD])

Ich habe schon an anderen Stellen dargelegt, daß wir deshalb - das ist ja im Haushalt vorgesehen - dort versuchen werden, ein eigenes, für den Güterverkehr ausgewiesenes Schienennetz in Nordrhein-Westfalen aufzubauen. Ich fände es gut, wenn wir uns über diese Perspektiven der Verkehrspolitik in Nordrhein-Westfalen unterhalten könnten.

(Zuruf des Laurenz Meyer [CDU])

Das ist nämlich das, was wir vor uns haben, Herr Kollege Meyer.

(Laurenz Meyer [CDU]: Ein alter CDU-Antrag aus der vorigen Legislaturperiode!)

- Das ist hervorragend, denn dann haben Sie keine Probleme, allem, was wir hier sagen, zuzustimmen! Tun Sie es also auch!

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie die anderen Dinge beiseite, stimmen Sie zu! Mit Ihrer und der Zustimmung der Koalition haben wir dann ein hervorragendes, wichtiges Wirtschaftsprojekt für die Zukunft. - Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der Gisela Nacken [GRÜNE])

(C)

(D)

(A) **Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose:** Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Kollegen Dr. Linssen das Wort.

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Für einen Wirtschafts- und Verkehrsminister, der nicht die Zustimmung der Koalition hat, ist es natürlich verdammt schwierig, hier zu reden. Aber dafür, finde ich, haben Sie es gut gemacht, Herr Clement.

Wenn ich mir vorstelle, wie er versucht hat, gegenüber der Opposition noch ein paar Punkte herauszuholen, dann muß ich sagen: Alle Achtung! Denn der eigentliche Dissens liegt zwischen Ihnen und den GRÜNEN; daran führt kein Weg vorbei, meine Damen und Herren von der SPD.

(Beifall bei der CDU)

Zu dem Hinweis auf die angebliche Polemik des Kollegen Meyer! Wenn Sie seinen Beitrag als Polemik bezeichnen wollen, wo sich doch seine Ausführungen darauf beschränkten, die Dissenspunkte zwischen Ihnen und den GRÜNEN herauszuarbeiten: So sei es, Herr Wirtschaftsminister; das mögen Sie so interpretieren.

(B) Sehr schnell haben Sie Gott sei Dank die Attacken gegen Bonn eingestellt. Was die Abgabenhöhe angeht, sind wir uns einig, daß sie bei uns in Deutschland Oberkante Unterlippe ist. Wenn wir dann aber über die Gewerbesteuerabschaffung sprechen, wünschte ich mir, Sie wären mit im Boot; ansonsten sind Ihre Worte hier nicht echt, Herr Wirtschaftsminister.

(Beifall bei der CDU)

Zu Recht haben Sie auf die Existenzgründungsoffensive aufmerksam gemacht. Ich hatte gedacht, Sie würden vielleicht sogar Ihre gesamte Redezeit mit diesem Thema verbrauchen, weil das der einzig positive Punkt in der gesamten Bilanz ist. Sie haben damit eine Initiative der CDU aufgenommen. Das finden wir gut; dafür loben wir Sie ausdrücklich. Sie erkennen an, daß wir 20 000 mittelständische Existenzen zu wenig haben: Das finden wir gut; das habe ich im Wahlkampf immer vorgetragen. Damals war es von Ihnen noch nicht so erkannt.

Wenn Fehler begangen worden sind, sagen Sie es offen: Wir setzen nicht mehr auf die Großstrukturen, sondern auf die mittelständischen Existenzen. Das hat der DGB am Montag in einem Ge-

spräch mit uns auch erklärt. Ich finde es gut; es gehört zu der Abteilung: Raus aus den Schützengräben, rein in eine vernünftige Politik. (C)

Auch in dem Ziel, Ausbildungsplätze zu schaffen, sind wir uns einig. Die Frage ist nur: Wollen wir sie im ersten Arbeitsmarkt schaffen - wie wir beide, Herr Clement, es wollen, ohne daß ich mich jetzt an Sie ranschmeiße, während die GRÜNEN sie gerne im zweiten Arbeitsmarkt schaffen würden? Das ist der Unterschied zwischen Ihnen und den GRÜNEN.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, der Herr Wirtschaftsminister hat darauf hingewiesen, daß wir hier und da doch eine Investitionsquote feststellen können. - Das ist richtig. Es gibt bei uns - Gott sei Dank! - auch ein paar Ansiedlungen. Wir sind die letzten, die diesen Standort schlechtreden. Aber wir und Sie müssen anerkennen, daß die Investitionsquote im Haushalt in der Zeit des Ministerpräsidenten Rau halbiert worden ist, und zwar von 22 auf 11 %. Sie haben dem Gegenwartsverbrauch Vorrang gegenüber den Interessen der nächsten Generation und dem Interesse an Arbeitsplätzen eingeräumt. Das ist mit uns nicht zu machen.

Sie haben einen Partner, der Ihnen vorwirft, Sie betrieben Standortlüge, einen Partner, der - wie Herr Appel wörtlich - erklärt, Standortdiskussion sei Ideologie. - Herr Wirtschaftsminister, mit solchen Leuten können Sie keine gemeinsame Politik machen. Das wissen Sie auch. Und Sie wissen ganz genau, daß, wenn Sie davon sprechen, die Landesregierung stehe in Sachen Garzweiler zu ihrem Wort, sie trage die Leitentscheidungen und werde die Genehmigung erteilen, dazu eine Kabinettsentscheidung erforderlich ist. Und diese haben Sie nicht. Sie mögen draußen noch so viel Richtiges sagen - wofür Sie auch unsere Unterstützung bekommen, weil unseres Erachtens ganz einfach das Spiel zwischen Opposition und Regierung nicht so wie bisher nach altem Ritual funktionieren kann, sondern wir uns gemeinsam bewegen müssen -, aber mit den GRÜNEN haben Sie einen Klotz am Bein, und damit wird diesem Land Nordrhein-Westfalen Zeit gestohlen! Das ist das, was mich ärgert!

(Beifall bei der CDU)

Es ist schon schlimm genug, wenn wir Sie vor Angriffen der GRÜNEN in Briefen an die Basis in Schutz nehmen müssen, in denen von Düsen- und Betonarroganz des Wirtschaftsministers gespro-

(Dr. Linssen [CDU])

- (A) chen wird und Herr Stratmann Sie als Lügner und Betrüger beschimpft: Was ist das denn für ein Klima, in dem wir hier arbeiten, um dieses Land nach vorne zu bringen?

(Beifall bei der CDU)

Der Ministerpräsident hat gestern erklärt, daß es ihm weder läge, ein Wunderwort zu sprechen noch ein Machtwort. - Herr Ministerpräsident, ich denke, daß Sie in dieser Lage von Ihrer Richtlinienkompetenz Gebrauch machen müßten. Diese Kompetenz ist Ihnen laut Verfassung auferlegt und gegeben. Sie haben dieses Machtwort in dieser dramatischen Lage des Arbeitsmarktes Nordrhein-Westfalen jetzt und hier und heute zu sprechen!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Kollegen Hombach das Wort.

Bodo Hombach (SPD): Herr Kollege Linssen, soviel Applaus für so wenig Inhalt: Das habe ich Ihnen heute morgen nicht gegönnt.

- (B) Herr Kollege Meyer, die Antwort, die Sie verdienen, haben Sie schon bekommen. Herr Kollege Linssen wollte offenbar keine - ich finde es sehr höflich, daß Sie die Ihnen von Frau Landsberg gelieferte Vorlage nicht genutzt haben. Dafür herzlichen Dank.

Daß Sie die Gemeinsamkeit bei der Existenzgründung betonen, liegt auch in unserem Interesse: Es handelt sich in der Tat um ein Stück gemeinsamer Strukturpolitik, in schwierigen ökonomischen Lagen bei Problemen der großen Einheiten gemeinsam darauf zu setzen, die Unternehmen im kleineren und mittleren Bereich, die die einzigen Träger der zukünftigen Arbeitsplätze sein werden, zu stützen. Das ist ein Stück Gemeinsamkeit, welches wir auch pflegen wollen.

Herr Kollege Meyer, ich hatte ein wenig den Eindruck, als hätten Sie heute morgen die falschen Unterlagen herausgekratzt. Sie stammen offenbar aus dem Wahlkampf, wo Sie Unterstützung geleistet haben. Denn daß Sie ausgerechnet uns die Höhe und die Last der Arbeitslosigkeit vorhalten, ausgerechnet uns erzählen wollen, in welcher Verantwortung Politik zu stehen und welche Sorgen sie sich zu machen hat, um hier Abhilfe zu schaffen, das kann nicht Ihr Ernst sein. Und wenn

Sie uns gleichzeitig wider besseren Wissens und wider aller Datenlage - bitte lesen Sie die vom Landesarbeitsamt veröffentlichten Zahlen - nachsagen wollen, als ständen wir - bei allen Problemen - am Ende der Entwicklung und bildeten das Schlußlicht, dann ist das schlicht falsch.

3 % Steigerung der Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet sind 3 % Steigerung zuviel. Im Bundesdurchschnitt ist die Arbeitslosigkeit aber um 8,9 % gestiegen. Ich will diese Zahl nicht zur Beruhigung nennen; die Lage ist ernst. Ihre Schwarzmalerei speziell auf unser Land zu beziehen, ist aber falsch. Sie müssen das auch in Bonn diskutieren, denn Nordrhein-Westfalen allein ist nicht der Tummelplatz dafür.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe Ihnen, Herr Kollege Meyer und Herr Kollege Dr. Linssen, aufmerksam zugehört. Was kommen für Signale, wo ist gemeinsame Wirtschaftspolitik nötig, wo folgen dem, was Sie als Politik verbal ankündigen, Konzepte? - Ich habe heute morgen nicht viel davon gehört, sondern nur Schimpfe. Diesbezüglich war Frau Landsberg konkreter, wenn auch nicht zu meiner durchgängigen Freude.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Ich hoffe aber, daß sie in der nächsten Woche Ihren Plakaten nicht so viele Stichworte liefert. Sie kann auch ganz anders - das weiß ich -, denn wir haben im Bereich der Mittelstandspolitik schon eine gemeinsame Initiative vorgelegt, die sich auch beim Mittelstand hat sehen lassen können. Ich weiß, Herr Kollege Meyer, daß Sie das nicht erfreut.

Niemand aus Ihrer Fraktion hat - und das ist meine Erfahrung aus der Debatte von heute morgen - über den Haushalt geredet, denn das wäre Ihnen auch schwer gefallen. Dieser Haushalt ist nämlich ein Zeichen der ökonomischen Vernunft, er beinhaltet das größte Wachstum aller Einzelhaushalte

(Lachen bei der CDU)

- Ihr Lachen zeigt, daß Sie es nicht wissen -, und er ist wirklich geeignet - sonst hätte Kollege Meyer das schon kritisiert und etwas anderes gesagt -, den Strukturwandel zu begleiten, zu forcieren und zu beschleunigen. Er hat neben der Regionalisierung eine deutliche Orientierung zu einer branchenorientierten Förderung. Der Haushalt ist wirklich der Sieg ökonomischer Vernunft, und nichts ist ihm genommen trotz kämpferischer Ankündigungen, selbst nach schweren Debatten hat

(C)

(D)

(Hombach [SPD])

(A) man draufgelegt. Wir freuen uns darüber, der Wirtschaftshaushalt kann sich sehen lassen.

Rot-Grün muß sich in der ökonomischen Krise bewähren - das wird der Erfolg oder Mißerfolg der Koalition. Wenn ich sage, daß sie sich bewähren wird, dann gebe ich zu, daß dies ein Stück Appell ist, aber nicht durchgängig Interpretation. Ich hoffe, daß das ab nächster Woche einfacher wird.

Herr Kollege Meyer, Sie haben mich angesprochen. Sie haben ein Beispiel gewählt, aus dem hervorgeht, daß der eine von uns mehr und der andere weniger in der Arbeit steht oder der Arbeit nahe steht. Ich muß Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich möchte aus Gründen der Koalitionsrason nicht darüber spekulieren, auf welcher Seite des Hauses das eine oder das andere Beispiel stärker ausgeprägt ist. Ich möchte Ihnen nur eines sagen: Die Partei der Arbeit ist die Union nicht gerade.

(Zuruf des Laurenz Meyer [CDU])

Und wenn Sie das in Bonner Relation setzen, so muß ich Ihnen ganz ehrlich entgegenhalten: Die Daten, mit denen wir leben müssen, zeigen, daß das, was in Bonn die Union zu verantworten hat, eher die Partei der Arbeitslosigkeit ausmacht.

(Beifall bei der SPD)

(B)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich darf Herrn Kollegen Dr. Busch für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich war heute morgen neugierig, ob sich die CDU in einem neuen Gewand darstellen würde. "Partei der Arbeit" hat Herr Hombach gesagt, und dazu gab es auch einen Hintergrund. Es gab nämlich ein Gespräch zwischen der CDU und dem DGB Nordrhein-Westfalen. Ich war wirklich gespannt, was denn wohl aus diesem Gespräch herauskommen würde, nachdem das Bündnis für Arbeit gescheitert ist. Das einzige, was herauskam, ist, daß die CDU nach wie vor Arbeitszeitverkürzungen und Überstundenabbau ablehnt. Das muß man sich einmal vorstellen!

(Herbert Reul [CDU]: Das ist falsch!)

In Zeiten der wachsenden Erwerbslosigkeit haben Sie das abgelehnt. Jawohl!

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

- Sie können das hier richtigstellen, aber es ist in der Öffentlichkeit jedenfalls so berichtet worden - ich nehme an, zu Recht. Falls Sie etwas dazu zu sagen haben, würde ich mich freuen, wenn Sie dies hier öffentlich verkünden würden. Bislang haben Sie die Arbeitszeitverkürzung in all ihren Formen abgelehnt, und deswegen sind Sie von der CDU maßgeblich mitverantwortlich für die Massenerwerbslosigkeit in diesem Land. (C)

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Widerspruch bei der CDU)

Sie sind dafür verantwortlich, daß Vorruhestandsregelungen, daß Sozialpläne und daß Abfindungen so schwierig geworden sind. Sie sind dafür verantwortlich, daß Ökosteuern nicht eingeführt werden, obwohl sie nachgewiesenermaßen in hohem Umfang positive Beschäftigungseffekte haben. Wegen Ihrer Politik ist die Politik des zweiten Arbeitsmarktes so wichtig. Gerade weil Ihre Politik Massenerwerbslosigkeit zur Folge hat, müssen wir den zweiten Arbeitsmarkt stärken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da gibt es überhaupt keinen Widerspruch zwischen Wertschöpfung und Verteilung. Es ist doch eine Binsenweisheit, daß man nur das verteilen kann, was man erwirtschaftet hat; das haben wir schon vor 20 Jahren gewußt. (D)

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

Wichtig ist doch, wie diese Wertschöpfung zustande kommt.

Herr Meyer, Ihre Bilanz der Wertschöpfung ist wirklich beeindruckend. Schneller Brüter: 7 Milliarden DM Wertvernichtung, Hochtemperaturreaktor: 7 Milliarden DM Vernichtung, Mediapark Köln: 100 Millionen DM Vernichtung, HDTV Oberhausen: 100 Millionen DM in den Sand gesetzt, VOX in Köln: 600 Millionen DM in den Sand gesetzt, ICE-Anbindung: 1 Milliarde DM, die hier investiert werden soll, obwohl es für 300 Millionen DM eine verkehrspolitisch wesentlich günstigere S-Bahn-Anbindungsmöglichkeit gäbe.

Das sind die Fakten, und darum geht es: Weg von den Subventionsgräbern und Investitionsruinen und hin zu einer vernünftigen, vorausschauenden und intelligenten Industrie- und Beschäftigungspolitik, das ist die Aufgabe!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann nur sagen: Wer hier Arbeit gegen Umwelt auszuspielen versucht, wer das platte "Arbeit, Arbeit, Arbeit" in den Raum stellt und damit

(Dr. Busch [GRÜNE])

- (A) suggeriert, er könne Beschäftigung auf diese Art und Weise schaffen, der geht in die Irre und macht genau das Falsche.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir sind gerade deshalb in rot-grüner Koalition mit dem Anspruch angetreten, Arbeit und Umwelt zu versöhnen und gemeinsam in die richtige Richtung zu gehen, weil wir wissen, daß die ökologischen Folgeschäden mittlerweile 20 % der Wertschöpfung ausmachen. Es werden also 20 % der Wertschöpfung, die pro Jahr erwirtschaftet werden, benutzt, verschwendet und aufgefressen, um die Folgeschäden zu beseitigen. Unsere Aufgabe ist, daß wir diesen Irrsinn nicht länger mitmachen, sondern daß wir zukunftssträchtige, zukunftsfähige und umweltverträgliche Arbeitsplätze schaffen. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da hilft es uns nicht, flächendeckend in Nordrhein-Westfalen alle Flughäfen auszubauen. Da hilft es uns nicht, in Nordrhein-Westfalen flächendeckend alle Flughäfen auszubauen; da hilft es uns nicht, Straßen und Autobahnen auszubauen,

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (B) sondern da hilft es, wenn wir in der Energiepolitik vorangehen, wenn wir Nah- und Fernwärme ausbauen, wenn wir private Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energiequellen fördern.

(Zahlreiche Zurufe von der CDU - Unruhe - Glocke)

Wir sind dabei auf gutem Wege. Wir haben das REN-Programm im Einzelplan des Wirtschaftsministers von 40 auf 61 Millionen DM aufgestockt. Wir haben die REN-Breitenförderung im Einzelplan 14 des Bauministers von 30 auf 49 Millionen DM aufgestockt. Wir unterstützen Energiekonzepte der Gemeinden und der Unternehmen. Die Energiesparpotentiale sind bekannt; wir müssen sie nutzen, und dann ist das ein intelligenter Beitrag zur Modernisierung der Wirtschaft und zur Beschäftigungsförderung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Allerdings muß man feststellen, daß immer noch ein Großteil der öffentlichen Mittel zum Beispiel durch die Steinkohlenförderung gebunden wird. Die Steinkohlensubventionierung aus dem Landeshaushalt liegt immer noch bei rund 1,3 Milliarden DM jährlich. Das sind ungünstige Rahmenbedingungen für die Energiewende.

(Zurufe von der CDU)

Wir hatten Anfang des Jahres eine Strompreissenkung von 10 bis 16 %; diese macht Energiesparmaßnahmen in entsprechendem Umfang unrentabel. Das ist ein großes Problem. Deswegen müssen wir dafür sorgen, daß die Mittel, die die Energieversorger erhalten, verstärkt für Energiesparmaßnahmen im Rahmen des Least-cost-planning verwendet werden. Das ist ein Bereich, in dem wir unter Rot-Grün gemeinsam arbeiten und bei dem ich große Bedenken habe, ob die CDU überhaupt verstanden hat, um welche Dimension es eigentlich geht.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Herr Dr. Busch, ich muß Sie auf das Ende der Redezeit aufmerksam machen.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE): Ich komme sofort zum Ende. - Ich möchte noch kurz darauf hinweisen, daß auch ich mich bei der Abstimmung enthalten werde. Wir haben einen Beschluß unseres Landespartei Rates, der uns bis zum Landespartei tag am Wochenende bindet. Ich möchte nicht dem Mißverständnis Vorschub leisten, wir hätten uns mit dem Ausbau des Flughafens Dortmund abgefunden. Das Gegenteil ist richtig. Wir werden über alle Verkehrsprojekte mit der SPD verhandeln. Schließlich sagt der Koalitionsvertrag: Das Land fördert künftig nicht mehr den Ausbau von Flughäfen. Und wir nehmen den Koalitionsvertrag sehr ernst. - Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich erteile Herrn Kollegen Meyer für die Fraktion der CDU das Wort.

Laurenz Meyer (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte nach den Wortbeiträgen der Kollegen Hombach und Busch meine persönliche Meinung artikulieren: Ich finde das, was Herr Kollege Dr. Busch gerade vorgetragen hat, zumindest ehrlicher als manches, was in der letzten Zeit gesagt worden ist. Das ist seine Position, die wir aus der letzten Legislaturperiode kennen. Er ist wieder zu seiner alten Form und zu seinen alten Aussagen zurückgekehrt und damit wenigstens wieder ehrlich geworden. Mit dieser

(C)

(D)

(Meyer [CDU])

(A) Position kann er vielleicht auch besser zurecht-
kommen.

Daß das nicht meine Position ist, will ich gleich
hinzufügen. Das ist nicht die Position der CDU.
Wir können es uns nicht leisten, Arbeitsplätze im
ersten Arbeitsmarkt abzuschaffen, um sie dann
im zweiten Arbeitsmarkt mit staatlichem Geld
wieder aufzubauen. Das ist die eigentliche Kern-
frage.

(Beifall bei der CDU)

Ich verstehe nicht, Herr Kollege Hombach, daß
Sie darauf nicht eingegangen sind; denn das ist
der Punkt. Sie sind noch nahe an der Arbeit, ich
auch. Das gilt auch für viele meiner und Ihrer Kol-
legen, die aus der Gewerkschaftsbewegung kom-
men. Sie wissen, was die Leute draußen drückt
und daß wir uns vor denen geradezu in eine fal-
sche Welt flüchten, wenn wir 20-Millionen-DM-
Diskussionen wie beim Flughafen Dortmund in
dieser Extensität führen. Das ist doch geradezu
wahnsinnig. Hier geht es darum, daß in Dortmund
tausend Arbeitsplätze sein können oder nicht - in
dieser gebeutelten Region des östlichen Reviers.
Dabei sollten wir uns nichts vormachen: Es geht
nicht um die 20 Millionen DM. Bei der Frage um
die tausend Arbeitsplätze geht es darum, ob die
Landebahn ausgebaut wird oder nicht. Das ist die
Frage.

(B)

(Beifall bei der CDU - Vorsitz: Präsident
Ulrich Schmidt)

Alles andere ist - auch wenn das hier zum Teil
anders gesagt worden ist - Brimborium. Ich meine
deshalb, wir sollten hier wieder ehrlich diskutie-
ren. Der Wirtschaftsminister hat zu Recht gesagt,
er kenne keinen Flughafen, auf dem bei der Ge-
päckkontrolle darauf geachtet werde, ob der Flug-
gast eine Badehose oder nur Akten in der Tasche
habe. Das heißt, die Sache mit den Touristen oder
Geschäftsleuten ist eine Phantomdiskussion. Die
Leute, die vom Flughafen Dortmund abfliegen
wollen und die dort die Flugzeuge warten wollen,
müssen wir im Auge haben, um die müssen wir
uns kümmern.

In dem Zusammenhang, Herr Hombach: Was ha-
ben Sie denn zu den Themen, die vor uns stehen,
gesagt? Gentechnik, Biotechnik - bei jedem dieser
Punkte werden Sie Auseinandersetzungen bekom-
men. Das gilt auch für die Frage der Steinkohle.
Herr Dr. Busch hat sich dazu in Lünen - war es in
Lünen? - klar eingelassen und gesagt: Laßt uns
lieber jedem der Leute 50 000 DM auf die Hand
geben und laßt sie dann gehen; es ist billiger, den

Steinkohlenbergbau zuzumachen. - Darüber müs-
sen wir hier im Landtag sprechen. Er hat diese
Aussagen zwar mit einer langfristigen Perspektive
verbunden; das habe ich alles gelesen. Aber er
hat gesagt: Wir müssen hier zum Ende kommen.

Meine Damen und Herren, das ist unsere Meinung
nicht. Wir müssen die Option offenhalten, ob wir
den Steinkohlenbergbau nach dem Jahre 2005
nicht weiter fortführen wollen. Das ist unsere
Position, und ich hoffe, das ist auch noch die Po-
sition der SPD, die sie in künftigen Diskussionen
hier mit uns gemeinsam vortragen will.

Präsident Ulrich Schmidt: Kollege Meyer, wollen
Sie eine Frage von Herrn Dr. Busch beantworten?

Laurenz Meyer (CDU): Ja, gern.

Präsident Ulrich Schmidt: Bitte schön, Kollege
Busch.

Dr. Manfred Busch (GRÜNE): Herr Meyer, würden
Sie mir zugestehen - damit hier keine Gerüchte im
Raum bleiben -, daß es darum ging, ein Konzept
für ein langfristiges Auslaufen des Steinkohlen-
bergbaus zu entwickeln, wobei im Rahmen eines
solchen regional- und sozialverträglichen Kon-
zepts ein Angebot an Bergleute gemacht werden
sollte, sich mit einem Übergangsgeld eine neue
Existenz zu suchen?

(Zurufe von der CDU)

Nur damit wir hier Klarheit haben.

Laurenz Meyer (CDU): Ich wollte nur auf den Kern
der Sache kommen. Der Kern der Sache ist, daß
Sie das vortragen, was ich aus dem Konzept des
Ex-Bundestagskollegen Stratmann-Mertens kenne.
Das ist der Kollege, den Sie in Bochum zu Ihren
Freunden zählen, Herr Wirtschaftsminister, und
der für die GRÜNEN das energiepolitische Kon-
zept für die Kohle aufgeschrieben hat. Der macht
nicht nur Verkehrspolitik, sondern ist in weiten
Teilen auch für die Energiepolitik zuständig. Ich
habe durchaus gelesen, was Herr Stratmann-Mer-
tens geschrieben hat; das wird Sie vielleicht über-
raschen, Herr Dr. Busch.

Meine Damen und Herren, liebe Kollegen! Worum
es jetzt geht, und das ist doch nur unser Appell,

(Meyer [CDU])

- (A) deshalb hat sich Herr Dr. Linssen als unser Fraktionsvorsitzender vorhin auch in die Debatte gehängt, und ich denke, daß Herr Matthiesen dies ebenfalls noch tun wird, um hier einmal Klarheit zu schaffen - es geht darum, daß nun diese Kasperi um jene 20 Millionen DM nicht weitergeht.

(Beifall bei der CDU)

Ich prophezeie Ihnen: Da sind doch schon einige unterwegs und wollen also über diesen Parteitag kommen. Diese 20 Millionen DM werden sie akzeptieren. Dann geht es bei der A 44 los: wieder 2,2 km einer ganz wichtigen Straße! Aber was ist das im Hinblick auf die Probleme im Lande? Und wir hier kommen zu nichts.

(Beifall bei der CDU)

Seit einem Jahr bleibt alles liegen, und die wirklich wichtigen Dinge werden nicht angegangen. Das ist doch der Punkt.

Herr Dr. Vesper - sagen Sie es doch einmal! -, sind Sie denn auch der Meinung, daß der Wirtschaftsminister zu Recht in "Revier und Werk" gesagt hat: "Die Landesregierung wird die Genehmigung für Garzweiler II erteilen." Wörtlich: "Die Landesregierung"! Dazu gehören Sie auch. Frau Höhn ist nicht hier; ich weiß nicht, wo sie ist. Sie hat sich vorsichtshalber abgesetzt.

(B)

(Zurufe - Beifall bei der CDU)

"Die Landesregierung wird erteilen." Was tun Sie denn an dieser Stelle? Sagen Sie ja oder nein zu dieser Aussage des Wirtschaftsministers, verbindlich gegenüber den Leuten im wörtlichen Zitat in der Zeitung der Braunkohle von Rheinbraun?

Ich bitte Sie, ich bitte insbesondere die Kollegen von der SPD, fordere aber auch die GRÜNEN auf - wir sind der Meinung, daß das Land es verdient -: Schaffen Sie jetzt Klarheit! Wenn sie sich auf dem Landesparteitag für die Fortsetzung dieser Koalition entscheiden, dann müssen Sie sich auch für Münster und für Düsseldorf und für Rheinbraun entscheiden; dann müssen Sie sich für Gentechnik und für die Chemiestandorte entscheiden. Andernfalls werden Sie alle vier Wochen erneut anfangen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Meyer. - Für die SPD-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Schmid das Wort. Bitte schön.

- Irmgard Schmid (Kierspe) (SPD):** Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Meyer, wollten Sie Zwietracht in die Koalition bringen, oder was war Ihr Anliegen? (C)

(Lachen bei der CDU - Unruhe)

Es mag ja sein, daß Sie schon Hoffnung schöpfen; aber ich glaube, so weit es nicht.

(Zurufe von der CDU)

- Ja, das mag für Sie ganz lustig sein; aber schnuppern Sie bitte noch keine Morgenluft! Auch wenn man - das muß ich der Ehrlichkeit halber sagen - nach der Rede des Kollegen Busch den Eindruck haben könnte, daß wir hier beim Landesparteitag der GRÜNEN seien.

(Zurufe von der CDU)

Aber, Herr Meyer, Sie hatten gesagt: Lassen Sie uns eine ehrliche Diskussion führen! - Die Ansätze waren zunächst ganz gut. Nur, das, was sich hier bei uns abspielt, sollten Sie vielleicht einmal zur Kenntnis nehmen. Zur ehrlichen Diskussion gehört nicht die Miesmacherei, und es gehört nicht dazu, die Wirtschaft kaputtzureden.

(Beifall bei der SPD)

- Zu einer ehrlichen Diskussion gehört es auch, über die letzten Nachrichten hinsichtlich der Exportüberschüsse und über die Erträge der Unternehmen, festgemacht an den Rekorddividenden, die Bayer heute bekanntgibt, nachzudenken. (D)

(Erneut Beifall bei der SPD)

Ich bin mit Ihnen - und da sicherlich im Gegensatz zu Frau Landsberg - der Meinung, daß der erste Arbeitsmarkt das wichtigste ist, das wir zu bewältigen haben. Aber dann werden wir auch zur Kenntnis nehmen müssen, was sich auf dem ersten Arbeitsmarkt abspielt, wie also nicht der erste Arbeitsmarkt, der zweite Arbeitsmarkt, sondern wie der graue Arbeitsmarkt zu Lasten der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen funktioniert.

Wenn sich also zum Beispiel, so in meiner näheren Umgebung, ein sogenannter Montagebetrieb innerhalb eines halben Jahres zum zweiten Mal erdreisten kann, von seinem betrieblichen Wachstum zu berichten, immer neue Auftraggeber für Montagearbeiten zu finden, das ganze Pensum dann - so vor etwa 14 Tagen nachzulesen - mit 80 Aushilfskräften und drei Festangestellten bewältigt, dann ist das etwas, was sicherlich die Lohnnebenkosten senkt, was aber die Sozialhaushalte ausbeutet und die Frauen in ungeschützten

(Schmid [Kierspe] [SPD])

(A) Arbeitsverhältnissen der Rentenversicherung entzieht.

(Beifall bei der SPD)

So Lohnnebenkosten zu senken, kann nicht das Ziel sein. Und das wird sicherlich verstärkt praktiziert.

Die Bilder, die die CDU hier malt, sind doch zum Teil unreal. Ich stelle an dieser Stelle die Behauptung in den Raum, daß niemand der nordrhein-westfälischen Wirtschaft näher ist als die SPD, und die gemeinsamen Aktivitäten ---

(Lachen bei der CDU - Zurufe)

- Sprechen Sie doch mit Unternehmern, sprechen Sie mit Kammern, sprechen Sie mit Verbänden, und Sie werden sehen, was sich dort tut. Die CDU würde dort gern Einfluß haben, vor allem im Hinblick auf die Wähler, die sie in den Lagern dort noch vermutet. Aber die Kooperation findet mit der nordrhein-westfälischen Regierung statt, und dahinter steht die SPD.

Und die falschen Weichen, die, was die Wirtschaftspolitik angeht, gestellt werden! Die Unternehmer wissen ganz genau, und auch die Arbeitskräfte wissen es: Die Weichen werden in Bonn gestellt.

(B) Wenn ich nun heute morgen in den zusätzlichen Anträgen der CDU lese, daß für 1 Milliarde DM das Tafelsilber des Landes verscherbelt werden soll, um dort kurzfristig etwas herauszuziehen, Risikokapital bereitzustellen - nun, Risikokapital ist sicherlich eine ganz wichtige Sache. Es hilft jungen Unternehmern. Aber bedenken Sie bitte einmal, daß Sie Gewinn unverteuert im Aktienbereich machen können und das Risikokapital, das also das Wissen und die Zukunft, die in den Köpfen ist, finanzieren soll, praktisch nicht vorhanden ist. Ich glaube, da wird sich auch bei der Steuergesetzgebung etwas tun müssen. Das werden wir von Nordrhein-Westfalen aus begleiten können. Aber es ist sicherlich nicht etwas, das in unserer Verantwortung liegt. Was diese Geschichte angeht, gehen Sie also bitte einmal in sich und sehen Sie, wie Sie der Wirtschaft dienen können.

Was weiterhin die Gründungsoffensive betrifft, die heute morgen hier schon vielfach angesprochen wurde, so glaube ich, daß dies ein gutes Beispiel der Kooperation ist.

Unter anderem ist es neben den ganzen dort vorgesehenen Maßnahmen doch auch so, daß zum Beispiel die WGZ-Bank nunmehr auch beabsich-

tigt, Sonderkredite für Betriebsgründungen in Höhe von 100 Millionen DM bereitzustellen. Da bewegt sich doch etwas. Nehmen Sie das doch zur Kenntnis und sehen Sie, daß also auch die Arbeitsplätze im Mittelstand praktisch entstehen!

(C)

Ich möchte jetzt mit einer Überschrift aus dem "Wirtschaftsblatt" der vergangenen Woche schließen:

"Gründungsoffensive: Jetzt wird den jungen Chefs mit vereinten Kräften geholfen."

Das hat nicht die SPD gesagt; das entstammt dem "Wirtschaftsblatt". - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Schönen Dank, Frau Kollegin Schmid. - Für die Landesregierung erteile ich dem Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr, Herrn Clement, das Wort.

Wolfgang Clement, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mir liegt doch daran, nach diesem Zwischenstand der Debatte deutlich zu machen, daß nach meiner festen Überzeugung keine Regierung in Deutschland, ob im Bund oder in den Ländern, bestehen kann, die nicht in der Beschäftigungspolitik ihre Bewährungsprobe besteht.

(D)

(Demonstrativer Beifall bei der CDU)

Die Sicherung der Beschäftigung, die Schaffung von Arbeitsplätzen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die Herausforderungen, mit denen wir zu tun haben. Diesen Herausforderungen hat sich jede Regierung zu stellen, ob auf Bundes- oder auf Landesebene, und daran wird sie gemessen werden; davon bin ich überzeugt.

Das gilt auch für die Bundesregierung, Herr Kollege Meyer und Herr Kollege Dr. Linssen. Wenn Sie so mutig sagen, bei uns bleibe alles liegen, Herr Kollege Meyer: Wenn das so wäre, hätten wir ja nicht so viele Konflikte. Liege geblieben ist bisher in Bonn die Beschäftigungspolitik; das muß ich Ihnen in aller Ernsthaftigkeit sagen!

(Beifall bei der SPD)

Wir diskutieren darüber seit Monaten und Jahren. Zum ersten Mal ist jetzt - ohnedies erst auf den Anstoß einer Gewerkschaft hin - die Beschäfti-

(Minister Clement)

- (A) gungspolitik in den Mittelpunkt der Diskussion gekommen. Wir haben immer noch keine ernsthafte, wichtige Entscheidung, die wir benötigen, und wir benötigen bis zum Sommer dieses Jahres wichtige Entscheidungen, wenn wir den Verlust an Industriearbeitsplätzen stoppen wollen.

Übrigens, Herr Kollege Meyer: Auf Heller und Pfennig findet in Baden-Württemberg, in Bayern wie in Nordrhein-Westfalen der gleiche Prozeß statt. Nichts haben wir davon, die Länder gegeneinander auszuspielen oder gegeneinanderzustellen. Wir haben alles davon, daß in Bonn endlich auf diesem Sektor gehandelt wird.

Herr Kollege Dr. Linssen, wenn Sie dann mit der Gewerbesteuer kommen, ist das erstens zu dürrtig und zweitens der falsche Weg. Richtig wäre, wir würden als einen ersten Schritt so schnell wie irgend möglich die Lohnnebenkosten herunterdrücken, und zwar dadurch, daß die versicherungsfremden Leistungen aus den sozialen Sicherungssystemen herausgenommen werden

(Beifall bei der SPD)

und endlich eine Entlastung für Unternehmen wie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingeführt würde. Das möchte ich vorausschicken. Das gilt auch für die Koalition, die wir hier in Nordrhein-Westfalen haben.

- (B) Zweitens. Ich finde, offen gestanden, die Plakatdiskussion über den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt relativ müßig. Es kann gar kein Zweifel sein - das ist bei unserem Koalitionspartner nach meiner Überzeugung genau wie bei uns -: Natürlich wollen wir, daß die Menschen in den ersten Arbeitsmarkt kommen. Aber die nächste Frage lautet dann doch: Was machen wir mit denen, die nicht hineinkommen?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir haben leider Tausende und Abertausende, die nicht in den Arbeitsmarkt kommen, ob in Ostdeutschland oder in Westdeutschland. Es hat keinen Zweck, dafür die Augen zu verschließen, sondern damit haben wir umzugehen, und selbstverständlich brauchen wir dazu Instrumente des zweiten Arbeitsmarktes. Das ist doch gar keine Frage!

Drittens. Zu den Flughäfen und auch zum Flughafen Dortmund ist meines Erachtens das Notwendige gesagt worden. Es ist bekannt, daß unser Koalitionspartner zu Dortmund konkret einen Klärungsprozeß eingegangen ist, der noch stattfindet.

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

(C)

Ich möchte allerdings folgendes zusätzlich deutlich machen - und da finde ich die scheinbar sich gegenseitig ausschließenden Reden zwischen Ihnen und uns, zwischen den GRÜNEN und uns so in die Irre führend -: Es kann doch gar kein Zweifel darüber sein, daß wir sowohl in der Energiepolitik als auch in der Verkehrspolitik eine ökologische Umsteuerung benötigen. Es ist doch überhaupt keine Frage, daß dies notwendig ist. Das heißt aber nicht - und das ist der Unterschied in unseren Positionen -, daß ich nicht die jetzt vorhandene und notwendige Verkehrsinfrastruktur in den bestmöglichen Stand bringen müßte. Das muß ich! Aber ich muß doch gleichzeitig versuchen, den Prozeß der ökologischen Umsteuerung, der Umorientierung zu vollziehen, wie wir es mit diesem Haushalt beispielsweise durch die Entwicklung eines eigenen Schienennetzes für den Güterverkehr beginnen wollen. Das ist doch der Prozeß, in dem wir uns befinden!

Positionen, die immer nur das eine betonen und das andere außer acht lassen, sind das, womit ich nur schwer umgehen kann. Ich kann, wie gesagt, damit umgehen, die Verkehrsinfrastruktur in den bestmöglichen Zustand zu bringen - und das keineswegs blind. Die Schließung des Flughafens Essen/Mülheim ist ja kein Kinderspiel. Mir beispielsweise fällt es nicht ganz leicht, dort zu sagen: Aufgrund der Entscheidungen der beiden Städte und der mangelnden Unterstützung durch die IHK und so weiter ist eine weitere Nutzung dieses Flughafens für den motorisierten Verkehr nicht möglich. Ich empfinde das nicht als Vergnügen; aber immerhin: Dies findet ja statt, meine Damen und Herren!

Ich glaube, daß Sie uns nicht vorhalten können, wir bauten blind irgendeine Flughafeninfrastruktur in Nordrhein-Westfalen aus, sondern wir tun das in einem sehr überlegten Konzept. Im übrigen - das haben auch Sie von seiten der Opposition gefordert - stehen wir selbstverständlich jederzeit zu jeder Diskussion über diese Luftverkehrskonzeption zur Verfügung. Klar muß dabei allerdings sein, daß ein Wirtschaftsstandort von der Größe und Ausstattung Nordrhein-Westfalens auf ein funktionierendes Flughafensystem angewiesen ist

(Beifall bei SPD und CDU)

und daß dazu notfalls auch schmerzhaft Entscheidungen notwendig sind. Das ist etwas, woran man nicht vorbeikommt.

(D)

(Minister Clement)

- (A) Dabei glaube ich, daß eine gewisse Entscheidungskultur, bei der man auch versucht, relativ schnell zu Entscheidungen zu kommen, gar nicht so falsch ist, Herr Kollege Meyer. In anderen Teilen unseres Landes herrscht ja - anders als bei Ihnen - der Eindruck vor, es würde zuviel und zu schnell entschieden.

Etwas Ähnliches gilt auch für die Energiepolitik. Ich will ganz klar als meine Position sagen - und das ist, wie ich weiß, die Position der Sozialdemokraten -, daß wir bei der Steinkohle die Förderung in Deutschland und damit insbesondere in unserem Lande auf einem bestimmten Sockel für unabweisbar notwendig halten, und zwar zur Energieversorgung in der Bundesrepublik Deutschland wie auch zur Sicherung der Technologie, die auf diesen lebendigen Kohlelagerstätten entstanden ist. Das, was dort entstanden ist, ist Hochtechnologie.

(Zustimmung bei der SPD)

Das muß man nur den Bayern noch beibringen.

Wenn wir in unseren Diskussionen in Deutschland ernsthaft über Umwelt- und Klimaschutz reden, kann keiner daran vorbeisehen, daß auf diesen lebendigen Kohlelagerstätten, und zwar sowohl der Steinkohle wie der Braunkohle, die modernste Förder-, Aufbereitungs- und Kraftwerkstechnologie weltweit entstanden ist. Wenn wir auf den internationalen Konferenzen darüber reden, daß wir Klimaschutz international betreiben müssen, meine Damen und Herren, dann brauchen wir genau die Technologie, die hier in Nordrhein-Westfalen auf diesen lebendigen Kohlelagerstätten entwickelt worden ist. Dann haben wir eine Chance, wenigstens den Zuwachs an Kohleverfeuerung - der beispielsweise in China in den nächsten zwanzig Jahren bei 1 Milliarden SKE liegen wird - einigermaßen umwelt- und klimaverträglich entsorgen zu können.

(Zustimmung bei der SPD)

Das ändert aber nichts daran, meine Damen und Herren, daß die Belastung von Umwelt und Klima durch die Verfeuerung von Kohle, durch die Verfeuerung von Energie selbstverständlich belastet wird und daß wir auf diesem Sektor über ein Umsteuern nachdenken werden. Deshalb führt diese Landesregierung die notwendigen Programme beispielsweise zur Förderung der Entwicklung von Solartechnologie; auch zur Markteinführung von Solartechnologie, und zwar diesmal in ernsthafter Weise, genauso wie zur Nutzung von Windkraft ein.

Das ist meines Erachtens die Kunst. Die Kunst besteht darin, in einem hochindustrialisierten Wirtschaftsstandort wie Nordrhein-Westfalen das zu erhalten, was ist, das zu sichern, was ist, und neue Wege zu gehen. Zu den neuen Wegen gehört selbstverständlich das, was wir im Bereich der Verkehrsinfrastruktur auf der Schiene und im Bereich der Energietechnik in Richtung Solartechnik und Windkraftnutzung eingeleitet haben und was in diesem Haushalt - worüber ich mich freue - seinen Niederschlag gefunden hat. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Landsberg das Wort.

Alexandra Landsberg (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Meyer, ich finde, daß Sie seit Monaten hier im Grunde nichts anderes tun, als herumzumaulen

(Zustimmung bei der SPD)

und regelmäßig zu erklären, was alles schlecht läuft,

(Zustimmung bei GRÜNEN und SPD)

ohne Alternativen zu benennen und ohne ernsthaft zu sagen, was für eine zukunftsfähige Perspektive es für Nordrhein-Westfalen gibt - eine Perspektive, die sowohl Arbeitsplätze erhält wie auch die Umwelt erhält und - auch Ihre Partei hat sich den Klimaschutzzielen von Rio angeschlossen - die für eine konsequente Klimaschutzpolitik sorgt.

Herr Hombach und ich haben für unsere Fraktionen einen gemeinsamen wirtschaftspolitischen Antrag vorgelegt, der, wie ich finde, erheblich besser ist als der Antrag, den Ihre Fraktion hier im Dezember vorgelegt hat - mit dem Versuch, möglichst die Gründungsoffensive vorwegzunehmen. Ich glaube, diese Landesregierung ist in der Wirtschaftspolitik in den weiten Feldern, wo wir uns einig sind, durchaus handlungsfähig.

(Heinz Hardt [CDU]: Wo ist der Antrag denn? Welche Drucksachenummer hat er?)

Sie hat gezeigt, daß es eine zukunftsorientierte Perspektive für einen Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen gibt, der auf dem Rücken

(C)

(D)

(Landsberg [GRÜNE])

(A) von vielen kleinen und mittleren Unternehmen auch auf dem ersten Arbeitsmarkt eine wichtige Perspektive hat.

(Heinz Hardt [CDU]: Welche Drucksachenummer hat denn Ihr Antrag?)

- Ich kenne die Drucksachenummer nicht auswendig. Mir ist wichtiger, daß ich den Inhalt weiß.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Weil Frau Schmid das hier eben ausgeführt hat, möchte ich noch einmal die Position zum ersten Arbeitsmarkt verdeutlichen. Herr Busch hat das im Grunde schon sehr sinnvoll wiedergegeben: Natürlich ist für unsere Fraktion auch der erste Arbeitsmarkt der zentrale Arbeitsmarkt. So ist es ganz klar in unseren Positionen herübergekommen, die wir zum Handwerk beziehen, und das kommt auch bei unserem mittelstandspolitischen Antrag ganz klar herüber.

Natürlich kann man bei der Arbeitsmarktpolitik, die die CDU auf Bundesebene betreibt - mit der F.D.P. zusammen -, nicht erwarten, daß man alle die Unterbeschäftigten und die Erwerbslosen auf der Straße stehen läßt, ohne sich Alternativen zu überlegen, wie man damit umgeht. Da hat der zweite Arbeitsmarkt eine ganz wichtige Funktion.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auf der anderen Seite möchten wir natürlich auch nicht mit der Gießkanne Wirtschaftssubventionen über dem ersten Arbeitsmarkt an Stellen auskippen, wo das gar nicht sein muß. Ich möchte noch einmal die Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer zitieren, die gesagt hat, daß über 80 % der Wirtschaftsfördermittel, die vergeben werden, enorme Mitnahmeeffekte bedingen und daß man sich deswegen an dieser Stelle möglichst auf Wirtschaftsfördermittel konzentrieren soll, die an Dreh- und Angelpunkten anknüpfen, bei denen man tatsächlich etwas Konkretes erreichen kann. Da ist der Beratungsbereich für unsere Fraktion ein ganz wichtiger.

Wir haben im REN-Programm aufgestockt; das ist eben gesagt worden. Damit unterstützen wir unter anderem das Handwerk. Wir haben uns weiter auf Bundesebene für eine ökologische Steuerreform eingesetzt, z. B. für die Abschaffung der Mineralölsteuerbefreiung für das Flugbenzin. Wenn die CDU auf Bundesebene eine konsequente Klimaschutzpolitik verfolgen würde, so wie sie es immer vorgibt, so wie sie meint, daß sie die Klimaschutzziele von Rio verfolgt, dann müßte es

allmählich an der Tagesordnung sein, daß diese Ökosteuerreform tatsächlich kommt. So weit ist die CDU anscheinend noch nicht.

(C)

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Herr Clement denn?)

Solange das nicht der Fall ist, werden wir auch nicht miteinander zu Potte kommen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ist Herr Clement denn so weit?)

- Herr Clement ist in der Frage natürlich schon erheblich weiter.

(Lachen bei der CDU)

Das möchte ich einmal sagen: Wir haben in den Koalitionsverhandlungen eine ausgiebige Debatte über die Ökosteuerreform geführt. Auch wenn er da manchmal Rückschläge erleidet,

(Allgemeine Heiterkeit)

habe ich immer noch Hoffnung, zumal wir einen festen Koalitionsvertrag haben, nach dem ganz klar ist, daß wir renommierte Institute haben, die sich auch in der Vergangenheit beide schon für die Ökosteuerreform ausgesprochen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

(D)

Ich sehe es als eine richtungweisende Entscheidung an, diese beiden Institute zu beauftragen, und ich bin überzeugt, daß wir das, was hier noch an Öko-Dumping vorhanden ist, das, was an Öko-abgaben standardmäßig in anderen Bundesländern vorhanden ist, auch in Nordrhein-Westfalen bekommen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Frau Kollegin Landsberg. - Für die SPD-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Matthiesen das Wort.

Klaus Matthiesen (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich gerne darauf hinweisen oder uns fragen will - zunächst noch vorsichtig -, ob allen, die an der Debatte teilhaben, und ob allen, die diese Debatte innerhalb und außerhalb des Hauses verfolgen, eigentlich klar ist bzw. klar geworden ist, in welcher Situation, ökonomisch und sozial, der Einzelplan des Wirtschafts- und Verkehrsministers - einer der wichtigen Teile des

(Matthiesen [SPD])

(A) Haushalts des Landes Nordrhein-Westfalen - beraten wird.

Wir haben, meine Damen und Herren, nach meiner Einschätzung eine sich zuspitzende ökonomische und soziale Krise in der Bundesrepublik Deutschland. Jeder, der darum herumredet oder daran vorbeiredet, verkennt die wirkliche Lage und den Ernst der Situation. Ich will zwei Zahlen nennen, die dies verdeutlichen.

Wir haben in den letzten vier Jahren aus der Bundesrepublik Deutschland heraus 1,2 Millionen Arbeitsplätze exportiert und in den letzten vier Jahren allein in Nordrhein-Westfalen, trotz großer Kraftanstrengungen der Landespolitik, über 360 000 industrielle Arbeitsplätze verloren.

Meine Damen und Herren! Dahinter verbirgt sich nicht nur eine arbeitsmarktpolitische Dramatik, sondern dahinter verbirgt sich auch eine sozialdemokratische, eine soziale Dramatik.

(Lachen und Beifall bei der CDU)

- Ja, mit dem Versprecher hat es auch eine Bewandnis. Denn es ist in der Tat so - das will ich dann aufgreifen -, daß wir unabhängig von der Parteizugehörigkeit alle miteinander gut beraten sind, diese soziale Dramatik zu begreifen und deshalb mit Ernst nach Lösungen aus der Krise zu suchen.

(B)

(Beifall bei der CDU, SPD und GRÜNEN)

Verehrter Herr Oppositionsführer! Da können Sie nun reden, wie Sie wollen, und der Landesregierung Schuld zuweisen: Diese Lage ist weltweit bedingt - das gebe ich Ihnen gerne zu -, aber wesentlich durch schlimme Fehlentwicklungen und Fehlentscheidungen der Koalition verursacht, die Sie politisch in Bonn mit zu verantworten haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn dieses Tempo der ökonomisch/sozialen Krise mit Steigerung der Massenarbeitslosigkeit weitergeht, stellen sich ernsthafte Fragen an die Sicherung unserer Sozialsysteme. Niemand mag glauben, daß in dieser Bundesrepublik Deutschland eine Entwicklung auf Dauer gutgehen kann, die da lautet: Immer weniger Beitragszahler finanzieren immer mehr Leistungsempfänger.

Deshalb ist die zentrale Frage an die Bundes- und an die Landespolitik: Wie schaffen wir möglichst schnell für möglichst viele Menschen Erwerbsarbeit und ordentliche Beitragszahler für die Sozialsysteme?

(Beifall bei CDU, SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

(C)

Das Bündnis für Arbeit ist so wichtig, weil es einen strategischen Stellenwert auch in der gesellschaftlichen und politischen Debatte und für die politische Kultur unseres Landes hat. Deshalb ist es so schlimm, daß außer taktischem Umgehen mit dem Angebot von Klaus Zwickel in der Sache nicht viel herumgekommen ist.

Statt dessen klebt die CDU hier mit vordergründigen Absichten, um diese Koalition zu treffen, Plakate "Bündnis gegen Arbeit", wobei Ihnen die Vokabel, Herr Oppositionsführer, im Halse stecken bleiben sollte.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Denn Sie waren es doch, der hier in Nordrhein-Westfalen der Halbierung der Kohlesubvention das Wort geredet hat - mit der Folge, daß einschließlich des Zuliefererbereichs 85 000 Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen verlorengehen würden. Jemand, der so etwas zum Schaden des Landes propagiert, sollte solche plakativen Äußerungen unterlassen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Wir brauchen jenseits der Parteizugehörigkeit klare Signale auf Bundes- und auf Landesebene. Auf Landesebene - das gilt für diese Koalition, das gilt für die Opposition, das gilt für uns alle - brauchen wir die Signale an die Investoren dieser Welt, daß qualitatives Wachstum natürlich bei uns erwünscht ist. Investoren sind willkommen. Wir haben eine Politik zu betreiben, die Investoren anlockt, und keine Politik zu betreiben, die sie verunsichert und aus dem Lande vertreibt.

(D)

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir haben Genehmigungsverfahren zu verkürzen, soweit das ohne Vernachlässigung des Umweltschutzes und der Bürgerrechte geht. Eine Position beginnender prinzipieller Technikfeindlichkeit können wir uns, wenn wir Hochlohnland bleiben wollen - und das müssen wir im sozialen Interesse der vielen Arbeitnehmer in diesem Lande bleiben -, auch ansatzweise nicht leisten.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sage ich ganz deutlich - das war einer der Gründe, warum ich noch einmal ans Pult gegangen bin -, daß neben diesen kleinen Querelen - ich habe einmal ein Wort dafür geprägt im Parlament, Herr Präsident,

(Matthiesen [SPD])

(A) (Dr. Helmut Linssen [CDU]: Kleinscheiß!)
es ist mir bewußt, daß ich es nicht wiederholen darf ---

(Zuruf des Ministers Dr. Michael Vesper)

- Ja, auch Sie locken mich nicht. Sie locken ja häufig sich selbst gar nicht mehr.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU-Fraktion)

Das werde ich hier nicht sagen. Ich will aber sagen, meine Damen und Herren, daß wir der klaren Signale bedürfen für diejenigen, die Wirtschaft im Lande gestalten, und für diejenigen, die wir dringend von außen brauchen, damit mehr und neue Arbeitsplätze bei uns im Lande geschaffen werden.

Nun hat Herr Busch - ich habe das leider nicht alles mitbekommen, es ist mir aber gesagt worden - eine sehr eigenwillige Position vertreten. Die will ich nicht bewerten. Das ist seine Sache. Ich will hier nur als Vorsitzender der größten Regierungsfraktion feststellen, daß ich hoffe, daß er nicht für eine Fraktion in seiner Fraktion gesprochen hat, sondern daß es sich um eine individuelle Meinung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gehandelt hat.

(B) (Herbert Reul [CDU]: In der Fraktion!)

Ich erkenne an, daß Sie den Klärungsprozeß nötig haben. Er muß am Wochenende auch stattfinden. Aber danach, meine Damen und Herren, bitte ich inständig darum, daß wir endlich einmal die positiven Elemente unseres Tuns einschließlich der Haushaltsplanberatungen verdeutlichen und klare Signale, auch ökonomisch klare Signale ins Land hinaussenden.

(Beifall bei der SPD)

An diesem Punkt muß deutlich sein und bleiben - das ist der zweite Grund, warum ich ans Pult gegangen bin -, daß dieser Wirtschafts- und Verkehrsminister angesichts der großen ökonomisch/sozialen Probleme, die sich in den nächsten Monaten noch steigern werden - das ist leider meine Einschätzung -, bei dem, was er tut, und da, wo er sich für dieses Land abrackert, indem er neue Arbeitsplätze schafft und bestehende sichert, auch weiterhin auf die volle und uneingeschränkte Unterstützung der SPD-Fraktion rechnen kann.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Ich danke dem Kollegen Matthiesen und erteile dem Kollegen Dr. Linssen für die CDU-Fraktion das Wort. Bitte schön. (C)

Dr. Helmut Linssen (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon in dieser Debatte erstaunlich, daß Herr Clement und Herr Matthiesen das Wort ergreifen und nicht der Ministerpräsident, obwohl ich ihn auch dazu aufgefordert habe.

(Beifall bei der CDU)

Ich mache mir ausdrücklich nicht die Bezeichnung von Frau Höhn gegenüber Herrn Rau zu eigen, die davon gesprochen hat, er sei ein Auslaufmodell.

(Zurufe von der SPD: Was?)

Aber ich denke mir, daß er in dieser Zeit doch seine Richtlinienkompetenz erkennen muß und deshalb auch versuchen sollte, entsprechend in solche Debatten einzugreifen.

(Beifall bei der CDU)

Ich bedanke mich bei dem Kollegen Matthiesen, der zum Schluß der Debatte hier gewesen ist und in dankenswerter Weise zur Analyse der Situation noch etwas gesagt hat, die wir alle teilen - nicht ihre Bewertung, was die Ursachen angeht. (D)

Aber wir wissen ja: Je höher das Abstraktionsniveau, desto größer ist natürlich auch der Grad der Zustimmung. Das ist nun einmal so.

(Roland Appel [GRÜNE]: Das merkt man bei Ihnen, aber Sie bekommen für Ihre Plattitüden keine Zustimmung!)

Herr Matthiesen, Sie haben dankenswerterweise etwas zu dem Beitrag von Herrn Busch gesagt. Das fand ich gut. Und Ihren Appell zum Schluß, daß wir nach dem Parteitag der GRÜNEN, vielleicht auch nach den Wahlen, doch einmal sehr ernsthaft miteinander reden müssen, habe ich wohl verstanden.

(Roland Appel [GRÜNE]: Jetzt wollen Sie sich andienen! Andienen!)

Die Genehmigungsverfahren, die Fragen der Infrastruktur sind höchst strittig. Wenn ich sehe, wie der Wirtschaftsminister und auch Sie, Herr Matthiesen, zu Genehmigungsverfahren Stellung nehmen, auch zum Beschleunigungsgesetz des Bundes, dann findet das eben nicht die Zustimmung Ihres Koalitionspartners, wie Frau Höhn das bewiesen hat.

(Dr. Linssen [CDU])

(A) (Minister Franz-Josef Kniola: Das stimmt nicht!)

- Lesen Sie nur das Protokoll der Umweltministerkonferenz nach, Herr Kniola; dann werden Sie das alles bestätigt finden.

Wenn wir über Infrastruktur reden, dann begrüße ich es ausgesprochen, daß der Wirtschaftsminister klargemacht hat, daß Infrastruktur etwas mit Arbeitsplätzen zu tun hat. Einen Standort für Investoren attraktiv zu machen, ist das, was wir müssen. Wir tragen das seit Jahren hier vor. Herr Kollege Trinius hat beim DAG-Kongreß am Samstag zu Recht gesagt: Wir müssen die ökonomische Erneuerung und die ökologische Erneuerung in sozialer Verantwortung vorantreiben. Auch das findet ungeteilten Beifall.

Natürlich stehen auch Wachstumskonzepte für Flughäfen nach unserer Meinung immer unter der Bedingung, daß wir versuchen, mit Lärmreduzierungsmodellen auch die Interessen der Anrainer, der umliegenden Bevölkerung, zu wahren. Ansonsten ist so etwas nicht zu machen.

Aber in dem Grundverständnis, daß wir moderne Technik einsetzen müssen, um unsere Umweltprobleme in den Griff zu bekommen, egal, ob es Verschmutzung, Lärm oder sonstiges ist, gibt es hier im Hause sehr unterschiedliche Meinungen, und das ist auch das Kreuz dieser Koalition. Herr Matthiesen, Sie haben versucht - und deshalb habe ich mich auch noch einmal gemeldet -, einen kleinen Entlastungsangriff zu starten, wie Sie das ja auch auf Ihrem Parteitag und auch sonst getan haben: Wer die Halbierung der Kohlesubventionen befürwortet,

(B)

(Reinhold Trinius [SPD]: Wie Sie!)

der redet gegen Arbeitsplätze. So einfach können Sie es sich natürlich nicht machen.

(Reinhold Trinius [SPD]: Reden Sie das nicht klein!)

- Ich rede das überhaupt nicht klein; ich sage das ganz offensiv. Erstens habe ich das für diskussionswürdig erachtet, und zweitens stelle ich fest, daß der Wirtschaftsminister dieses Landes gerade auf dem RWE-Energieforum davon gesprochen hat, daß aus seiner Sicht 25 Millionen Tonnen den Kernbergbau des Landes Nordrhein-Westfalen ausmachen müßten;

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

das ist genau die Halbierung der Menge, die wir, Herr Matthiesen, heute fördern. Über den Zeit-

raum müssen wir uns unterhalten. Sie sollten nicht versuchen, in Polemik zu machen, selbst wenn Sie einen Wahlkreis haben, in dem Haus Aden beheimatet ist. Auch ich habe bei mir Zechen als direkte Anrainer, und ich weiß, wie Kohlestandorte heute von diesem existierenden Kohlebergbau abhängig sind,

(Klaus Matthiesen [SPD]: Sie haben kein Herz für Bergleute!)

daß zum Beispiel in Kamp-Lintfort 60 % der Menschen von diesem Bergbau abhängen. Deswegen muß es unser Weg sein, von zurückgehenden Kohlesubventionen möglichst viel für die Umstrukturierung solcher Regionen zu bekommen, damit die Menschen in diesen Regionen eine Perspektive haben. Das ist unser Ziel.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe Ihren Hinweis auf Technikfeindlichkeit, ob zunehmend oder abnehmend, aber jedenfalls nicht nur latent in unserer Gesellschaft vorhanden, durchaus verstanden. Ich bin mit Ihnen darüber einig, daß wir alles tun müssen, um den Konsens für moderne Technologien, egal in welchem Bereich, zu erhalten, daß wir dafür streiten müssen. Dazu sind wir im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen bereit.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Dr. Linssen. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Abgeordnete Nacken.

Gisela Nacken (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Hegemann, bei Ihnen war das jetzt schon die ganze Zeit Chefsache. Dann kann ich mich wohl auch einmal zu Wort melden, Herr Hegemann.

Ich möchte gern noch einmal zum Kern dieser Debatte zurückkommen. Wir sollten heute eigentlich den Etat des Wirtschaftsministeriums diskutieren und beim nächsten Bereich den des Verkehrsministerium. Darum habe ich mich jetzt noch einmal zu Wort gemeldet. Ich kann mir natürlich vorstellen, Herr Linssen, daß Ihre Fraktion Schwierigkeiten hat, hier in eine sachliche Debatte einzusteigen, weil wir in diesem Bereich eine sehr erfreuliche Entwicklung zu verzeichnen haben. Wir haben - und das wollte Herr Busch in seinem Beitrag deutlich machen - ein Umschwenken von Subventionen für Großbetriebe hin zu

(C)

(D)

(Nacken [GRÜNE])

- (A) einer Förderung von kleinen und mittelständischen Unternehmen. Das war natürlich bisher immer Ihr Politikbereich, Ihre wirtschaftspolitische Kompetenz in diesem Lande,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und da tut es Ihnen natürlich weh, daß Sie bei diesen Unternehmen nicht mehr allein stehen, sondern daß es hier eine rot-grüne Koalition gibt, die genau diese Punkte für Sie nicht mehr zu Pluspunkten macht.

Zum Subventionsabbau in bezug auf die Steinkohle! Herr Linssen, meine Fraktion hält Vorschläge in dieser Richtung durchaus für diskussionswürdig. Aber das Problem an Ihrem Vorschlag war doch, daß wir zuerst über die Presse erfahren müssen, daß Sie einen solchen Vorschlag unterbreiten und uns zu dieser Diskussion an den runden Tisch bitten. So kann man das doch nicht machen, wenn man wirklich - wie Sie sagen und wie Herr Matthiesen sagt - im Interesse der Beschäftigten im Bergbau und im Interesse des Landes eine Lösung finden will. So geht es nicht, Herr Linssen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Dr. Helmut Linssen [CDU]: Ihr habt Etikette-Probleme!)

- (B) Mein dritter Punkt! Heute schwang immer mit: GRÜNE sind Arbeitsplatzvernichter, sind wirtschaftsfeindlich,

(Beifall bei der CDU)

haben nur Partikularinteressen im Auge. Ich will Ihnen das an dem Problem des Flughafens Köln/Bonn noch einmal ganz deutlich machen.

(Zurufe von der CDU)

- Jetzt hören Sie bitte mal zu! Dort ist eine Entwicklung im Gange, die 1988 angefangen hat, als sich dort Transportunternehmen niedergelassen haben, die in der Nacht fliegen. Bis dahin war dieser Flughafen für die Anwohner und Anwohnerinnen sicherlich nicht hübsch. Aber es gab eine gute Nachbarschaft zu diesem Flughafen. Stellen Sie sich bitte doch einmal vor: Sie werden jede Nacht geweckt, weil bis zu 100 Flüge - Starts und Landungen - über Ihre Köpfe hinwegbrettern.

Das ist nicht zu vergleichen, meine Damen und Herren von der CDU, mit dem Straßenlärm, den Sie vielleicht teilweise vor Ihrer Haustür haben - wenn das der Fall sein sollte. Das sollten Sie sich einmal klarmachen.

Uns GRÜNEN geht es darum, zu einem Ausgleich zwischen den Interessen der Unternehmen, die an diesem Flughafen sind, dem Flughafen in dieser Region und den Anwohnern und Anwohnerinnen zu kommen. Das ist doch nicht mehr als billig! Das ist ansonsten ein Eingriff in die Grundrechte dieser Menschen. (C)

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Heinz Hardt [CDU])

Sie setzen sich fahrlässig darüber hinweg. - Darum geht es uns, nicht um die Vernichtung von Arbeitsplätzen.

(Heinz Hardt [CDU]: Sie können doch die Arbeitsplätze nicht plattmachen! - Zuruf der Ruth Hieronymi [CDU])

Das ist uns in den letzten Tagen gerade wegen des Weggangs von TNT sehr stark angelastet worden.

Ich sage Ihnen, Herr Hardt und Frau Hieronymi: Wir haben Gespräche mit diesen Unternehmen geführt.

(Heinz Hardt [CDU]: Wir auch!)

Der Weggang von TNT war klar, bevor es ein Wort von uns in der Koalition zum Nachtflug gegeben hat. (D)

(Heinz Hardt [CDU]: Nein! Nein! Stricken Sie keine Legenden! - Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU] - Hans Peter Lindlar [CDU] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Natürlich! Das wissen Sie genauso gut wie ich.

(Beifall bei den GRÜNEN - Lebhafter Widerspruch von der CDU)

Ein letztes Wort zu dem Vorwurf, was Frau Höhn gesagt habe. - Ich finde es im übrigen sehr reizend von Ihnen, sich genau die Ministerin herauszupicken, die abwesend ist.

(Lebhafter Widerspruch von der CDU - Lothar Hegemann [CDU]: Sie hat hier zu sein! - Heinz Hardt [CDU]: Sie hat sich nicht abgemeldet! - Glocke des Präsidenten)

Herr Linssen, Sie haben gesagt, Frau Höhn habe Herrn Rau als Auslaufmodell bezeichnet.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Hat sie auch!)

Das ist nicht der Fall.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Natürlich! Ich gebe Ihnen das!)

(Nacken [GRÜNE])

(A) Das ist nirgendwo so gesagt worden, weder von der Umweltministerin noch von sonst jemandem aus unseren Reihen.

(Dr. Helmut Linssen [CDU]: Natürlich! So ist es gesagt worden!)

Ich möchte hier entschieden widersprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Frau Kollegin Nacken. - Für die SPD-Fraktion erteile ich noch einmal Herrn Abgeordneten Matthiesen das Wort.

Klaus Matthiesen (SPD): Herr Präsident! Ich mußte mich noch einmal zu Wort melden, weil Herr Linssen meinte, er müsse den Ministerpräsidenten während dessen Abwesenheit hier kritisieren

(Lebhafter Widerspruch von der CDU)

und den Eindruck erwecken, eigentlich sei so wichtig gewesen, was er selbst gesagt habe, daß es des Einsatzes des Herrn Ministerpräsidenten bedurft hätte.

(Stefan Frechen [SPD]: Der Linssen soll vorsichtiger sein!)

(B)

Zwei Bemerkungen dazu: Erstens wissen Sie, daß es guter parlamentarischer Brauch ist - das wollen Sie verwischen -, daß der Ministerpräsident bei der dritten und abschließenden Lesung des Landeshaushalts zur Gesamtpolitik der Landesregierung Stellung nimmt,

(Zuruf des Dr. Helmut Linssen [CDU])

wie es auch üblich ist, daß Opposition, Fraktionsvorsitzender und Ministerpräsident dann die Generaldebatte führen.

(Heinz Hardt [CDU]: Das wollen wir auch!)

Zweitens - nur, damit das hier nicht verwischt wird und damit dieser Vorwurf von Ihnen für die Öffentlichkeit nicht so stehenbleibt -: Nehmen Sie einfach zur Kenntnis, daß, solange Sie hier reden und das vortragen - auch mit den Attacken -, Clement und ich durchaus in der Lage sind, damit alleine fertig zu werden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Lachen und lebhaftes Zurufe bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Schönen Dank, Herr Matthiesen. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich Herr Kollege Martsch gemeldet. - Bitte sehr.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber - Zurufe von der CDU: Landwirtschaft haben wir noch nicht!)

Siegfried Martsch (GRÜNE): Sehr verehrter Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

(Lothar Hegemann [CDU]: Frau Präsidentin!)

- Frau Präsidentin!

Mit zunehmender Lustlosigkeit folge ich der Debatte heute morgen.

(Lachen bei der CDU)

Es täte Ihnen sehr, sehr gut, sehr verehrte Kollegen und Kolleginnen aus der CDU-Opposition, einmal ein ganz klein wenig den Ernst dieser Diskussion zur Kenntnis zu nehmen und mit dem Kaspertheater aufzuhören, das Sie hier heute morgen veranstalten.

(Beifall bei den GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

Sie ergötzen sich darin, hier Kaspertheater zu machen, weil Sie selbst nichts anzubieten haben.

(Herbert Reul [CDU]: Das Kaspertheater findet woanders statt!)

Sie sind in einer Situation, die man im Lande nennt: "Der Dieb ruft: Haltet den Dieb!" - Ihre Wirtschaftspolitik in Bonn ist es, die dieses Land in 13 Jahren so ruiniert hat, daß ein Großteil der Menschen Sorge um den Arbeitsplatz, um die Zukunft, um die Existenz haben.

(Lebhafter Beifall bei GRÜNEN und SPD - Zuruf des Heinz Hardt [CDU])

Das ist Ihre Politik. Von den 4 Millionen Arbeitslosen in der Bundesrepublik Deutschland haben wir GRÜNEN nicht einen einzigen zu verantworten.

(Beifall bei den GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

Sie haben die Mehrheit dafür zu verantworten, weil Sie eine Wirtschaftspolitik betreiben, die einen brutalen Rationalisierungswettkampf fördert und subventioniert, an dem am Ende Banken profitieren, deren Vorstandssprecher sagen,

(C)

(D)

(Martsch [GRÜNE])

(A) 1 Milliarde DM seien Peanuts. Banken, in deren Aufsichtsräten Sie sitzen und sich wohl fühlen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Und in die Sie rein wollen!)

Sie sollten sich schämen in einer solchen Gesellschaft!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tun Sie diesem Lande einen Gefallen, tun Sie den Menschen in diesem Lande einen Gefallen: Machen Sie Ihre Hausaufgaben als Opposition. Unterbreiten Sie seriöse Vorschläge, keine Makulaturvorschläge, die Sie selbst nicht ernst nehmen, oder halten Sie sich stumm. Denn das, was Sie hier auch heute wieder vorgetragen haben, verschärft die Sorgen und Nöte der Menschen in diesem Lande. Sie betreiben eine Politik, die den unteren Teil der Bevölkerung immer mehr verarmen läßt und eine kleine Gruppe, die Ihnen angenehm ist, zu Multimillionären macht. Das ist die Realität in diesem Lande.

(Beifall bei den GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

Sie haben dieses Land in einer nach dem Kriege beispiellosen Umverteilungsaktion von unten nach oben ruiniert.

(B) (Hermann-Josef Arentz [CDU]: Hier ist doch nicht euer Parteitag!)

Sie sind es, die die Arbeitsplätze ins Ausland getrieben haben, indem Sie nämlich offeriert haben, das Geld doch im Ausland anzulegen. Wenn es nach Ihnen ginge, würden Sie, um Ihre Politik zu rechtfertigen, auch wieder Kinderarbeit einführen. Ihnen ist doch alles recht!

(Lebhaftes Lachen bei der CDU)

Und hinterher würden Sie sagen: Die GRÜNEN sind schuld.

(Zurufe von der CDU - Herbert Reul [CDU]: Wo ist denn hier Kaspertheater? Das ist ja unerträglich! - Oliver Wittke [CDU]: Oberkasper!)

- Jetzt halten Sie doch einmal für einen kurzen Augenblick den Mund und hören Sie seriösen Vorschlägen zu! Sie können das nicht ertragen, weil es die Wahrheit ist. Glauben Sie denn, daß das, was Sie hier veranstalten, von den Bürgern und Bürgerinnen im Lande ernst genommen wird? - Dann wären doch Sie in der Regierungsverantwortung, nicht wir.

(Heinz Hardt [CDU]: In Bayern habt ihr es erlebt, jawohl!)

Man nimmt Sie nicht ernst. Sie haben eine Legende, Wirtschaftspartei zu sein, Partei der aufstrebenden Wirtschaft zu sein. Diese Legende ist schon längst im Sande versackt. Niemand nimmt Ihnen die Kompetenz in diesem Bereich mehr ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch Ihr letztes Standbein, den Mittelstand, verlieren Sie.

(Lothar Hegemann [CDU]: An die GRÜNEN!)

Die Landwirtschaft haben Sie ohnehin schon aufgegeben, den ländlichen Raum haben Sie aufgegeben. Ihre Bundesregierung macht eine Ausplünderungspolitik, unter der das Land und die Kommunen zu leiden haben. Und wenn demnächst in manchen Kommunen die Lichter ausgehen, ist das nicht das Problem, das in diesem Hause zu suchen ist, sondern in Ihrer Bundesregierung.

Meine Damen und Herren! Als Letztes: Was ist das denn heute für eine Zeit? Wir diskutieren heute den Landeshaushalt

(Zuruf von der CDU: Ja! - Beifall bei der CDU)

(D) in einer Zeit, in der Ihr Finanzminister in Bonn schon den Bankrott erklärt hat. Mitte des dritten Monats des Jahres sagte er: Wir brauchen eine Haushaltssperre oder einen Nachtragshaushalt. - Was ist das denn für eine Finanzpolitik, die noch nicht einmal von Januar bis März vernünftig planen kann?

(Zurufe von der CDU)

Verschonen Sie uns doch mit dieser Bankrottpolitik in Nordrhein-Westfalen. Nachdem Sie die Bundesrepublik ruiniert haben, lassen Sie doch Nordrhein-Westfalen in Ruhe, oder machen Sie seriöse Vorschläge! - Danke schön.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Zum Bereich Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Einzelplans 08 liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zum Bereich

b) Verkehr

Ich erteile für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Langen das Wort.

(A) **Günter Langen (CDU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem heute vorgelegten Verkehrshaushalt wird bewiesen, daß die Regierung Rau/Höhn Arbeitsplätze vernichtet.

(Beifall bei der CDU)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind zum Job-Killer Nummer eins geworden.

(Beifall bei der CDU - Roland Appel [GRÜNE]: Ha, ha!)

Das, meine Damen und Herren, haben die Wähler in Bayern am vergangenen Sonntag erkannt

(Lachen des Roland Appel [GRÜNE])

und Rot-Grün besonders in den Hochburgen die rote Karte gezeigt.

(Beifall bei der CDU - Roland Appel [GRÜNE]: Deswegen haben wir da auch Zuwächse!)

"Streichungsvereinbarungen der rot-grünen Koalition in Nordrhein-Westfalen - und darüber reden wir - vernichten weitere Arbeitsplätze im Straßen- und Tiefbau". So, meine Damen und Herren, lautet die Überschrift einer Pressemitteilung der bau-gewerblichen Verbände vom 27. Februar dieses Jahres. Aufs schärfste protestiert der Verband dagegen, daß endgültig 200 Millionen DM aus dem investiven in den konsumtiven Bereich umgeschichtet werden.

(B)

(Zuruf von den GRÜNEN: Das stimmt überhaupt nicht! Quatsch!)

Entgegen dem Anschein, den Wirtschafts- und Verkehrsminister Clement in der Öffentlichkeit erwecken will, dient der Verkehrsetat dem rot-grünen Bündnis als finanzpolitischer Steinbruch. Dabei heißt es im Koalitionspapier, daß für Nordrhein-Westfalen eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur unverzichtbar ist.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege Langen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Rimmel?

Günter Langen (CDU): Bitte schön, Herr Kollege Rimmel.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Langen, darf ich Sie fragen, ob Sie unter Mitteln im Radwegebau

oder zusätzlichen Mitteln im Schienenpersonen-nahverkehr nicht auch investive Mittel verstehen?

(C)

Günter Langen (CDU): Sicherlich sind das auch investive Mittel. Über Radwege sind wir mit Ihnen nicht einer Meinung. Darüber werden wir sicherlich auch sprechen. Beim Schienenausbau haben Sie uns auf Ihrer Seite. Nein, ich meine das andere, die Umschichtung in den konsumtiven Bereich, der sich auf 200 Millionen DM beläuft.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das stimmt doch gar nicht!)

Sie selbst, meine Damen und Herren aus der Koalition, haben in Ihrem Papier geschrieben - und ich lese daraus vor -: "Wir wollen die für die Wirtschaft notwendige und die von den Menschen gewünschte Mobilität ermöglichen." Schaut man sich aber das Hick-Hack der letzten Monate an, so wird deutlich, daß der Verkehrshaushalt kein Bündnis für, sondern ein Bündnis gegen Arbeit ist.

(Beifall der Hannelore Brüning [CDU] und des Heinrich Kruse [Bocholt] [CDU])

Obwohl bei der Aufstellung des Landesstraßenbauplanes 1993 festgelegt wurde, daß jährlich Mittel in Höhe von 200 Millionen DM zur Finanzierung des Ausbaus notwendig sind - das können Sie gerne einmal nachlesen, wenn Sie die Protokolle von damals heranziehen -, wurde auf Druck der GRÜNEN-Fraktion eine Jahresrate von 150 Millionen DM festgesetzt. Damit nicht genug! Plötzlich präsentierten die GRÜNEN einen Alternativhaushalt zu dem vom Kabinett verabschiedeten Haushaltsentwurf und forderten weitere einschneidende Kürzungen im investiven Bereich der Verkehrsinfrastruktur. Und entgegen der Beteuerungen des verkehrspolitischen Kollegen Heinz Hunger, daß man auf weitergehende Forderungen der GRÜNEN über den Koalitionsvertrag nicht eingehen werde, wurden eben doch durch GRÜNEN-Druck 30 Millionen DM im Straßenbau gekürzt. Ebenso gekürzt wurden in diesem Haushalt die Mittel für die Luftfahrt von 1,6 Millionen DM im Bereich Verkehr.

(D)

Damit sind wir übrigens bei dem Thema, das die Gemüter der Koalition in Wallung gebracht hat, nämlich beim Ausbau des Flughafens Dortmund. Wer allerdings heute ja zum Ausbau sagt, ist gleichzeitig für die Verlängerung der Start- und Landebahn in Dortmund. Wie hatte noch der Vorstandsvorsitzende von Euro-Wings laut "Ruhr-Nachrichten" vom 11.03. gesagt - ich zitiere -:

(Langen [CDU])

- (A) "Die jetzt unter anderem für die Modernisierung und den Ausbau des Flughafenterminals zur Verfügung gestellten Mittel machen nur dann Sinn, wenn auch der bereits seit 1991 vorliegende Gesellschafterbeschuß umgesetzt wird, die Start- und Landebahn in Dortmund auf 2 000 Meter zu verlängern.' Sollte die notwendige Verlängerung der Start- und Landebahn abgeschlossen sein, werde Euro-Wings ihr Streckennetz von und nach Dortmund erweitern und damit wieder weitere Arbeitsplätze schaffen. Jedes zusätzliche Flugzeug bedeutet 40 neue Arbeitsplätze."

In diesem Zusammenhang ist auch eine Erklärung des Bezirksplanungsrates der Bezirksregierung Arnsberg zu sehen, die da lautet:

- (B) "Die aktuelle Diskussion in der Landesregierung um die zukünftige Verkehrspolitik betrifft unter anderem zwei Maßnahmen, die im Regierungsbezirk Arnsberg angesiedelt sind: die Anbindung der A 44 an das Bochumer Opelwerk sowie die Instandsetzung der technischen Infrastruktur des Dortmunder Flughafens. Der Bezirksplanungsrat des Regierungsbezirks Arnsberg, der kontinuierlich die Förderung strukturwirksamer Planungen begleitet, hält beide Objekte aus der verkehrspolitischen und der wirtschaftsstrukturellen Sicht für erforderlich. Eine Blockade dieser Vorhaben würde einer Politik der Vernichtung von Arbeitsplätzen gleichkommen und darüber hinaus dem Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen schweren Schaden zufügen. Der Bezirksplanungsrat appelliert im Rahmen seiner regionalen Verantwortung an die Landesregierung, für die genannten Infrastrukturmaßnahmen die Realisierungsvoraussetzungen zu schaffen."

So weit dieser Beschluß des Bezirksplanungsrats.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir alle brauchen Klarheit darüber, was uns in Zukunft erwartet. Wir von der CDU wünschen uns jedoch eine andere Klarheit, als sie der offene Brief von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an die Frachtunternehmen am Flughafen Köln/Bonn geschaffen hat. Wer der Wirtschaft mit solchen offenen Briefen droht, darf und muß sich nicht wundern, daß 600 Arbeitsplätze verlorengehen.

(Widerspruch des Roland Appel [GRÜNE])

Wie sagte doch gleich der Vertreter von UPS bei der Anhörung zu einer Landebeschränkung auf dem Flughafen Köln/Bonn hier von dieser Stelle aus?

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege Langen, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Appel? (C)

Günter Langen (CDU): Nein, ich möchte gerne im Zusammenhang vortragen.

(Roland Appel [GRÜNE]: Jetzt wird es unangenehm.)

- Nein, nicht "unangenehm", aber Sie kommen doch immer wieder mit den gleichen Einlassungen, Herr Kollege. Deshalb möchte ich jetzt die Möglichkeit nutzen, noch einmal auf das hinzuweisen, was UPS anlässlich der Anhörung hier ausgeführt hat:

"Hier wurde eine Weggangdiskussion an uns herangetragen, die wir weder geführt haben noch führen wollen. Mit uns wird hier eine Vertreibungsdiskussion geführt."

Soweit die Aussagen von UPS.

Meine Damen und Herren, deshalb ist mit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kein Staat zu machen. Neben dem täglich zu erlebenden Verkehrschaos gibt es inzwischen längst ein Verkehrskonzeptchaos in dieser Landesregierung. Was dabei herauskommt, wenn man die Beschlüsse einzelner Gruppierungen zu einer verkehrspolitischen Zielsetzung zusammenschnürt, haben die vergangenen Tage gezeigt. Die Anhäufung von Unsinn ist um so fataler, als grünes Chaos nunmehr in Regierungspolitik umgesetzt wird. (D)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege Langen, der Kollege Frechen möchte eine Frage an Sie richten.

Günter Langen (CDU): Ich bin gerne bereit, gleich auf Sie einzugehen, Herr Kollege Frechen, möchte jetzt allerdings im Zusammenhang vortragen. - Wer wie der Fraktionssprecher der GRÜNEN, Herr Kollege Appel, meint, daß der volkswirtschaftliche Nutzen des Baus von Start- und Landebahnen gleichzusetzen sei mit dem von Fahrradwegen, weil bei beiden Vorhaben Bauunternehmen eingebunden sind, der offenbart, wie wenig er von wirtschaftlichen Zusammenhängen und Notwendigkeiten dieser Zeit versteht.

(Beifall bei der CDU -Roland Appel [GRÜNE]: Aber Sie!)

(Langen [CDU])

- (A) Die GRÜNEN sollten endlich erkennen, daß Verkehrsinvestitionen nicht nur für Bauunternehmen wichtig sind, sondern die Menschen in Nordrhein-Westfalen diese Verkehrsinvestitionen brauchen.

TNT war nur der Anfang; Euro-Wings in Dortmund spricht offen aus, daß bei einem Verzicht auf den Ausbau der Start- und Landebahnverlängerung am Flughafen Dortmund ein weiteres Engagement des Unternehmens in Dortmund unterbleibt. Betroffen sind hiervon rund 300 Stellen. Es könnte aber auch noch anders laufen, meine Damen und Herren. Beim Ausbau des Flughafen Dortmund könnten nämlich in Nordrhein-Westfalen zwischen 800 und 1000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalition! Indem Sie die Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen auf dem Stand von vorgestern belassen, sie sogar zurückbauen wollen, werden immer mehr Arbeitsplätze gefährdet, ist die Zukunft der Menschen in Nordrhein-Westfalen akut bedroht. Sie schaffen ein Klima der Unsicherheit bei allen wichtigen verkehrspolitischen Entscheidungen für die Zukunft.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

- (B) Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir begrüßen ausdrücklich die Forderungen von Minister Clement, den Ausbau des Flughafen Dortmund durchzuführen, die Zukunft des Nachtflugs am Köln/Bonner Flughafen zu sichern, die Mittel für die ICE-Anbindung Köln/Bonn bereitzustellen und den Weiterbau der A 44 zu forcieren.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind jedoch auch davon überzeugt, daß BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entgegen allen Beteuerungen wieder einmal umfallen und diesen Haushaltsansätzen zustimmen werden. Das Einknicken ist bei den GRÜNEN in dieser Koalition ja schon zum Ritual geworden. Grundsatzpositionen gelten bei ihnen dann nicht mehr, wenn es um den reinen Machterhalt geht.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Nach der Koalitionsbildung im Juni 1995 haben wir deutlich gemacht, daß zukunftsweisende Ideen und technische Innovationen in der Verkehrspolitik in diesem Regierungsbündnis Fehlannonce sind. Wir sprachen damals vom Verteuern, Verhindern und Verbieten. Es ist erschreckend, wie sehr wir damit recht behalten haben.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege Langen! (C)

Günter Langen (CDU): Frau Präsidentin, ich komme zum Schluß, habe aber noch eine wichtige Botschaft, die ich weitergeben möchte: Rot-grün bedeutet statt Fortschritt Rückschritt, statt Zukunft Auslauf. Dem uns vorgelegten Haushaltsentwurf werden wir natürlich nicht zustimmen, weil unsere Vorschläge zur Sicherung der Arbeitsplätze von Ihnen nicht akzeptiert worden sind. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Kollegen Hunger.

Heinz Hunger (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD-Landtagsfraktion bekräftigt angesichts dramatisch steigender Arbeitslosenzahlen ihre Auffassung, daß die wichtigste landespolitische Aufgabe darin liegt, bestehende Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen, um den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen zu stützen. (D)

Dazu dient eine wirkungsvolle Verkehrspolitik. Gerade wegen der sich in der Bundesrepublik Deutschland ständig verschärfenden ökonomischen und sozialen Krise und der ökologischen Herausforderungen ist die Verständigung, die die Koalitionspartner über wichtige Schwerpunkte im Haushalt 1996 erreicht haben, ein Signal für den Gestaltungswillen der Koalition in Nordrhein-Westfalen.

Die SPD-Landtagsfraktion will die Verabschiedung des Haushalts durch die Koalitionsmehrheit. Das betone ich hier ausdrücklich. Damit wird die Grundlage für eine erfolgreiche Arbeit dieser Koalition geschaffen, die fortgesetzt werden muß.

Wir - die beiden Koalitionsparteien - haben uns mit der Landesregierung auf einen Haushaltsentwurf verständigt, der deutlich signalisiert, daß in unserem Land durch Innovation und ökologischen Gestaltungswillen Beschäftigung stabilisiert und neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen.

Ich begrüße ausdrücklich, daß trotz nicht zu kassierender Meinungsunterschiede der Landesvorstand von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gestern

(Hunger [SPD])

(A) abend erklärt hat, gemeinsam mit uns Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen unser Land ökonomisch und ökologisch weiterzuentwickeln.

Es ist nach meiner Auffassung derzeit kein anderes Modell einer Koalition sichtbar, das den Herausforderungen, denen wir ausgesetzt sind, besser gerecht werden könnte. Ich sage das ganz bewußt und in aller Deutlichkeit auch in Kenntnisnahme der Auslassungen des Kollegen Busch. Ich sage aber genauso deutlich: Diese Debatte hat mir bestätigt, daß die Opposition im Augenblick keine Alternative zu dieser Regierung darstellt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Perspektivlosigkeit der CDU auf Bundesebene wie auch bei uns in Nordrhein-Westfalen, die Anbiederung und das Angebot einer großen Koalition, die Suggestion, auch in der Verkehrspolitik alles finanzieren zu können, ohne dafür auch nur annähernd den Beweis anzutreten, all dies macht deutlich, wie doppelbödig von der Opposition Politik offeriert wird.

(Beifall bei der SPD)

Hier fordert die CDU den Bau jeder Autobahn und den Ausbau jeder Straße

(Zuruf von der CDU: Gar nicht wahr!)

(B) und läßt sich dabei von demselben Bundesverkehrsminister mit polemischen Äußerungen unterstützen, der nicht nur die Mittel für den Fernstraßenbau jedes Jahr kürzt, sondern der auch bei den noch verbleibenden Mitteln für die geforderten Straßen keine Gelder vorsieht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition, haben Sie eigentlich noch nicht zur Kenntnis genommen, daß der Bundesfinanzminister in einem 14-Milliarden-DM-Loch steckt und da auch nicht mehr herauskommt, daß die Bundesregierung über eine Haushaltssperre "dölmert"? Ich habe manchmal den Eindruck, der Bundesfinanzminister weiß gar nicht mehr, welche Wirkungen Haushaltssperren haben müssen, wenn sie greifen sollen. Das heißt, wir haben es in Bonn mit einer tölpischen Haushalts- und Finanzpolitik zu tun. Da wollen Sie uns erklären, alles wäre möglich - bis hin zum Transrapid!

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das ist ja Realhumor!)

Diese CDU fordert zum Beispiel den uneingeschränkten Ausbau der Flughäfen. Gleichzeitig bezeichnet aber Frau Maria Theresia Opladen den

Nachtflugbetrieb auf dem Kölner Flughafen als "Nachtflugterror". (C)

(Stefan Frechen [SPD]: Hört! Hört!)

Und der ehemalige Vorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung, der CDU-Bundestagsabgeordnete Pinger, begrüßt die Abwanderung von TNT und den Verlust von 600 Arbeitsplätzen, weil, wie er formuliert hat, die Anwohner jetzt ruhiger schlafen könnten.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen schon einmal bei einem Debattenbeitrag vor ungefähr einem halben Jahr gesagt, daß Sie am 14. Mai 1995 aufgebrochen sind, um den Himalaja zu erobern, daß Sie aber kläglich schon am Kahlen Asten gescheitert sind.

(Beifall bei der SPD - Unruhe bei der CDU)

Ich sage Ihnen, daß diese Koalition den Haushalt 1996 gemeinsam verabschieden wird. Wir bleiben dabei - wie ich das eingangs schon betonte -, daß unsere Verkehrs- und Strukturpolitik darauf ausgerichtet ist, unser Land weiterzuentwickeln. Daß Ihnen das nicht paßt, kann man hier wieder spüren.

Die Akzente im Einzelplan 08 sind klar und deutlich gesetzt. Die Ausgaben für Eisenbahn und den öffentlichen Personennahverkehr steigen 1996 gegenüber dem Vorjahr um rund 1,4 Milliarden DM auf jetzt mehr als 3 Milliarden DM. Diese Mittel dienen überwiegend der Fortführung der verstärkten Vorrangpolitik für den öffentlichen Personennahverkehr und die Schiene sowie der Umsetzung der Regionalisierung beim Schienenpersonennahverkehr und beim ÖPNV. Es wäre schön gewesen, wenn zu dieser wichtigen Frage von der Opposition wenigstens ein Satz in diesem Hause gesagt worden wäre. (D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben aber auch die Investitionsmittel für die sogenannten nicht bundeseigenen Eisenbahnen um insgesamt fast 19 Millionen DM auf 27 Millionen DM erhöht. Diese Maßnahme ist ein weiterer Schritt zu dem Ziel, durch Landesmittel die Verlagerung des Gütertransports auf die Schiene und die Entwicklung eines unabhängigen Netzes von Güterverkehrsstrecken zu unterstützen und zu fördern. Ich fordere die Opposition auf, nicht nur von diesem Pult Erklärungen abzugeben, sondern auch in der Ausschußarbeit konstruktiv an diesen Projekten mitzuarbeiten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(Hunger [SPD])

- (A) Der Ausbau unseres Radwegenetzes wird mit zusätzlichen 20 Millionen DM gefördert. Wir halten an dem Ausbau unserer internationalen Flughäfen fest, weil wir davon überzeugt sind, daß der Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen über leistungsfähige Flughäfen verfügen muß. Ich betone ausdrücklich: Das gilt auch für den Nachtflugbetrieb auf dem Flughafen Köln/Bonn und die Anbindung des Flughafens an das Schienennetz.

Ich sage genauso deutlich, daß noch viele Bemühungen unternommen werden müssen, damit wir zu einer wirkungsvollen Lärmminimierung an diesen Standorten kommen. Daran müssen wir arbeiten; da hilft keine billige Polemik. Das kostet Geld und kostet auch innovatives Denken, um diese Kriterien umzusetzen. Wir bekennen uns eindeutig zur Anbindung dieses Flughafens an das Schienennetz.

Ich muß jetzt noch einmal auf die Rede von Herrn Busch zurückkommen: Herr Busch, ich empfehle Ihnen, einmal das Bonn-Berlin-Gesetz und insbesondere das, was in diesem Gesetz zur Schienenanbindung an diesen Flughafen steht, zu lesen.

(Dr. Manfred Busch [GRÜNE]: Meinen Sie, das würde mir helfen?)

- (B) - Ich weiß nicht, ob Ihnen das hilft. Aber es ist sinnvoll, auch einmal etwas nachzulesen und zu hinterfragen, was durch eine solche Schienenanbindung erreicht wird. Ich hoffe, daß wir da auch zu entsprechenden Ergebnissen kommen. Ich bin bereit daran mitzuarbeiten.

Als letztes eine Bemerkung: Wir Sozialdemokraten stehen zu den geplanten Investitionsmaßnahmen in Dortmund-Wickede. Dazu habe ich im Ausschuß schon mehrmals Ausführungen gemacht.

Die SPD-Landtagsfraktion ist der Auffassung, daß die für 1996 vorgesehene Absenkung der Mittel für den Landesstraßenneubau von 150 Millionen DM auf 130 Millionen DM vertretbar ist und nicht zur Verhinderung anerkannt nötiger Maßnahmen führt. Zum nächsten Jahr sage ich nachher noch etwas.

Prinzipiell betone ich, daß die Umsetzung des Landesstraßenausbauplans kontinuierlich fortgesetzt werden muß. Ich gehe mit der gesamten SPD-Fraktion davon aus, daß wir im nächsten Haushalt 1997 wieder zum Inhalt der Koalitionsvereinbarung zurückkehren. Dies bedeutet einen Ansatz von 150 Millionen DM für den Landesstraßenneubau und als Grundlage für den nächsten Landes-

straßenbedarfsplan, den wir 1998 fortschreiben werden. (C)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege Hunger, darf ich Sie an das Ende der Redezeit erinnern?

Heinz Hunger (SPD): Danke schön, ich bin sofort fertig. - Ich bin zuversichtlich, daß eine Analyse der Koalitionsvereinbarung ohne ideologisch-dogmatisches Wunschdenken und der Vergleich mit den verkehrspolitischen Absichten der Landesregierung, die in den letzten Tagen öffentlich diskutiert wurden, das ergeben wird, was die Kollegin Nacken dem Verkehrsminister Wolfgang Clement bereits im November 1995 bescheinigt hat, daß nämlich hier Verkehrspolitik auf der Basis der Koalitionsvereinbarung zum Wohle des gesamten Landes betrieben wird.

Dem Verkehrshaushalt, wie er jetzt zur zweiten Lesung vorliegt, stimmen wir auch - wie ich inzwischen weiß - in namentlicher Abstimmung zu. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich Herrn Kollegen Eichenseher das Wort. (D)

Peter Eichenseher (GRÜNE): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind angetreten, um in Nordrhein-Westfalen die Verkehrswende einzuleiten. Mit dem vorliegenden Verkehrshaushalt 1996 wäre dieser Einstieg in die Verkehrswende möglich. Herr Clement, Sie haben richtig gehört, auch ich setze diesen Satz in den Konjunktiv. Wenn Sie bis zu Schluß zuhören, werde ich auch sagen, warum.

Der Einzelplan 08 enthält deutliche Akzente für die Verbesserung des Öffentlichen Personennahverkehrs, für die Sicherung und den Ausbau der Schieneninfrastruktur in unserem Land und für die Stärkung des Umweltverbundes. Der Verkehrshaushalt setzt neue Maßstäbe für Nordrhein-Westfalen. 60 Millionen DM aus dem Landesstraßenbau werden umgeschichtet für die Förderung des Schienengüterverkehrs,

(Beifall bei den GRÜNEN)

(Eichenseher [GRÜNE])

- (A) für den Radwegebau und für die Stadterneuerung. Beide Koalitionspartner haben bei dieser Umschichtung von 60 Millionen DM aus dem Straßenbau größten Wert darauf gelegt, daß die Mittel in investive, also letztlich arbeitsplatzschaffende Maßnahmen fließen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Bauwirtschaft wird durch diese Kürzung im Straßenbau kein Arbeitsplatz verlorengehen. Die Investitionen in den Bau und die Modernisierung von Schieneninfrastruktur schaffen Arbeitsplätze. Das müßten auch Sie von der CDU begreifen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sind allerdings Arbeitsplätze mit dem Unterschied, daß diese Investitionen nachhaltiger und ökologisch sinnvoller sind als der bloße Straßenbau.

Mit der Aufstockung der Haushaltsmittel zur Förderung der Schiene um insgesamt 18 Millionen DM wird erstmals der aktive Einstieg des Landes Nordrhein-Westfalen zur Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene möglich. Damit könnte die von uns geforderte Offensive für den Schienengüterverkehr wenigstens in einem ersten Schritt nun endlich Realität werden.

- (B) Mit der Erhöhung des Ansatzes beim Titel "Förderung der nichtbundeseigenen Eisenbahnen" auf insgesamt fast 25 Millionen DM werden konkrete Projekte zur Verlagerung von Gütertransporten auf die Schiene finanziell unterstützt.

Außerdem - auch das erscheint wichtig - wird die Landesregierung durch diesen Haushalt erstmals in die Lage versetzt, wirksame Maßnahmen gegen die Stilllegung zahlreicher Schienenstrecken in Nordrhein-Westfalen zu unternehmen. Zur Zeit sind etwa 30 Strecken von der Stilllegung bedroht. Wir bemühen uns seit Monaten um ein Moratorium in diesen Stilllegungsverfahren. Dieser Haushalt bietet erstmals die Chance, die Stilllegungsverfahren zwei Jahre aufzuhalten und damit zwei Jahre Zeit für die Entwicklung von Betriebskonzepten auf den von Stilllegung bedrohten Strecken zu gewinnen. Die Erhaltung dieser Schieneninfrastruktur in Nordrhein-Westfalen ist für die GRÜNEN die wichtigste Voraussetzung, um die Option Güterverkehr und die Option Personenschienenverkehr auf Nebenstrecken in den nächsten Jahrzehnten zu erhalten.

Mit der Förderung des Schienenverkehrs in Nordrhein-Westfalen schaffen wir Arbeitsplätze. Jede Mark, die wir in die Förderung des Schienen-

verkehrs stecken, ist arbeitsmarktpolitisch weit- (C)
aus wirksamer, als wenn wir sie weiter in die Sackgasse Straßenbau schaufeln.

(Beifall des Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

Die Förderung des Schienenverkehrs schafft in vier Bereichen Arbeitsplätze. Das sind Arbeitsplätze im Baubereich, bei den großen Schienenfahrzeugherstellern in Nordrhein-Westfalen, Arbeitsplätze natürlich auch beim Betrieb der Schienenverkehre und nicht zuletzt Arbeitsplätze in der Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens.

Anstatt über neue Autobahnen in der vom Autoverkehr verwüsteten Stadt Bochum zu phantasieren, müssen wir deshalb die Taktverdichtung im S-Bahn-Verkehr, die Reaktivierung von Schienenstrecken, die Neueinrichtung von Haltepunkten und Bahnhöfen und den Ausbau von Stadtbahnstrecken anpacken - in Bochum und anderswo.

(Beifall bei den GRÜNEN)

NRW kann wieder Bahnland Nr. 1 werden, wenn wir zur Lösung der Verkehrsprobleme in den Ballungsräumen auch schienengebundene Verkehrssysteme einsetzen. Wir setzen auf die Bahn und nicht auf die Autobahn.

(Beifall bei den GRÜNEN)

NRW kann wieder Bahnland Nr. 1 werden, wenn wir zukunftsorientierte Schienenkonzepte verwirklichen. Als einen wichtigen Prüfstein nenne ich die S 9. Die Initiative S 9 plus bietet eine optimale Vorlage für ein maßgeschneidertes Produkt auf der Strecke Haltern - Essen -Wuppertal. Nicht Autobahnen, sondern innovative Bahntechnologie und die Realisierung dieses Konzeptes, Herr Clement, dieses zukunftsweisenden S-Bahn-Konzeptes, sollten Sie zur Chefsache machen. (D)

(Beifall bei der GRÜNEN)

Denn diese innovative Bahntechnologie könnte ein Exportschlager Nordrhein-Westfalens werden, wenn sie denn endlich auf einer unserer S-Bahn-Strecken angewendet wird.

Ich möchte auch erwähnen, daß die Bahn AG allein in den vergangenen zweieinhalb Jahren an die Fahrzeugindustrie in Nordrhein-Westfalen Aufträge im Wert von 470 Millionen DM vergeben hat. Mit unserer Förderung im Haushalt leisten wir einen großen Beitrag zur Sicherung dieser Arbeitsplätze.

Um den vorliegenden Haushalt haben beide Koalitionspartner ernsthaft und lange gerungen. Ob

(Eichenseher [GRÜNE])

- (A) dieses Haushaltspaket allerdings zum Tragen kommt, hängt von der Zuverlässigkeit beider Koalitionspartner ab.

Der Erfolg dieser Koalition hängt auch davon ab, ob wir in den umstrittenen Verkehrsprojekten einen gemeinsamen Kurs finden. Dieser Kurs darf kein Crashkurs sein, denn die Koalition hat keine so große Knautschzone wie der Opel, den Minister Clement als Dienstwagen fährt. Wir müssen einen gemeinsamen Kurs finden, wenn wir die Umsetzung dieses Haushalts zum Erfolg führen wollen.

Eine Koalition kann, anders als die meisten Beziehungen, sehr wohl als reine Zweckgemeinschaft bestehen. Voraussetzung ist allerdings, daß beide Partner den Anstand im politischen Umgang miteinander wahren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich glaube, ich muß nach den Auseinandersetzungen in den letzten Wochen um den Verkehrslandeplatz Dortmund nicht erneut betonen, daß ich diese Fairness in der Verhandlung und den politischen Anstand im politischen Umgang bei der SPD manchmal vermißt habe.

- (B) Worauf wir allerdings keinesfalls verzichten können - das sage ich hier mit aller Klarheit -, ist ein deutliches Signal der SPD, daß sie es mit der Umsetzung der ökologisch orientierten Akzente im vorliegenden Verkehrshaushalt ernst meint. Wenn die SPD, wenn Sie, verehrte Damen und Herren, nur widerwillig mitziehen und ankündigen, beim nächsten Mal, beim Haushalt 1997, das Rad wieder zurückdrehen zu wollen, wenn Sie ankündigen, daß Sie im Straßenbau wieder mächtig, wieder mordsmäßig drauflegen wollen, wenn Sie ankündigen, daß die Flughäfen in Nordrhein-Westfalen wieder mit der üblichen Wirtschaftsförderung ausgestattet werden sollen, dann bin ich skeptisch, ob wir wirklich zu einer tragfähigen Grundlage für diese Koalition finden.

Wenn dieses Signal nicht kommt, dann muß über kurz oder lang aus dem optimistischen Konjunktiv ein klares "leider nicht" werden. - Nur wenn beide Partner, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, ernsthaft an der Umsetzung des Koalitionsvertrages interessiert sind, haben beide Regierungspartner eine Chance zur Glaubwürdigkeit.

Sie alle wissen, daß im Haushalt unter dem Titel "Wirtschaftsförderung" ein Posten versteckt ist, der die Glaubwürdigkeit beider Partner schwer belastet. Trotz der eindeutigen Formulierung im

Koalitionsvertrag will die SPD auch im Jahre 1996 den Verkehrslandeplatz Dortmund subventionieren. "Das Land fördert künftig nicht mehr den Ausbau von Flughäfen und Verkehrslandeplätzen." Dieser Satz ist Leitlinie für die Luftverkehrspolitik der Koalition. Sie, Herr Clement, haben ihn mit unterschrieben. Den Beweis, ob Sie die Leitlinie ernst nehmen und ob Sie sie umsetzen wollen, sind Sie bis heute schuldig geblieben. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Hardt das Wort.

Heinz Hardt (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich spontan auf den Redebeitrag von Herrn Hunger hin gemeldet. Denn wenn er hier erklärt, wir brauchten eine wirkungsvolle Verkehrspolitik, dann muß das Wort der SPD, was man im Bereich "Landesstraßenbau" zum Gesetz gegeben hat, auch heute noch gelten.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben in diesem Hause ein Gesetz verabschiedet, mit dem damals festgelegt worden ist, für das Landesstraßenausbauprogramm jährlich 200 Millionen DM auszugeben. Das ist die Basis.

Was ist daraus geworden? - 180 Millionen DM, dann 150 Millionen DM in der Koalitionsvereinbarung. Aber, meine Damen und Herren, Sie stehen neuerdings noch nicht einmal zur Koalitionsvereinbarung, denn jetzt sind Sie schon auf 130 Millionen DM heruntergegangen. Herr Hunger, Sie können hier aber doch nicht als Ankündigungsabgeordneter auftreten. Denn entgegen Ihrer Erklärung im Verkehrsausschuß, Sie wollten die Mittel wieder um 20 Millionen DM von 130 Millionen DM auf 150 Millionen DM erhöhen, ist nichts geschehen. Sie handeln nach dem Sprichwort, als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet. Es ist Wunschdenken, wenn Sie den Menschen heute sagen, im nächsten Jahr würden wir wieder auf 150 Millionen DM kommen. Es müssen Taten her! Sie haben es vor einem Dreivierteljahr vereinbart, aber halten sich in diesem Bereich noch nicht einmal an diese Koalitionsvereinbarung!

(C)

(D)

(Hardt [CDU])

(A) (Beifall bei der CDU)

35 % der Investitionen, die angekündigt waren, die der Gesetzgeber hier vor vier Jahren beschlossen hat, sind Makulatur. Als neue Basis werden nun 150 Millionen DM angekündigt. Ich bin gespannt, was dabei herauskommt!

Wenn Herr Matthiesen im Vorfeld erklärt, liebe Leute, wir wollen vor der heutigen Lesung - nicht erst nächste Woche, nein: Deadline war, so stand es in der Presse, letztes Wochenende - gemeinsam mit dem Koalitionspartner wissen - langsam ist es eine Sisyphuskoalition: mal rauf, mal runter -, wie es mit dem Verkehrslandeplatz in Dortmund weitergeht, wie es um das Nachtflugverbot aussieht, ob sich Herr Clement insofern durchsetzt - unsere Unterstützung hat er -, was mit dem ICE-Anschluß Köln/Bonn wird, was in Bochum mit den in Rede stehenden 2,2 Autobahnkilometern geschehen soll: Nichts von dem werde entschieden! Sie hüllen sich in Schweigen, in der Sprache rüsten Sie ab, um der Sisyphuskoalition noch einmal über die Runden zu helfen. Deshalb ist Ihr Appell bezüglich der Verkehrsprojekte völlig richtig, aber was Sie dann an Taten folgen lassen, bedeutet, dem Bürger Sand in die Augen zu streuen.

(B) In dem Zusammenhang möchte ich einen weiteren Gedanken einbringen. - Ich weiß, daß sich der Ministerpräsident die Reden in diesem Hause anhört, aber ich hätte es gerne, wenn Sie, Herr Clement, es ihm, da er Mitglied des Aufsichtsrates der Deutschen Lufthansa ist, noch einmal persönlich überbrächten. - Wir erleben inzwischen an den internationalen Flughäfen, vor allen Dingen in Düsseldorf, daß die Deutsche Lufthansa nur eine internationale USA-Strecke, nämlich Düsseldorf - New York, fliegt; sonst nichts! Das reicht nicht, um dem Standort Nordrhein-Westfalen einen Vorteil zu verschaffen.

Sonst ist nichts, sonst ist Ruhe. Ich verstehe nicht, daß das im Aufsichtsrat der Lufthansa nicht diskutiert wird; da sollte der Ministerpräsident, der seit Jahren in diesen Aufsichtsgremien sitzt, einmal Dampf machen.

Wir haben täglich ab Düsseldorf sieben bis neun Verbindungen in Richtung London und Paris und zurück. Interessanterweise füllen dabei die British Airways, die Swissair und die Air France inzwischen ihre Liner. Warum unterstützt, wenn ein solcher Markt vorhanden ist, nicht die Deutsche Lufthansa diesen NRW-Standort? Warum unterstützen Sie, Herr Ministerpräsident, diese Ideen

nicht? Warum wird der Ministerpräsident in den entsprechenden Gremien für unser Land nicht tätig, indem er dort diese Frage einmal aufgreift? Das wäre auch Standortpolitik. Wir haben eine Luftfahrtinfrastruktur, aber dann muß sie auch effektiv genutzt werden. (C)

Damit kämen wir auch den GRÜNEN entgegen, weil wir sieben, acht, neun Verbindungen nach London streichen könnten, wenn wir weltweite Nonstopverbindungen anbieten könnten. Außerdem würden wir der Wirtschaft einen besseren Dienst tun, als immer nur die Sache zu beschreiben.

Ich kann nur sagen: Auf diesem Gebiet müssen wir einiges tun; denn es wirkt sich im Endeffekt standortnachteilig aus, wenn das alles über Frankfurt und demnächst über München und Berlin geht. Wenn es so kommt, werden wir in diesem Land trotz der Infrastruktur, die wir haben, zweitklassig.

Sicher gibt es überall Probleme. Auch wir stehen zu dem Lärminderungsplan, den wir Mitte des Jahres 1992 verabschiedet haben. Wir werden auch darüber wachen, daß der Lärminderungsplan umgesetzt wird, weil damit dem Fortschritt der Luftfahrt und der Lärmverminderung weitergeholfen wird; zum einen geht es um die Entwicklung der Luftfahrt, zum anderen um berechnete Anliegen der Bürgerschaft. (D)

Herr Minister Clement, Sie sollten als der verantwortliche Verkehrsminister mit dem Ministerpräsidenten - von mir aus auch im Kabinett mit allen Kollegen - ernsthaft darüber reden, um den Standort auch in diesem Punkt nach vorn zu bringen. Ich halte das für dringend erforderlich.

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Herr Kollege Hardt!

Heinz Hardt (CDU): Ich komme zum Schluß. - Ich wollte das hier nur sagen, weil ja immer wieder argumentiert wird, wir machten keine Vorschläge und täten nichts. Sie alle sitzen in den Gremien.

(Minister Wolfgang Clement: Ich nicht!)

- Der Ministerpräsident sitzt in dem Gremium. Deshalb darf das nicht wie damals bei AMADEUS ausgehen, was von uns allen beklagt worden ist,

(Hardt [CDU])

- (A) sondern da müssen Taten folgen. Der Ministerpräsident ist für dieses Land gewählt; dann soll er auch für dieses Land einstehen. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Clement das Wort.

Wolfgang Clement, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Hardt, ich kann Sie beruhigen: Nordrhein-Westfalen wird sicherlich nicht zum Standort zweiter Klasse, sondern wird seine führende Funktion auch als Wirtschaftsstandort in Deutschland und Europa halten.

Herr Kollege Eichenseher, als Sie das Wort "Anstand" angesprochen haben, habe ich eine Sekunde gedacht, Sie würden aus der Welt schaffen, daß Sie gemeinsam mit Herrn Stratmann mich als Lügner, Betrüger und sonstwas bezeichnet haben. Aber es muß nicht sein, daß Sie dazu etwas sagen. Nur: Daß Sie dann an uns, die SPD, die Bitte richten, uns anständig zu verhalten, finde ich viel verlangt. Ich mag solche Appelle nicht; wenn man selbst im Glashaus sitzt, schon gar nicht. Das darf nicht sein. Es kann in der politischen Auseinandersetzung nicht sein, daß wir uns gegenseitig als Lügner und Betrüger bezeichnen. Ich jedenfalls bin dazu nicht bereit.

(Beifall bei SPD und CDU)

Was den Koalitionsvertrag angeht, können wir uns nun wechselseitig zum Vergnügen aller verhalten, wer den Koalitionsvertrag einhält und wer ihn nicht einhält. Was den Flughafen Dortmund betrifft, ist das Erforderliche gesagt und diskutiert worden. Sie haben sich vorbehalten, dazu einen Parteitag zu befragen; das ist selbstverständlich akzeptiert, aber wir sollten dann auch die wechselseitigen Vorwürfe lassen. Die Position, die die Landesregierung und ich als Wirtschafts- und Verkehrsminister dazu haben, ist klar. Ich bitte, auch das zu respektieren, zumal es sich dabei um alte Zusagen handelt, die gegenüber dem Flughafen in Dortmund gemacht wurden. Aber ich will das Thema gar nicht großartig vertiefen.

Was die Verlängerung der Start- und Landebahn angeht, Herr Kollege Langen, so befinden wir uns in einem normalen Planfeststellungsverfahren,

und dieses Planfeststellungsverfahren geht zur Zeit nicht voran, weil dazu unter anderem von der Stadt Dortmund Entscheidungen gefällt werden müssen. Auch da macht es keinen Sinn zu verkünden, wer wofür und wogegen ist, sondern da gilt es, schlichtweg auf die notwendigen Schritte zu warten, die der Antragsteller unternehmen muß.

Hinsichtlich der Nachtflugregelung beim Flughafen Köln/Bonn habe ich schon deutlich gemacht - und Frau Kollegin Nacken hat das in der erforderlichen Klarheit heute vormittag in der ersten Runde schon gesagt -, daß wir hier mit einem sehr schwierigen Abwägungsprozeß zwischen den Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner und den Interessen der Frachtunternehmen befaßt sind. Ich denke, Herr Kollege Eichenseher, im Koalitionsvertrag ist dies in ausreichender Deutlichkeit gesagt: Wir suchen die bestmögliche Lösung für die Anwohnerinnen und Anwohner, geben uns dabei alle Mühe, sind dazu in einem intensiven Gespräch unter uns und mit anderen, aber klar ist, daß wir nicht den Verlust von Arbeitsplätzen in Köln hinnehmen wollen. Daran wird jede Regelung gemessen.

(Beifall bei der SPD)

Sie kennen die Möglichkeiten und Grenzen des Handelns, die uns gegeben sind.

Was den ICE-Anschluß in Köln/Bonn angeht, mag ich aus meinem Herzen ungern eine Mördergrube machen. Ich habe es für den wichtigsten Erfolg der Ausgleichsverhandlungen Bonn/Berlin gehalten, daß die Bundesregierung 500 Millionen DM zum Anschluß des Flughafens Köln/Bonn dazutut. Das ist für die Infrastruktur dieser Region von außerordentlicher Bedeutung. Sie kennen die Prognosen, daß am Flughafen und um den Flughafen herum 16 000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen können, und können sich vorstellen, von welcher großer Wichtigkeit für die Region dies ist. Davon lasse ich mich leiten, übrigens voll und ganz gestützt auf den Koalitionsvertrag - wenn es erforderlich sein sollte, daß ich das jetzt bei jedem Schritt betone.

Im Hinblick auf die Opel-Querspange - oder wie immer man die 2,2 Kilometer Autobahn nennen will - haben Sie von meiner wunderbaren Stadt Bochum als einer vom Autoverkehr verwüsteten Stadt gesprochen, Herr Kollege Eichenseher. Offen gesagt: Ich fühle mich in dieser Stadt immer noch pudelwohl.

(C)

(D)

(Minister Clement)

- (A) (Reinhold Trinius [SPD]: Da ist es auch schön! - Klaus Matthiesen [SPD]: Wer hat das gesagt? - Gegenrufe von der CDU: Eichenseher! - Klaus Matthiesen [SPD]: Das ist ja ungeheuerlich!)

Ich kann die Stadt nicht als vom Autoverkehr verwüstet erkennen. Herr Kollege Eichenseher. Mein Elternhaus liegt direkt an der Westtangente - ungefähr 100 Meter davon entfernt. Ich gehöre also zu den Betroffenen und war seinerzeit auch gegen die Westtangente. Ich habe dann allerdings nicht dagegen protestiert und keinen Widerstand oder sonstiges geleistet, sondern habe einfach gedacht: Das ist im Gemeinwohlinteresse wohl notwendig. - So haben wir uns damals verhalten.

(Beifall bei SPD und CDU)

Ich denke, daß wir über diese Frage noch einige Diskussionen haben werden. Nur, bei all diesen Diskussionen empfinde ich es als wichtig, daß jeder in seinem Aufgabenfeld sich und anderen Klarheit gibt und bei anderen nicht Unklarheiten darüber schafft, wer denn was in Deutschland verantwortet. Bundesautobahnen, selbst wenn sie ein Stück von nur 2,2 km umfassen, liegen nun einmal in der Zuständigkeit des Bundes. Der Bundesgesetzgeber hat dazu Entscheidungen getroffen. Ich bitte doch darum, daß wir bei aller Notwendigkeit der Diskussion, die wir miteinander führen, beachten, wo die Zuständigkeiten und wo die Verantwortlichkeiten liegen, damit wir nicht den Eindruck erwecken, wir könnten aufhalten, was nicht aufzuhalten ist.

- (B) Daß ich selber die DüBoDo, die Verbindung zwischen Bochum über Hattingen, Essen-Süd, Velbert, ablehne, daß die Landesregierung sie ablehnt, wissen Sie. Daß wir es für richtig halten - auch ich -, den ehemaligen Ruhrschnellweg, der mehr ein Ruhrstauweg geworden ist, hinsichtlich seiner Verkehrstüchtigkeit zu verbessern, ist ebenfalls klar.

Ich will einige generelle Bemerkungen zum Verkehr insgesamt machen. Ich glaube, es ist, Herr Kollege Langen, nun zu kurz gesprungen, daß wir hier eine Verkehrspolitik von gestern oder vorgestern machten und "Fortschritt statt Rückschritt" und wie die Schlagworte alle heißen. Es gilt das, was ich heute schon einmal versucht habe, deutlich zu machen: Wir müssen schon ein Umsteuern erreichen. Das bedeutet, daß wir auch die Verkehrswege anders strukturieren müssen, als wir sie heute haben.

- (C) Ich glaube, es ist richtig, daß wir die Automobilindustrie aus Gründen des Umweltschutzes drängen, daß sie die Umweltbelastungen durch eine Senkung des Verbrauchs, und zwar in den Flotten der Unternehmen, gravierend senkt. Das ist der wichtigste Schritt. Das heißt, um das, was Herr Kollege Linssen heute morgen generell gesagt hat, zu konkretisieren, mit den technologischen Mitteln und mit den wissenschaftlichen und ingenieurmäßigen Fähigkeiten, die wir besitzen, die Umwelt zu entlasten. Dazu gehört das verbrauchärmste Auto, dazu gehört dieser Faktor als ein Faktor des Wettbewerbs. Aber selbstverständlich brauchen wir die Automobilindustrie in Deutschland, und wir wollen sie auch in Nordrhein-Westfalen, ob in Düsseldorf, in Bochum oder in Köln.

Zum Straßennetz! Was Bundesstraßen, Bundesautobahnen angeht, so sind wir in Nordrhein-Westfalen bestausgestattet, besser als jedes andere Land. Wir haben das dichteste Netz in ganz Deutschland. Es geht dort um Korrekturen, nicht um Neubau, nicht um Zubau, sondern es geht um Korrekturen. Deshalb sind wir mit dem Bund ja auch auseinander, was die A 44 Bochum/Velbert oder die A 4 durch das Rothaargebirge angeht. Das sind Verbindungen, die wir für überflüssig, die wir für falsch halten, und wir suchen dort nach anderen Lösungen.

(D) Wir werden weiterhin die Verkehrssysteme besser miteinander vernetzen müssen, als dies heute möglich ist: Straße und Schiene und Wasser auch. Das muß besser gelingen, als es uns heute möglich ist. Deshalb allerdings, so füge ich jetzt einmal leise in Klammern hinzu, sind ja die ICE-Anschlüsse des Flughafens Köln/Bonn und des Flughafens Düsseldorf von so großer Bedeutung. Wir sollten diese, so meine ich, auch schaffen.

Wir diskutieren hier über Landesstraßenbau. Wir bauen in Nordrhein-Westfalen in Größenordnungen, die wirklich verwindend groß sind, Herr Kollege Hardt. Wir reden da über 130 Millionen DM, und wir setzen im ÖPNV über 3 Milliarden DM an. Das ist der wirkliche Faktor, den wir hier nach vorne bringen und, so meine ich, auch nach vorne bringen müssen.

Ich will jetzt nicht noch hinzufügen, was wir unternehmen, um den Güterverkehr auf die Schiene zu bringen, Herr Kollege Eichenseher. Das, was wir dort tun, schafft zwar nicht Arbeitsplätze, aber es sichert jedenfalls Arbeitsplätze in diesem Bereich. Lassen wir uns da nichts vormachen!

(Minister Clement)

- (A) Was die Streichung der Landesstraßenbaumittel - von 150 Millionen DM auf 130 Millionen DM - angeht, so ist nicht ganz von der Hand zu weisen, daß der Herr Kollege Hardt, Herr Kollege Eichenseher, recht haben könnte, wenn er unter Berufung auf den Koalitionsvertrag sagte, wir bewegten uns da sogar unterhalb dieses Koalitionsvertrages. Ich gestehe, daß das aus meiner Sicht ein außerordentlich schmerzhafter Einschnitt ist. Ich vermag die generelle Diskussion über Straßen so schwer nachzuvollziehen, wo es beim Landesstraßenbau im Ernst um Ortsumgehungen in Freudenberg oder in Wolbeck oder in Bochum-Gerthe geht. Das ist auch Umweltschutz; das ist vor allem Menschenschutz.

(Beifall bei der SPD)

Es geht um den Schutz der Menschen, die dort durch den Straßenverkehr in den Städten, in den kleinen Mittelstädten doch in einer gelegentlich unerträglichen Weise belastet werden. Wir versuchen, diesen Weg ja - Herr Kollege Eichenseher, mit Ihrer Unterstützung - in Halle, parallel zum dortigen Bau der A 33 zu gehen. Ich finde, daß wir darüber noch einmal in Ruhe ins Gespräch kommen können.

- (B) Was die S 9 anbetrifft, Herr Eichenseher, haben Sie gebeten bzw. gefordert, ich solle das zur Chefsache machen. Dazu muß ich Ihnen sagen - das ist vielleicht Ihrer Aufmerksamkeit entgangen, weil alles so auf diese spektakulären Projekte orientiert ist -: Tatsächlich habe ich selbstverständlich über die S 9 und die S 13 auch mit dem Bundesverkehrsminister gesprochen, übrigens auch über die ICE-Verbindung Frankfurt - Köln, auch über die Hochgeschwindigkeitsstrecke Köln - Brüssel - Paris. Das geht in diesen spektakulären, symbolhaften Diskussionen alles ein wenig unter.

Bei der S 9 und der S 13 ist es allerdings so, Herr Kollege Hardt, daß der Bundesverkehrsminister auch nicht genügend Geld hat, so daß wir dort noch erhebliche Finanzierungsprobleme haben. Wir wollen versuchen, die entsprechende Finanzierung bis zum Jahr 2000 zu erreichen, dann auch eine Fertigstellung bis zum Jahr 2000. Ich muß aber gestehen, daß dies dann aus Landesmitteln vorgeschossen werden müßte, was eigentlich nicht im Sinne des Erfinders ist. Wir tun also auch dort das für uns Notwendige.

Herr Kollege Hardt, ich stimme Ihnen jetzt einmal pauschal zu - der Ministerpräsident kann ja bei anderer Gelegenheit Ihnen gegenüber dazu noch

einmal Stellung nehmen -, daß die Lufthansa in Nordrhein-Westfalen sich bisher nicht in einer solchen Weise engagiert, wie man sich das von einem Unternehmen wünschen könnte, an dem das Land Nordrhein-Westfalen beteiligt ist, übrigens, wenn ich das jetzt richtig in Erinnerung habe; mit 2,5 %.

(Zuruf des Heinz Hardt [CDU])

Also es ist nicht so, daß wir dort mit Gewalt die Situation verändern könnten. Die Lufthansa hat ja ihre Akzente, was Sie ja alles kennen, doch sehr deutlich verändert - nicht zugunsten Nordrhein-Westfalens; da haben Sie völlig recht. Ich fände es auch gut, wenn hier ein Prozeß der Umorientierung stattfände. Ich kann mir vorstellen, daß dies in der nächsten Zeit auch möglich sein wird. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, möchte ich nochmals daran erinnern, daß wir in der Zeit zwischen 13.00 Uhr und 14.00 Uhr keine Abstimmungen durchführen werden, sondern daß die Abstimmung über den Einzelplan 08 eben nach der über den Einzelplan 7 erfolgen wird.

Nun erteile ich Herrn Kollegen Bieber für die Fraktion der SPD das Wort.

Walter Bieber (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dem Kollegen Hardt bin ich für den Hinweis auf die Reduzierung von 150 auf 130 Millionen im Straßenbauetat ausdrücklich dankbar. Sie macht im Grunde genommen auch für den Landesparteitag der GRÜNEN deutlich, daß die SPD kein betonköpfiges, starres System, sondern durchaus flexibel ist,

(Zuruf des Heinz Hardt [CDU])

wenn es gilt, einen Landeshaushalt abzusichern.

Wir haben uns ja auch über einen Landeshaushalt verständigt. Was in der Öffentlichkeit diskutiert wird, sind Dinge, die außerhalb des Haushalts laufen, die aber mit der Verabschiedung des Haushalts verknüpft werden.

(Günter Langen [CDU]: Mit der Faust in der Tasche!)

Ich möchte dem Kollegen Eichenseher deutlich sagen: Wir wollen hier kein Rad zurückdrehen.

(Bieber [SPD])

(A) Wir wollen einfach, daß der Koalitionsvertrag in allen Bereichen konsequent eingehalten wird.

Auch Herrn Busch muß gesagt werden: Was er zur ICE-Anbindung des Flughafens sagt, ist der Bruch des Koalitionsvertrages. Es kommt hier auf einen einzigen Satz im Koalitionsvertrag an,

(Gisela Nacken [GRÜNE]: Nein, es kommt auf viele Sätze an!)

und der lautet:

"Das Bonn/Berlin-Ausgleichsgesetz ist zu respektieren."

Auf diesen einen Satz kommt es an, nicht auf die Lyrik drumherum; dieser eine Satz ist entscheidend.

Ich bitte Sie, Frau Nacken, einmal folgendes zu überlegen: Vor Ort im Rhein-Sieg-Kreis plädieren alle Parteien - CDU, SPD und GRÜNE - für eine S-Bahn-Verbindung zum Flughafen Köln/Bonn. Was spricht eigentlich dagegen, daß über die gleiche Gleisstrecke pro Stunde zwei ICE-Züge fahren? Ansonsten fährt dort die S-Bahn. Dagegen kann man doch überhaupt nicht sein!

(Zuruf des Heinz Hardt [CDU])

(B) - Herr Hardt, Ihr früherer Landtagskollege Krieger, der Bürgermeister von Siegburg, sieht das alles ganz anders. Er ist auch gegen die Anbindung - damit das auch einmal klar ist!

Wenn ich dann an die beschäftigungspolitischen Auswirkungen denke, die der Minister aufgezeigt hat, daß nämlich über diese Anbindung 16 000 Arbeitsplätze mobilisiert werden können, dann kann ich nur sagen: Das ist doch das Programm schlechthin für die Region!

Was mich ärgert und auch aufregt, ist, wenn dann hier vom "Jobkiller Rot-Grün" gesprochen wird, von einer Vertreibungsdiskussion und die CDU Krokodilstränen über den Weggang von TNT nach Lüttich vergießt. Ja, meine Damen und Herren, wer war das denn, der am 25. September hier den Antrag "Neuregelung der Nachtflugbeschränkung für den Flughafen Köln/Bonn" mit einem faktischen Nachtflugverbot gestellt hat, weil die 75 Dezibel als Obergrenze festgeschrieben waren? Das war nicht die SPD, das waren auch nicht die GRÜNEN; das war die CDU-Landtagsfraktion!

(Beifall bei der SPD - Hört, hört! bei der SPD - Stefan Frechen [SPD]: Unglaublich!)

(C) Ich habe schon damals in der Rede zu diesem Antrag unter Hinweis auf das lukrative Angebot, das TNT aus Lüttich vorlag, gewarnt. Ich habe Sie eindringlich gebeten, diesen Antrag zurückzuziehen, weil er den Standort Flughafen Köln/Bonn beschädigt, was ja auch eingetreten ist. Auch Sie, Frau Opladen, haben doch den Flughafen mit Ihrer unsäglichen Kleinen Anfrage unter der polemischen Überschrift "Nachtflugterror in Köln/Bonn" madig geredet. Das war keiner von der SPD, es war auch keiner von den GRÜNEN; das war eine aus Ihren Reihen!

Selbst die Abwanderung von TNT nach Lüttich hat doch nicht dazu geführt, daß Sie Ihren eigenen Antrag im Landtag für erledigt erklärt oder zurückgezogen hätten! Dieser Antrag mit diesen Inhalten ist immer noch im parlamentarischen Geschäftsgang.

(Günter Langen [CDU]: Der ist doch weg von der Tagesordnung!)

- Der ist nicht weg; er ist immer noch im Geschäftsgang. Er ist immer noch nicht im Ausschuß behandelt. So ist die Lage.

Ich möchte Ihnen auch noch einmal sagen: Es war doch die CDU in Köln - Herr Arentz, Sie kommen ja aus dem Sprengel -

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Was heißt hier "Sprengel"?)

(D) die den Antrag gestellt hat, keine Ausbaumaßnahmen zuzulassen und die Einschränkungen beim Nachtflug für den Flughafen Köln/Bonn vorzunehmen.

Präsident Ulrich Schmidt: Kollege Bieber, würden Sie eine Frage von Herrn Kollegen Lindlar beantworten?

(Walter Bieber [SPD]: Ja, der Kollege Lindlar kommt aus dem Rhein-Sieg-Kreis. Das muß sein!)

- Dann darf er, ja? Herr Lindlar, bitte!

Hans Peter Lindlar (CDU): Herr Kollege Bieber, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß nach allen Presseäußerungen der Firma TNT und überhaupt der sogenannten Carriers am Flughafen der Kernpunkt des Unmutes und der anderen Entscheidungen die Koalitionsvereinbarung mit der Vereinbarung einer Kernruhezeit gewesen ist? Sind Sie auch bereit zuzugestehen - Sie haben ja

(Lindlar [CDU])

- (A) genauso wie ich am 14.02. den ganzen Tag hier bei der Anhörung gesessen -, daß gerade auf die Unmöglichkeit des Einhaltens einer Kernruhezeit von allen dort tätigen Firmen einheitlich hingewiesen worden ist?

Walter Bieber (SPD): Herr Kollege Lindlar, ich stimme Ihnen zu: Die Kernruhezeit ist nach dem Hearing vom Tisch. Es war eindeutig: Kein einziger Sachverständiger hat bestätigt, daß eine Kernruhezeit am Flughafen Köln/Bonn möglich ist. Selbst Dr. Wolters vom Fraunhofer-Institut für Materialfluß und Logistik, das ja eigens auf Wunsch der GRÜNEN geladen worden ist, konnte das nicht bestätigen. Er hat sogar noch hinzugefügt: Wenn das denn so kommt, wird der Flughafen Köln/Bonn Logistikdienstleistungen verlieren. Das ist ein fast wörtliches Zitat, das man in dem Protokoll über das Hearing nachlesen kann.

Die Kernruhezeit war ja ein Prüfauftrag im Koalitionsvertrag. Dieser Prüfauftrag ist abgeschlossen, so daß jetzt der Satz gilt:

"Allerdings dürfen keine Arbeitsplätze bei den Logistikunternehmen gefährdet werden."

- (B) Das ist der Obersatz im Koalitionsvertrag für den Flughafen Köln/Bonn.

(Beifall bei der SPD)

Dazu muß man sich wahrscheinlich auch auf dem Landesparteitag der GRÜNEN erklären.

Herrn Eichenseher möchte ich noch sagen: Mit einem Jobticket für die Opel-Mitarbeiter werden die Verkehrsprobleme im Ruhrgebiet und insbesondere auf der A 40 nicht gelöst werden können. In die Sache müßte man auch noch etwas tiefer einsteigen.

Ich wäre sehr froh, wenn wir uns, gerade was den Flughafen Köln/Bonn angeht, auf den Versuch verständigen könnten, zu einem gerechten Interessenausgleich zwischen den wirtschaftlichen Belangen der Region und den Flughafenachbarn, den Anwohnern, zu kommen. Ich halte es nicht für gut, wenn Arbeitsplätze und Gesundheit gegeneinander ausgespielt werden. Man muß sich ernsthaft bemühen, zu einem Interessenausgleich zu gelangen.

Ich finde es zu leichtfertig, wenn man die Sache auf die Frage reduziert: Wie krank macht Fluglärm? Und der andere fragt dann provokant zurück: Und wie gesund ist Arbeitslosigkeit? Das

kann nicht die Basis sein, auf der wir diese Frage diskutieren. (C)

Ich bin an und für sich guten Mutes, wenn sich alle an die Koalitionsvereinbarung halten, daß wir, was diese Dinge angeht, zu einem vernünftigen Ergebnis kommen werden.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Bieber. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Abgeordneten Rimmel das Wort.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute sehr viel von Streitereien zwischen den Fraktionen gehört, zwischen Rot und Grün; alte Wunden sind wieder aufgerissen worden. Von Anstand ist die Rede, von Stillfragen.

Dabei, meine Damen und Herren, wird vergessen - das klang in der heutigen Debatte nur kurz an -, worum es bei der Debatte um diesen Haushalt und um unsere zukünftige Verkehrspolitik eigentlich geht. Diese Fragen werden vergessen. Es geht zum Beispiel darum, wie die Ziele, die im Klimaschutzbericht NRW festgelegt sind, verwirklicht werden sollen. Es geht auch darum, gerichtet an die Adresse der CDU, wie - Ihr Kanzler hat das angekündigt - 25 % CO₂-Reduzierung bis zum Jahre 2000 erreicht werden soll. Bis heute haben Sie keine Konzepte vorgelegt, wie Sie das verwirklichen wollen. Das sind die eigentlichen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die hinter diesen vielen Fragen, hinter diesem - Herr Matthiesen, verzeihen Sie mir - "Kleinkram" stehen. (D)

(Klaus Matthiesen [SPD]: Ich habe etwas anderes gesagt!)

Es ist kein Kleinkram, es sind viele Beispiele dafür, in welche Richtung die Verkehrspolitik in diesem Lande und in der Bundesrepublik Deutschland zukünftig gehen wird. Da kommt niemand an der Beantwortung der Frage "Wie gehen wir um mit unserem Klima, wie gehen wir um mit unserer Umwelt?" vorbei.

(Beifall der Gisela Nacken [GRÜNE])

Darum bemühen sich die Koalitionspartner; es ist in der Tat ein Wettstreit. Aber die Opposition hat dazu bisher keinen entscheidenden Beitrag leisten können.

(Remmel [GRÜNE])

(A) (Beifall der Gisela Nacken [GRÜNE] - Zurufe von der CDU)

Wir brauchen Sie überhaupt nicht dazu - das machen wir schon selber -

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Ja, eben!)

uns um die Zukunftspolitik in Nordrhein-Westfalen Gedanken zu machen.

(Günter Langen [CDU]: Lesen Sie einmal die Anträge!)

Und, meine Damen und Herren, es ist keine Kasperel. Es geht darum, zu entscheiden, welche Anteile wir wie auf umweltfreundliche Verkehrsträger umverteilen. Da gibt es unterschiedliche Vorstellungen, in der Tat. Aber unsere Konzeption, unsere politischen Vorstellungen sind in dem Fall klar. Wir sagen nicht: ein bißchen hier, ein bißchen da; wir haben eine klare Zielsetzung. Wir sagen: Vorrang für den öffentlichen Personennahverkehr und Vorrang für die umweltfreundlichen Verkehrsträger. Insofern kriegen Sie in unserer Fraktion, in unserer Partei in dieser Frage kein Blatt zwischen den einen und den anderen.

Es ist auch keine Sonntagsfrage, wie wir die Klimakatastrophe bekämpfen können; es ist eine Alltagsfrage, die nicht nur heute auf der Tagesordnung steht, sondern sie wird uns die nächsten 10 bis 20 Jahre beschäftigen. Insofern muß man etwas von dem aktuellen Streit in der Koalition abstrahieren.

(B)

Ich möchte aber noch etwas deutlich machen, und da kommt mir etwas zupaß: Das Umweltbundesamt hat gestern oder vorgestern einen Zwischenbericht über Forschungsergebnisse veröffentlicht; darin geht es um Klimaschutz und Flugverkehr. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten:

"Der Flugverkehr wächst dynamisch. Zwischen 1988 und 1993 legten deutsche Reisende jedes Jahr im Durchschnitt 7 % mehr Flugkilometer als im Vorjahr zurück. Die von Deutschen zurückgelegten Flugkilometer haben sich von 1980 bis 1993 verdreifacht. Auch künftig ist mit einem starken Wachstum zu rechnen."

Weiter wird ausgeführt, daß der Anteil des Flugverkehrs am Personenverkehr mittlerweile 16 % beträgt. Die Prognose der Bundesregierung, daß sich der Anteil verdoppelt, ist überholt. Von den gesamten CO₂-Emissionen verursacht der Flugverkehr 10 %; bei den Stickoxiden beträgt der

(C) Anteil ebenfalls 10 %. Diese Zahlen müssen wir zur Kenntnis nehmen und politisch darauf reagieren und handeln.

Ich denke, daß die Vorstellungen unserer Fraktion da eindeutig sind, wenn sie auch in der aktuellen Debatte etwas belächelt wurden - mit den Fahrradwegen nach Mallorca, die wir angeblich, statt des Flughafens, bauen wollten. Aber es ist etwas Wahres dran: Wir müssen Alternativen für den Ferntourismus schaffen. Da ist der Ausbau der Fahrradwege, da sind die zusätzlichen Mittel für Fahrradstationen, da sind verstärkte Anstrengungen im Rahmen der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte ein kleiner, aber ein wichtiger Baustein, um Tourismuspotentiale von der einen Seite, nämlich vom umweltschädlichen Flugverkehr, auf umweltverträglichen und nachhaltigen Tourismus zu verlagern.

Gestatten Sie mir auch noch die eine oder andere Aussage zu dem ach so umkämpften Landesstraßenausbauplan. Wir haben uns einmal die Mühe gemacht, die Beträge, die in Nordrhein-Westfalen für die Landesstraßen und insbesondere für den Landesstraßenneubau ausgegeben werden, mit denen anderer Bundesländer zu vergleichen. Die Ergebnisse sind ganz interessant.

(Heinz Hardt [CDU]: Haben Sie das mit dem Saarland verglichen?) (D)

- Nicht mit dem Saarland. Ich komme jetzt dazu, das im einzelnen zu erläutern. Niedersachsen

(Heinz Hardt [CDU]: Ist kleiner als Nordrhein-Westfalen!)

hat bei Neubau null D-Mark im Haushalt stehen.

(Heinz Hardt [CDU]: Die haben auch noch mehr Arbeitslose als wir!)

Hessen hat für Radwege, für Umbau, für kleine Maßnahmen 60 Millionen DM im Haushalt stehen.

(Heinz Hardt [CDU]: Weil es dort so hügelig ist!)

Rheinland-Pfalz hat beim Neubau 6 Millionen DM im Haushalt stehen. Auch Bayern und Baden-Württemberg liegen, umgerechnet auf die Fläche, unter den Quoten von Nordrhein-Westfalen. Das, meine Damen und Herren, müssen Sie angesichts der Haushaltslage in Nordrhein-Westfalen zur Kenntnis nehmen!

(Beifall der Gisela Nacken [GRÜNE] - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

(Remmel [GRÜNE])

- (A) Im großen und ganzen - das hat der Kollege Eichenseher betont - können wir dem Verkehrshaushalt abgewinnen, daß es Ansätze in eine Richtung gibt, die ich eben angedeutet habe: Umverteilung auf umweltfreundliche Verkehrsträger. Insofern bitte ich darum und hoffe, daß diese Ansätze ausgeweitet werden können. Ich gehöre zu dem Teil der Fraktion, der diesem Haushalt zustimmen wird.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Kollege Remmel. - Der Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr, Herr Clement, bitte schön.

Wolfgang Clement, Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach dem Gesagten, insbesondere nach dem vom Kollegen Remmel Gesagten, nur ganz wenige Bemerkungen.

Es ist völlig unbestritten - ich muß das sagen, das werden Sie verstehen; es ist auch nicht so neu -, daß wir dem ÖPNV absoluten Vorrang geben. Das wird in diesem Haushalt mehr als deutlich. Es ist gar keine Frage, daß bei uns der Schienenverkehr in einer Weise gefördert wird, die mit dem Straßenbau völlig unvergleichbar ist.

- (B) Zweitens: Ich glaube nicht - das ist nicht polemisch gemeint, Herr Kollege Remmel -, daß den Leuten beispielsweise in Freudenberg, wovon ich besonders viel über die Belastung der Menschen höre, oder in Halle oder wo immer Sie hinschauen, damit geholfen wäre, daß wir auf Niedersachsen oder ein anderes Land der Bundesrepublik verweisen.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Frage ist: Ist es notwendig - wir bauen hier ja nicht wie wild Straßen neu, das wäre ein völlig falsches Bild -, da Ortsumgehungen zu bauen, wo die Menschen in den Innenstädten, in den Vororten in einer nicht mehr erträglichen Weise belastet sind?

(Beifall bei der CDU)

Darüber diskutieren wir. Ich glaube schon, daß die Akzente, die wir im Landesstraßenbau zu setzen versuchen, vernünftig sind - ganz abgesehen davon, daß ich Sie schon vorbeugend darauf

hinweisen sollte, daß unsere Landesstraßen teilweise in einem Zustand sind, der dringend Renovierungen notwendig macht.

(Beifall bei der CDU)

Das ist etwas, was wir jetzt nur in sehr begrenztem Maße tun können, was wir aber in Zukunft sicherlich nicht aus den Augen verlieren dürfen.

Ich bin sehr dankbar dafür, daß Sie sagen, mit diesem Haushalt seien Ansätze zur Veränderung auch unter Beachtung der Klimaschutzziele vorgenommen worden. Das ist richtig.

Zum Flugverkehr - ich will das jetzt nicht im einzelnen vertiefen -: Ich verspreche mir nichts davon, Herr Kollege Remmel, wenn die Leute - was schon vielfach geschieht - aus Nordrhein-Westfalen heute nicht den Flughafen Köln oder Düsseldorf benutzen, sondern für ihre Verbindungen nach Amsterdam oder Maastricht, aber insbesondere nach Amsterdam gehen.

Es geht dabei nicht nur um Tourismus. Natürlich wäre ich auch froh, wenn wir einen Tourismus hätten, der sich stärker auf das eigene Land konzentriert, insbesondere auf Nordrhein-Westfalen. Dazu tun wir auch etwas.

Sie sind herzlich eingeladen, daran mitzuwirken und sich etwas mit uns zusammen einfallen zu lassen, was wir tun können, um den Tourismus in Nordrhein-Westfalen noch besser zu entwickeln. Er steht übrigens gar nicht so schlecht da. Wir haben dort sehr gute Wachstumszahlen. Wir liegen, insbesondere was die ausländischen Gäste angeht, im Vergleich außerordentlich gut.

Ich stimme Ihnen aber völlig zu, daß es ein starkes Interesse von uns allen sein muß, die Richtung des Tourismus in Nordrhein-Westfalen gerade aus dem Ruhrgebiet umzusteuern und auf unser eigenes Land hin auszurichten. Da sind wir überhaupt nicht auseinander.

Was den Flugverkehr angeht, geht es aber nicht nur um Tourismus, sondern es geht auch um Geschäftsverbindungen. Es geht um Verbindungen in allen Lebensbereichen.

Natürlich ist es richtig, daß die außerordentlich dynamische Entwicklung des Flugverkehrs für die Klimaentwicklung nicht positiv ist und daß wir versuchen müssen, dort zu Veränderungen zu kommen. Da stimme ich Ihnen völlig zu. Das ändert aber nichts daran, daß Sie eine internationale Flugverbindung insbesondere in einem Land mit 18 Millionen Einwohnern und der entsprechenden

(C)

(D)

(Minister Clement)

(A) Wirtschaftskraft wie Nordrhein-Westfalen haben müssen, die den Anforderungen gerecht wird. Das tun und versuchen wir in den schwierigen Diskussionen miteinander um die genannten Flughäfen.

Im übrigen ist es ja nicht so, als würden wir den Zielen nur mit dem Ausbau von Netzen, auch von neuen Netzen, die wir auf der Schiene versuchen zu entwickeln, gerecht werden. Wir müssen auch die Mittel der Industriegesellschaft einsetzen, um die Belastungen zu reduzieren.

Deshalb ist es eine wesentliche Weichenstellung, wenn wir in der Bundesrepublik versuchen, die Automobilindustrie - die Instrumente sind noch nicht gut genug - dahin zu bringen, verbrauchsärmere Autos zu bauen. Das ist ein Mittel, das wir in der Industriegesellschaft mit unserem ingenieurmäßigen Wissen anwenden müssen, um die Umweltbelastung zu verringern.

Meines Erachtens ist es nicht richtig, hier immer nur in Alternativen zu denken: entweder Auto oder Schiene.

(Zuruf des Johannes Rimmel [GRÜNE])

- Das haben Sie nicht gesagt, ich füge es nur der Klarheit halber hinzu, Herr Kollege Rimmel.

(B) Nach meiner Meinung ist es in Anbetracht des Verkehrsaufkommens, das wir in Deutschland und Europa haben, notwendig, die Automobilindustrie von sich aus zum Umsteuern zu bringen und ansonsten die Verkehrssysteme besser zu vernetzen, als es heute schon der Fall ist. Darum bemühen wir uns.

Bei aller Notwendigkeit der Diskussion, auch der harten sachlichen Diskussion glaube ich, daß wir diesem Ziel durchaus Schritte näherkommen können und daß dieser Haushalt auch Ansätze in diese Richtung enthält. Es wird nicht ganz unproblematisch sein, die gut 20 Millionen oder 25 Millionen DM, die wir jetzt für den Ausbau eines Schienennetzes vorgesehen haben, um dort Güterverkehr aufnehmen zu können, in diesem Jahr auch nur einzusetzen. Das wird nicht ganz leicht sein.

Sie können sich aber darauf verlassen, daß die Landesregierung alle Anstrengungen unternimmt, um das zu erreichen. Sobald der Haushalt verabschiedet ist, werden wir auch die von der Bahn zur Stilllegung vorgesehenen Schienenverkehrlich sichern, also die Verkehrssicherung dort übernehmen, damit wir wirklich Zeit und Luft haben und auch die kommunalen Verkehrsverbände

und Unternehmen vor Ort, daß wir auf diese Schienenverbindungen Güterverkehr bekommen. (C)

Wir sind uns völlig einig: Das, was sich im Güterverkehrsbereich in Deutschland und namentlich in Nordrhein-Westfalen auf unseren Straßen entwickelt, ist nicht mehr aushaltbar, ist nicht mehr verkraftbar. Deshalb brauchen wir dringend neue Instrumente.

Ich muß sagen: Der Weg, den wir hier einschlagen, mit Landesmitteln ein eigenes Schienennetz für den Güterverkehr aufzubauen und dazu das vorhandene Schienennetz zu nutzen, das insbesondere durch die Werksverkehre in Nordrhein-Westfalen steht, ist für uns außerordentlich vorteilhaft. Das ist ein Weg, mit dem wir allen anderen Ländern in der Bundesrepublik voraus sein werden. Ich hoffe sehr, daß wir auf diesem Weg auch schnell zu konkreten Fortschritten kommen werden. - Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Herzlichen Dank, Herr Minister Clement. - Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten van Schewick das Wort.

Heinz-Helmich van Schewick (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vorhin hat der Kollege Rimmel ausgeführt, daß die GRÜNEN diesem Haushalt zustimmen werden. (D)

Ich muß Ihnen entgegenhalten - das ist auch der Grund meiner Wortmeldung -, daß Sie damit auch einer Verpflichtungsermächtigung von 400 Millionen DM für den ICE-Anschluß an den Flughafen Köln/Bonn zustimmen.

Da ist nun diese Diskrepanz in Ihren gesamten Verhaltensweisen und Reden: Was will diese Koalition bezüglich des Flughafens Köln/Bonn? Was will diese Koalition bezüglich des Flughafens Dortmund? Was will diese Koalition bezüglich der ICE-Anbindung am Flughafen Köln/Bonn?

Es kann nicht angehen - ich möchte dies auch so deutlich machen, Frau Kollegin Nacken -, daß das, was sich in der Vergangenheit auf dem Flughafen Köln/Bonn mit dem Wegzug von TNT abgespielt hat, eine Fortsetzung erfährt.

Wir haben den Wegzug von TNT ausschließlich der Diskussion um die Nachtflugregelung - von Ihnen angezettelt - zu verdanken.

(Zuruf der Gisela Nacken [GRÜNE])

(van Schewick [CDU])

- (A) In der kürzlich geführten Diskussion im Bundestag sagte Staatssekretär Nitsch - ich erlaube mir zu zitieren -:

"Nach Äußerung der Firma TNT begründet diese ihre Entscheidung zur Verlagerung des Frachtexpressdienstes nach Lüttich wesentlich mit der nach ihrer Ansicht offenen Diskussion über den Fortbestand des Nachtflugbetriebs."

Dies, Frau Kollegin Nacken, bedeutet, daß in Zukunft 600 Menschen auf der Straße stehen. Ihren Maßnahmen, angefangen mit zwei Stunden Nachtflug-Kernruhezeit und anschließend Ausdehnung auf Nachtruhe insgesamt, ist das zu verdanken.

Wenn dann in einer Pressemitteilung der GRÜNEN steht, daß die Äußerung des Staatssekretärs Westermann zur Nachtflugregelung in der letzten Verkehrsausschußsitzung als eigenmächtiges Vorgehen zu bewerten sei, dann sage ich Ihnen, auch Ihnen, Herr Minister Clement: Das kann nicht im Interesse des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen sein. Wenn Ihr Staatssekretär uns sagt, daß es mit dieser Landesregierung auf dem Flughafen Köln/Bonn kein Nachtflugverbot geben wird, und wenn dies anschließend als eigenmächtiges Vorgehen bezeichnet und kritisiert wird, dann muß ich Sie fragen: Wohin fährt der Zug in Nordrhein-Westfalen?

(B)

Zweiter Punkt: ICE-Anbindung des Flughafens Köln/Bonn! Wenn wir es mit der ökologischen Umstrukturierung, die Sie vorhin erwähnt haben, ernst meinen, dann brauchen wir diese Verbindung zum Flughafen. Das ist das eine. Auf der anderen Seite brauchen wir diese Anbindung einschließlich der S-Bahn-Anbindung des Flughafens für die Region Köln/Bonn.

Lassen Sie mich auch einige Ausführungen zu den 75 Dezibel machen, die vom Kollegen Bieber und auch vom Kollegen Hunger so gern angeführt werden. Sie wissen, daß diese 75 Dezibel immer eine Zielsetzung gewesen sind: An festzulegenden Standorten sollten diese 75 Dezibel gemessen werden. Dies war einzig und allein eine Zielvorgabe, mit der zu arbeiten ist, eine Arbeitshypothese. Jetzt so zu argumentieren, daß dies letztendlich zum Wegzug geführt hat, beruht entweder auf mangelnder Intelligenz zu verstehen, was dieser Antrag beinhaltet, oder ist eine bössartige Unterstellung. Es ist auch eine bössartige Unterstellung, wenn Sie Kollegen, die die Diskussion wirklich ernst gemeint und ihre Diskussionsbeiträge dahin gehend ausgerichtet haben, vorhalten,

daß diese Diskussion zum Wegzug von TNT beigetragen hat.

(C)

Vielmehr hat die CDU die Vereinbarung mit dem Landesverkehrsminister und dem Bundesverkehrsminister begrüßt, daß in Zukunft auf dem Flughafen Köln/Bonn nur noch Fluggeräte starten und landen dürfen, die auf der Bonus-Liste des Bundesverkehrsministeriums aufgeführt werden. So haben wir uns auch in der letzten Verkehrsausschußsitzung hinsichtlich dieser Vereinbarung ausgelassen.

Deswegen noch einmal: Es ist entweder mangelnde Intelligenz, dies nachzuvollziehen, oder bössartige Unterstellung. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege van Schewick. - Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Hunger.

Heinz Hunger (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine politische Einstellung zu dem Frachtflugbetrieb in Köln ist allgemein bekannt. Deshalb brauche ich darauf nicht einzugehen. Aber eines sage ich Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU: So billig können Sie nicht von dieser Nummer herunterkommen, wie Sie das hier versuchen.

(D)

(Zurufe von der CDU)

Am 11. Oktober 1995 haben Sie einen Antrag eingereicht, der sich mit Nachtflugverbot und Kernruhezeit auf dem Flughafen Köln/Bonn beschäftigte. Die Entscheidung von TNT war genau zu diesem Zeitpunkt. Da stand noch nicht die Frage an, ob diese Koalition eine Kernruhezeit einführen wollte. Unsere Standpunkte zur Kernruhezeit haben wir dargelegt. Sie wissen ganz genau, daß die TNT-Entscheidung so frühzeitig gefallen ist, weil Lüttich ein entsprechendes Angebot gemacht hat, weil sie hohe Fördermittel der EG bekommen. Wir als SPD-Landtagsfraktion sind dafür, Planungssicherheit für die Frachtcarriers zu geben, damit weitere negative Standortentscheidungen in Köln oder sonstwo nicht erfolgen. Aber ich lasse es nicht zu - das habe ich im Verkehrsausschuß in derselben Deutlichkeit gesagt -, jetzt hier den Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN die volle Verantwortung für die TNT-Entscheidung unterzuschieben, damit Sie sich sauberwaschen können.

(Hunger [SPD])

(A) (Zurufe von der CDU)

Stehen Sie zu Ihren Anträgen, oder ziehen Sie Ihren Antrag zurück und sprechen Sie nicht von "modifizieren"!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Herr Hunger. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Kollegen Eichenseher das Wort. Bitte schön.

Peter Eichenseher (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Clement, mir liegt am Herzen, daß keine falschen Anschuldigungen im Raum stehenbleiben. Die Worte "Wahlbetrüger" und "Entlastungslügner" entstammen nicht meinem Mund. Sie stammen aus unterschiedlichem Munde. Ich war in Bochum und habe das auch aus SPD-Mund gehört, von Leuten, die über den Kurswechsel der SPD in Bochum bitter enttäuscht sind, was dieses Teilstück der A 44 angeht. Ich will klarstellen: Das ist nicht meine Wortwahl. Vielleicht ist es ein Fehler, nicht sofort zurückzuschrecken, wenn jemand in derselben Versammlung solche Worte in den Mund nimmt, und nicht sofort zu sagen: Ich distanziere mich.

(B)

Ich habe das nicht getan. Wenn mir deshalb solche Worte zugeschrieben werden, muß ich das zurückweisen und kann mich auch dafür entschuldigen.

Wenn ich "politischer Anstand in der Auseinandersetzung" sage, dann fordere ich ein und meine, daß das inhaltliche Auseinandersetzung bedeuten muß. Wir dürfen strittige Fragen nicht mit Machtpolitik beantworten, sondern wir müssen inhaltlich an das Problem herangehen.

(Gerhard Wächter [CDU]: Aber realistisch! - Heinz Hardt [CDU]: Das muß entschieden werden!)

Deshalb mein Appell, meine Forderung an die SPD - und das ist auch unser Angebot -: Lassen Sie uns inhaltlich an die Auswertung der Nachtflughörnung gehen. Lassen Sie uns beginnen, Einstiege in alle technischen und logistischen Möglichkeiten zu finden, den Nachtfluglärm zu verringern.

Ich möchte dabei auch ganz klar sagen: Es geht eben nicht, wie Herr Staatssekretär Westermann angekündigt hat, am 11. März, ohne diese Aus-

(C) wertung vorgenommen zu haben, in die Lärm-schutzkommission in Köln/Bonn zu gehen und den Vorschlag zu machen, die Nachtflugregelung für 20 Jahre zu verlängern. Das ist nicht nur politisch, sondern auch fachlich und inhaltlich unzulässig. So kann es nicht gehen.

Denken Sie und lassen Sie uns auch einmal darüber sprechen, was die gesundheitlichen Folgen von Nachtflug sind. Nachtfluglärm ist gesundheitsschädlich. Daran kommen wir nicht vorbei, und deshalb können wir diese Regelung so nicht verlängern.

Ich bin ja froh, Herr van Schewick, daß wir wenigstens heute erfahren haben, was Ihre Luftnummer mit dem 75-dB-Wert eigentlich sein sollte. Sie nennen das heute eine "Arbeitshypothese". Man könnte auch sagen: Es war eine "Denkprothese". Es war blanker Nonsense, irgendwelche Werte aufzustellen, für die Sie nicht einmal die Meßpunkte benannt haben, an denen sie gemessen werden sollten. Ich möchte Ihnen nicht die Schuld in die Schuhe schieben, TNT mit Ihrer "Denkprothese" vertrieben zu haben. Ich möchte aber auch nicht akzeptieren, daß Sie ständig wiederholen, die GRÜNEN seien schuld. Diese Behauptung wird durch Wiederholung nicht wahrer. Die TNT-Entscheidung ist sehr viel früher gefallen. Das wissen Sie so gut wie ich.

(D)

(Gerhard Wächter [CDU]: Das ist ganz klare Tatsache!)

Ein letztes noch: Wir alle sprechen davon - und in Worten sind wir uns ja oft einig -, daß wir die Umverteilung des Verkehrs auf ökologisch vertretbare Verkehrsträger brauchen. Wenn wir das wirklich wollen, dürfen wir, wenn einzelne Unternehmen oder einzelne Verkehrszweige mit staatlicher Hilfe in den Expansionskurs drängen, diesen Expansionskurs nicht unterstützen - sei es Flugverkehr, sei es Verkehr auf unseren Autobahnen. Wer diesen Expansionskurs stützt und mit öffentlichen Mitteln auch noch subventioniert, behindert die ökologische Umverteilung von Verkehrsströmen auf die Schiene.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Eichenseher.

Meine Damen und Herren, wir sind am Schluß der Beratung des Komplexes "Verkehr". Wir haben schon darauf hingewiesen, daß jetzt, zwischen

(Präsident Schmidt)

- (A) 13 und 14 Uhr, abstimmungsfreie Zeit ist. Ich leite deshalb über auf den

Einzelplan 07: Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/807.

Ich eröffne die Beratung zunächst zum Komplex

a) Arbeit, Gesundheit und Soziales

Später folgt der Komplex "Jugend und Familie", danach der Komplex "Migration".

Ich erteile Herrn Abgeordneten Arentz für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön.

Hermann-Josef Arentz (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Genau so, wie wir es eben am Beispiel des Etats des Wirtschaftsministers diskutiert haben, gilt für den Haushalt des Arbeits- und Sozialministers, daß es keine wichtigere Frage in dieser Zeit geben kann als die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Sorge um mehr Arbeitsplätze.

- (B) Gemessen an diesem Zielpunkt, greift der vorgelegte Haushaltsentwurf für den Bereich des Ausschusses Arbeit und Soziales zu kurz. Minister Horstmann verweist stolz darauf, daß 1,6 Milliarden DM zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in diesem Haushalt zur Verfügung stünden. Er sagt dabei nicht in gleicher Deutlichkeit, daß von den 1,6 Milliarden DM rund 600 Millionen DM nicht Landesgeld, sondern Mittel der Europäischen Union sind. Er sagt nicht in aller Deutlichkeit, daß dabei Mittel des Bundes und der Bundesanstalt für Arbeit sind. Es wird nicht darauf hingewiesen, daß in diesem Betrag eine Menge Verpflichtungsermächtigungen stecken, so daß eigentlich der Finanzminister der Wahrheit näher gekommen ist, Herr Minister Horstmann, der nämlich bei der ersten Lesung des Haushalts darauf hingewiesen hat, daß der Ansatz für Arbeitsmarktprogramme in diesem Haushalt ungefähr 780 Millionen DM betrage; davon seien zwei Drittel landesfinanziert, das heißt rund 550 Millionen DM. Das entspricht einem Anteil am gesamten Landeshaushalt von 0,6 bis 0,7 %.

Wir sagen: 0,6 bis 0,7 % des Haushalts für Arbeitsmarktprogramme bei der hohen Arbeitslosigkeit,

die wir in Nordrhein-Westfalen haben, wird dem Ernst der Lage nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU)

Zweiter Punkt. Es gibt eine schöne Vorlage für den Landesparteitag der GRÜNEN am Wochenende. Das Papier heißt "Ergebnisse der Haushaltsberatungen im Bereich Arbeit, Soziales und Gesundheit". Da steht: Mit einer selbstbewußten und harten Verhandlungsführung konnten wir gegen den zunächst großen Widerstand der SPD-Führung fast alle Anträge durchsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da wird dann als großer Erfolg gefeiert: 8 Millionen DM für soziale Betriebe und 18 Millionen DM mehr für "Arbeit statt Sozialhilfe".

Ich sage Ihnen dazu zweierlei:

Erstens. Natürlich brauchen wir auch Instrumente des zweiten Arbeitsmarkts.

(Alexandra Landsberg [GRÜNE]: Hört, hört!)

Aber es ist absurd, wenn das Land Nordrhein-Westfalen mit gepumptem Geld versucht, die Arbeitsplätze im zweiten Arbeitsmarkt neu zu schaffen, die Sie erst im ersten Arbeitsmarkt zerstört haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Daniel Kreutz [GRÜNE])

- Herr Kreutz, so viele Arbeitsplätze, wie die GRÜNEN-Fraktion mit ihrer Politik zerstört, können Sie im zweiten Arbeitsmarkt gar nicht mehr neu schaffen. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Was Sie da als Erfolgsmeldung für Ihre Basis am Samstag und Sonntag herauspusten - 26 Millionen DM für den zweiten Arbeitsmarkt -, muß man einmal vor dem Hintergrund der Haushaltsanträge bewerten, Herr Kreutz, die Sie noch vor einem Jahr hier gestellt haben, als Sie in der Opposition gewesen sind. Da haben Sie nämlich für soziale Betriebe 25 Millionen DM beantragt und für "Arbeit statt Sozialhilfe" 70 Millionen DM mehr, also 95 Millionen DM mehr. Das haben Sie in Ihr Papier nicht hineingeschrieben. Sie feiern nur die 26 Millionen DM ab. Ich muß Ihnen sagen: Sie sind als Koalitionspartner schon sehr billig zu haben. Da sind wir aus Bonn mit der F.D.P. anderes gewöhnt.

(Lachen des Gerd Mai [GRÜNE])

(C)

(D)